



29. Sitzung

Mittwoch, 13. April 2016

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin		Norbert Hackbusch DIE LINKE	1952, 1958
Abwicklung der Tagesordnung	1941	Katja Suding FDP	1953
		Dr. Jörn Kruse AfD	1954, 1959
		Dora Heyenn fraktionslos	1955
		Dr. Peter Tschentscher, Senator	1956
Aktuelle Stunde	1941	Dr. Joachim Seeler SPD	1957
AfD-Fraktion:		CDU-Fraktion:	
1 300 Polizisten schützen Kurden und türkische Nationalisten. Durch Merckels Türkei-Abkommen wird Deutschland zunehmend zum Austragungsort türkischer innerer Angelegenheiten		Sozialen Frieden wahren, Flüchtlingsghettos verhindern – Rot-Grün muss Volksinitiative ernsthaftes Kompromissangebot vorlegen	
		(Fortführung am 14.04.2016)	
Dirk Nockemann AfD	1941, 1948	GRÜNE Fraktion:	
Arno Münster SPD	1942	192 Flüchtlinge müssen auch in Blankenese möglich sein – Hamburg hält an den dortigen Plänen fest	
Michael Westenberger CDU	1943	(Fortführung am 14.04.2016)	
Antje Möller GRÜNE	1944		
Christiane Schneider DIE LINKE	1945		
Carl-Edgar Jarchow FDP	1946		
Dr. Ludwig Flocken fraktionslos	1946		
Nebahat Güçlü fraktionslos	1947		
SPD-Fraktion:		Fraktion DIE LINKE:	
Panama-Papers: Hamburg unterstützt konsequente Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerbetrug		Bündnis für Wohnen: Noch mehr teure Wohnungen geplant, weniger als ein Drittel Sozialwohnungen?	
		(Fortführung am 14.04.2016)	
Hansjörg Schmidt SPD	1949		
Thilo Kleibauer CDU	1950		
Farid Müller GRÜNE	1951		

FDP-Fraktion:

Busentschleunigung sofort stoppen

(Fortführung am 14.04.2016)

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde

– Drs 21/1466 –

und

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung

– Drs 21/2316 –

und

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer Vertrauensperson für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergerichtsgericht

– Drs 21/3941 –

Dr. Jörn Kruse AfD, allgemeine Erklärung

André Trepoll CDU, allgemeine Erklärung

Dr. Andreas Dressel SPD, allgemeine Erklärung

Ergebnis

Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Industrie 4.0: Digitalisierung der Hamburger Wirtschaft vorantreiben

– Drs 21/3842 –

dazu

Antrag der CDU-Fraktion:

Industrie und Mittelstand beim digitalen Transformationsprozess unterstützen – Chancen von Industrie 4.0 nutzbar machen

– Drs 21/4028 –

Hansjörg Schmidt SPD

Carsten Ovens CDU

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE

Stephan Jersch DIE LINKE

Michael Kruse FDP

Dr. Bernd Baumann AfD

Frank Horch, Senator

Dr. Jens Wolf CDU

Dr. Jörn Kruse AfD

Beschlüsse

Antrag der CDU-Fraktion:

Christen und andere Minderheiten unter den Flüchtlingen besser schützen

– Drs 21/3712 –

Karin Prien CDU

Ekkehard Wysocki SPD

Antje Möller GRÜNE

Christiane Schneider DIE LINKE

Jennyfer Dutschke FDP

Dr. Jörn Kruse AfD

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos

Beschlüsse

Bericht des Ausschusses für Umwelt und Energie über die Drucksache 21/2436:

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 15. Dezember 2014 "Hamburg 2020 – Natur bewahren! Pflege der Hamburger Naturschutzgebiete intensivieren" (Drucksache 20/13958) (Senatsmitteilung)

– Drs 21/3732 –

Kenntnisnahme

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

1961

1961

1962

1964

1965, 1972

1965

1967

1969

1971

1972

1973

1959

1973

1973

1975

1976

1977, 1981

1978

1979

1980

1960

1982

1960

1960

1973

1961

1982

1982

**Das muss drin sein. Kosten der
Unterkunft für Leistungsemp-
fänger/-innen nach SGB II,
SGB XII und Asylbewerberleis-
tungsgesetz an den Hambur-
ger Wohnungsmarkt anpassen**
– Drs 21/3822 –

Beschlüsse

1994

1982

Inge Hannemann DIE LINKE 1982, 1987
Ksenija Bekeris SPD 1984
Franziska Grunwaldt CDU 1985
Mareike Engels GRÜNE 1986
Jennyfer Dutschke FDP 1987
Dr. Bernd Baumann AfD 1987

Beschlüsse

1988

Antrag der FDP-Fraktion:

**Zehn Jahre Kooperationsver-
bot sind genug – Bildungsfi-
nanzierung endlich auch zu ei-
ner gesamtstaatlichen Aufgabe
machen!**

– Drs 21/3863 – 1988

dazu

Antrag der Fraktionen der SPD und
der GRÜNEN:

**Für eine Aufhebung des Ko-
operationsverbotes im Grund-
gesetz**

– Drs 21/4049 – 1988

Beschlüsse

1989

Antrag der AfD-Fraktion:

**Einrichtung einer unabhängi-
gen Expertenkommission zur
Untersuchung der Vorgaben/
Abläufe in den Jugendämtern
sowie zur Erarbeitung von
Maßnahmen zu strukturellen
Änderungen für das behörden-
interne Prozedere**

– Drs 21/3663 – 1989

Dr. Joachim Körner AfD 1989, 1994
Uwe Lohmann SPD 1990
Philipp Heißner CDU 1990, 1992
Anna Gallina GRÜNE 1991
Sabine Boeddinghaus DIE LINKE 1992
Daniel Oetzel FDP 1993

Beginn: 15.02 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein. Die Sitzung ist eröffnet.

Wir steigen gleich in die

Aktuelle Stunde

ein. Wer daran nicht teilnehmen möchte, den würde ich einfach bitten, den Saal wieder zu verlassen.

Zur Aktuellen Stunde sind sechs Themen angemeldet worden, und zwar von der AfD-Fraktion

1 300 Polizisten schützen Kurden und türkische Nationalisten. Durch Merkmals Türkei-Abkommen wird Deutschland zunehmend zum Austragungsort türkischer innerer Angelegenheiten

von der SPD-Fraktion

Panama-Papers: Hamburg unterstützt konsequente Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerbetrug

von der CDU-Fraktion

Sozialen Frieden wahren, Flüchtlingsghettos verhindern – Rot-Grün muss Volksinitiative ernsthaftes Kompromissangebot vorlegen

von der GRÜNEN Fraktion

192 Flüchtlinge müssen auch in Blankenese möglich sein – Hamburg hält an den dortigen Plänen fest

von der Fraktion DIE LINKE

Bündnis für Wohnen: Noch mehr teure Wohnungen geplant, weniger als ein Drittel Sozialwohnungen?

und schließlich von der FDP-Fraktion

Busentschleunigung sofort stoppen

Wir beginnen mit dem ersten Thema. Das Wort bekommt Herr Nockemann von der AfD-Fraktion, und das hat er jetzt wirklich allein.

Dirk Nockemann AfD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am vergangenen Samstag haben sich in Hamburg circa 300 nationalistische Türken versammelt, um sich zu einem Friedensmarsch zu treffen. Dieser Friedensmarsch wandte sich gegen die Terrorakte in Istanbul und Ankara. Dagegen formierte sich hier eine weitere Gruppierung von Friedensaktivisten, bestehend aus Kurden und linken Aktivisten. Angemeldet wurde diese Gegendemonstration vom friedenspolitischen Sprecher der LINKEN, von Herrn Dolzer. Bei so viel friedenspolitischem Engage-

ment hätte man annehmen können, Hamburg hätte am Samstag ein Friedensfest gefeiert. Gott sei Dank ließ sich die Hamburger Polizeiführung davon nicht beeindrucken und wies insgesamt 1 300 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auf. Vorsorglich wurden Räumpanzer und Wasserwerfer bereitgestellt, und auch die Reiterstaffel kam zum Einsatz. Die Hamburger Polizei hat dankenswerterweise von vornherein deutlich gemacht, dass sich der kurdisch-türkische Bürgerkrieg nicht auf Hamburger Straßen ausweiten kann. Und obwohl die Zahl der türkischen Demonstranten relativ gering geblieben ist, war die Entscheidung der Polizeiführung gut und richtig. Dafür möchten wir der Hamburger Polizeiführung unseren ausdrücklichen Dank erweisen in dieser Aktuellen Stunde.

(Beifall bei der AfD und vereinzelt bei der CDU)

Bitte fahren Sie in Zukunft mit Ihrer stringenten und konsequenten Hamburger Linie fort. Wir als Hamburger AfD-Fraktion möchten jedem einzelnen Polizeibeamten der Länderpolizei und auch der Bundespolizei für den Einsatz am Wochenende danken.

Herr Senator, ich kann nur an Sie appellieren, Ihre Polizeiführung bei diesen Einschätzungen künftig zu unterstützen, wie Sie es auch jetzt gemacht haben. Die Hamburger Linie ist bundesweit bekannt und als richtig erkannt.

Ein weiterer Punkt erscheint mir bei den Ereignissen von besonderer Wichtigkeit. Angemeldet wurde die Ausgangsversammlung in Städten wie Köln, Stuttgart und Frankfurt durch das sogenannte Europäische Neue Türken Komitee, durch die Gruppe AYTK. Es ist eine nationalistische türkische Organisation, die der AKP nahesteht. Die Mobilisierung der Demonstranten hat die DITIB übernommen. Das ist eine Organisation, die dem türkischen Religionsministerium untersteht. Ganz offensichtlich ging es bei dieser Demonstration nicht primär um eine Demonstration für den Frieden, sondern es ging um das Bedienen pantürkischer Ideologien auf Hamburger Boden. Es ging auch darum, die Existenz nationalistisch-islamischer Überzeugung unter den in Deutschland lebenden türkischstämmigen Einwohnerinnen und Einwohnern als Machtfaktor zu präsentieren. Die Losung der türkischen Demonstranten hieß: Alles für das Vaterland, das Vaterland kann nicht geteilt werden. Das sind offensichtlich deutliche nationalistische Ambitionen, die der Völkerverständigung und der Integration diametral entgegenstehen.

Die Ereignisse vom Wochenende in verschiedenen deutschen Städten haben deutlich gemacht, dass leider viel zu viele türkischstämmige Deutsche ihr Herz noch eher in der Türkei haben als in Deutschland. Das muss sich ändern. Die etablierte Politik in Deutschland ist nach wie vor geprägt von mangelndem Mut, gegen Parallelgesellschaften in

(Dirk Nockemann)

Deutschland vorzugehen. Wenn wir angesichts der aktuellen Zuwanderungsströme und auch des Türkei-Abkommens, bei dem wir die Visafreiheit anstreben oder Frau Merkel diese anstrebt – und dann werden auch weitere Türken und Kurden den Weg nach Deutschland finden –, künftig diese Aktionen auf deutschem Boden verhindern wollen, dann müssen wir schnellstmöglich ein knallhartes Integrationsgesetz mit tief greifenden Sanktionsmöglichkeiten bekommen. Wir müssen diejenigen, die dauerhaft in Deutschland bleiben wollen, denationalisieren, damit sie nicht bei Konflikten in der Heimat hier wieder renationalisiert werden.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Dann fangen Sie mal bei sich an! – Zurufe von der LINKEN)

Ich fordere vom Senat und von den Medien, diesem von Erdogan nach Deutschland importierten Nationalismus etwas Massives entgegenzusetzen, sonst verliert der Kampf gegen den Rechtsextremismus seine Glaubwürdigkeit. Die Ausübung demokratischer Rechte beinhaltet nicht das Recht zur Volksverhetzung; das gilt für rechtsextreme deutsche Organisationen genauso wie für rechtsextremistische türkische Organisationen wie die Grauen Wölfe.

Die Gefahren für das friedliche Zusammenleben der Menschen, die von Vereinigungen wie der DITIB und der Auslandsorganisation der türkischen AKP ausgehen, sind in der Vergangenheit konsequent zu oft ausgeblendet worden.

Ich fordere Sie auf, dieser unkritischen Multikulti-Traumtänzerei ein Ende zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Münster von der SPD-Fraktion.

Arno Münster SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe das eben nicht ganz verstanden, angemeldet haben Sie nämlich etwas anderes. Bei mir stand in etwa, durch Merkels Türkei-Abkommen werde Deutschland zunehmend zum Austragungsort türkischer innerer Angelegenheiten. Davon haben Sie kein Wort gesagt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber ich werde zu Ihrem Thema reden und darüber, was Sie bisher vergessen haben. Was Sie da eben von sich gegeben haben und was Sie alles durcheinandergeworfen haben, entzieht sich teilweise auch meiner Kenntnis.

(Dirk Nockemann AfD: Deswegen sind Sie auch nur bei 19 Prozent, Herr Münster!)

In Ihrer Anmeldung allerdings haben Sie auch einen sehr großen Irrtum eingebaut, denn Sie re-

den von Merkels Türkei-Abkommen und dass der Konflikt, der im Moment in der Türkei zwischen den Kurden und den Türken durch Terroranschläge besteht, im Zusammenhang mit dem Abkommen der EU zur Problematik der Flüchtlinge steht. Wie Sie wissen, regelt das Abkommen die Rückführung von Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei, welche dort einen Asylantrag gestellt haben; dies sind unter anderem Menschen aus Afghanistan, Algerien, Eritrea, Irak, Marokko, Pakistan, Syrien und Tunesien. Das hat erst einmal mit dem türkisch-kurdischen Konflikt überhaupt nichts zu tun.

(Dirk Nockemann AfD: Visafreiheit für Türken!)

Wir können in diesem Haus über die inhaltliche Bewertung des Abkommens zwischen der EU und der Türkei unterschiedlicher Meinung sein und das auch gegebenenfalls kritisieren, aber was Sie angemeldet haben, ist damit nicht in Zusammenhang zu bringen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei André Trepoll CDU)

Aber die Menschen in dieser Stadt können von Ihnen erwarten, dass Sie nicht wider besseres Wissen historische Fakten falsch darstellen. Ich finde es sehr bemerkenswert, wie Sie hier argumentieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wahr ist aber auch, dass der Konflikt zwischen nationalistischen Türken und Kurden auch in Deutschland besteht, weil hier nahezu 3 Millionen Menschen mit türkischen oder kurdischen Wurzeln leben. Solange dieser Konflikt bei uns mit friedlichen Mitteln durch gewaltlose Demonstrationen ausgetragen wird, ist dieses aus unserer Sicht auch völlig okay.

Da wir das Hamburger Landesparlament sind, konzentriere ich mich einmal auf die Geschehnisse in Hamburg. Vor dem Hintergrund der jüngsten Terroranschläge in der Türkei, welche die türkische Regierung der PKK zuschreibt, wollten nationale-konservative Türken am Dammtor-Bahnhof eine Demonstration abhalten. Zeitgleich wurde eine Gegendemonstration angemeldet, die von der LINKEN und den Kurden unterstützt worden ist. Beide Demonstrationen wurden ordnungsgemäß angemeldet. Sie wissen, dass das Bundesverfassungsgericht in der Demonstrationsfreiheit ein hohes Gut der Meinungsfreiheit sieht und dieses Recht natürlich allen hier lebenden Menschen zusteht.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei André Trepoll CDU)

Verboten werden können solche Demonstrationen nur, wenn die Polizei die innere Ordnung oder Sicherheit gefährdet sieht oder diese erkennbar nur darauf ausgerichtet sind, Straßenschlachten mit Polizisten und Gegendemonstranten zu entfachen.

(Arno Münster)

Sie führten das ein bisschen länger aus, aber das war die Kurzfassung. Das war aber nach Einschätzung der Versammlungsbehörde in diesem Fall nicht gegeben. Die Polizei hatte sich mit mehreren Hundertschaften zwischen den verfeindeten Lagern positioniert und diese voneinander getrennt. Da zwischen den beiden eine gereizte Stimmung herrschte, war die Lageeinschätzung der Polizei richtig. Aber das Demonstrationsrecht gilt, auch wenn dieses mit polizeilichem Aufwand durchgesetzt werden muss. Auch wenn die Lage zwischen den protestierenden Kurden und Türken in der Hamburger Innenstadt angespannt war, hatte die Polizei die Lage durchgehend unter Kontrolle und ist mit gebotener Professionalität aufgetreten. Dafür gebührt ihr unser Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist unbestritten in diesem Haus, glaube ich, dass dieser politische Konflikt nur durch Verhandlungen zwischen den beteiligten Akteuren in der Türkei selbst friedlich gelöst werden kann. Da die Demonstrationen von Türken und Kurden in mehreren deutschen Städten stattgefunden haben, ist es offensichtlich, dass es sich hier nicht um ein spezielles Thema der Hamburger Landespolitik handelt.

Bemerkenswert ist auch, dass die AfD in ihrem Antrag nicht vorschlägt, dass der Senat sich hierzu politisch engagieren soll – vermutlich, weil sie weiß, dass der Senat innenpolitisch richtig reagiert und die Polizei und der Verfassungsschutz die Konfliktparteien im Blick haben. Das ist es, was wir in Hamburg zur Wahrung der Inneren Sicherheit tun und weiterhin tun werden. Friedliche Demonstrationen sind in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung erlaubt, und wenn sich alle Beteiligten daran halten, haben wir auch keine Probleme damit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Westenberger von der CDU-Fraktion.

Michael Westenberger CDU: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Arno Münster, sehr herzlichen Dank, dass wir dann tatsächlich noch zur Sache gekommen sind. Auch ich war etwas irritiert nach den ersten Sätzen des Kollegen Nockemann und habe mich gefragt, wann er denn endlich sein Thema findet, aber das haben Sie dann geschafft und er nicht.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Das Thema, das die AfD angemeldet hat, ist zumindest ein bisschen interpretationswürdig. Gestern habe ich mich mit einem Mitarbeiter einmal hingestellt und wir haben uns angeschaut, was die AfD denn in den letzten Monaten jeweils

zur Aktuellen Stunde angemeldet hat, und das ist schon ein wenig verblüffend. Ich habe dann übrigens meinem Mitarbeiter zwei Tage freigegeben. Das, fand ich, ist im Rahmen der christlichen Nächstenliebe erforderlich, wenn man sich das alles durchgelesen hat.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Interessant war, dass es wohl innerhalb der AfD ein Zweiklassendemonstrationsrecht gibt, denn am 11. November 2015 und 31. März dieses Jahres wurde die Versammlungsfreiheit hier noch als extrem hohes Gut gehandelt. Und der Kollege Nockemann hat tatsächlich die richtungsweisende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts dargelegt, in dem es eben auch heißt, dass die Versammlungsfreiheit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung schlicht konstituierend ist. Das scheint die AfD je nach Falllage ein wenig anders zu betrachten, aber das zeigt eben auch die heterogenen Verhältnisse innerhalb dieser großen Fraktion; sie weiß manchmal nicht so richtig, wo sie hin soll.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Interessant war, dass natürlich das große Feindbild der AfD, unsere Bundeskanzlerin, wieder herhalten musste. Und ich kann mir da auch gut vorstellen, wie Angela Merkel 1972 in ihrem Häuschen gesessen und gesagt hat: Wie regle ich jetzt um alles in der Welt den Konflikt zwischen Kurden und Türken in Hamburg? Da muss mir doch irgendetwas einfallen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Herrn Nockemann ist leider nicht eingefallen, dass diese Situation gar nicht so neu ist. Er war doch tatsächlich einmal Innensenator für ein knappes Jahr,

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Schlimm genug! – Dr. Andreas Dressel SPD: Wer hat ihn eigentlich dazu gemacht?)

nämlich 2003 und 2004. Und in dem Verfassungsschutzbericht aus diesem Jahre findet sich in seinem eigenen Bericht auf Seite 93 sehr schön dargelegt der Konflikt zwischen der PKK, den türkischstämmigen Türken und den kurdischen Mitbürgern in dieser Stadt wieder. Also das Thema ist nicht so neu, und Angela Merkel hat das 1993 und 1972 auch nicht erfunden.

Lieber Kollege Nockemann, Sie vertreten sonst den Anspruch einer Law-and-Order-Partei. Die Vereinbarung zwischen der Türkei und der Europäischen Union ist durchaus kritikwürdig, aber eine Lösung bieten Sie hier nicht an. Wollen Sie allen Ernstes die Lösung über das Mittelmeer, über Libyen und über die anderen Schlepperkanäle weiter-

(Michael Westenberger)

laufen lassen? Wollen Sie allen Ernstes die Leute, die vor Krieg und Vertreibung flüchten, weiter in die Hände irgendwelcher Seelenverkäufer geben, die sie in Schiffe hineinsetzen, ihnen alles nehmen, was sie haben, und auf eine Reise schicken, bei der sie wirklich nicht wissen, wie es ausgeht? Ist das Ihre Lösung? Nein, Sie haben nämlich gar keine Lösung.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir jetzt einmal alle Themen durchgehen, die Sie in den letzten Monaten angemeldet haben, so ist es eine ewige alleinige Nörgelei an den Übeln dieser Erde, für die Sie nie auch nur einen Ansatz entwickeln, weder in Wortbeiträgen in den Ausschüssen noch mit Anträgen innerhalb dieses Parlaments.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Eines allerdings beruhigt mich heute auch wieder: Sie haben den Euro nicht mehr im Visier. Klar, das Problem ist weitestgehend gelöst. Auch die Flüchtlingsströme und ihre Integration sind bei Ihnen kein Thema mehr. Auch das ist die Europäische Union zumindest so angegangen, dass wir wenigstens hoffen können, dass es dort eine Lösung gibt.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Nein, ganz und gar nicht!)

Also muss es jetzt Frau Merkel sein, die Unfrieden in dieser Stadt stiftet. Ich freue mich auf eine Auseinandersetzung in der zweiten Runde. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion bekommt das Wort.

Antje Möller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir ging es wie den Vorrednern, auch ich habe mich gefragt, was die Rede, die Herr Nockemann gehalten hat, mit der Anmeldung zu tun hat. Vielleicht war es Satire.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN, der SPD und der CDU)

Man weiß es nicht. Aus unserer Sicht werden in den zwei angemeldeten Sätzen mindestens fünf Dinge durcheinandergebracht. Sie steigen damit ein, dass 1 300 Polizistinnen und Polizisten Kurden und türkische Nationalisten schützen. Das ist falsch.

(Dirk Nockemann AfD: Voreinander! Das können Sie sich dazudenken!)

– Das "voreinander" haben Sie vielleicht vergessen oder es ist Ihnen später eingefallen. Die Polizei hat

schlicht und einfach das Versammlungsrecht gewährleistet, und das ist richtig so.

Sie haben dann über innere Angelegenheiten der Türkei gesprochen. Die inneren Angelegenheiten sind mindestens von europäischer Relevanz, und es ist gut und richtig, dass in ganz Europa die davon Betroffenen mehr oder weniger ihre Versammlungsfreiheit nutzen und auf die Straße gehen.

Der dritte Punkt. Das Türkei-Abkommen mit der EU hat schlicht und einfach eine ganz andere Themensetzung und mit den beiden Versammlungen am Sonntag überhaupt nichts zu tun. Auch dazu könnte man natürlich Versammlungen abhalten, zu den Fragen Sinn und Unsinn dieser Abkommenswirkung. Das bleibt aber sicherlich dann den nächsten Versammlungen, die von anderen Gruppen angemeldet werden, überlassen. Also das Thema ist insgesamt etwas undurchsichtig.

Auch ich würde das gern auf ein paar Kernpunkte reduzieren, die ähnlich schon von meinen beiden Vorrednern genannt worden sind. Man darf tatsächlich auch in unserer Republik zu internationalen Themen eine Versammlung anmelden und auf die Straße gehen. Das gehört zu den Grundrechten. Und unter denjenigen, die auf der Straße ihr Versammlungsrecht wahrnehmen, dürfen auch tatsächlich Menschen mit einem Migrationshintergrund sein.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der CDU und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Die Versammlungen sind friedlich abgelaufen. Das hat unter anderem auch an dem Polizeikonzept gelegen. Daher muss man schlicht und einfach zur Kenntnis nehmen: Wer immer Interesse daran hatte, sich die eine oder andere oder auch beide Seiten anzuhören und sich damit auseinanderzusetzen, hat gesehen, dass diese Versammlungen wichtig waren. Das dient auch uns allen zur weiteren Einschätzung der jeweiligen politischen Entwicklung in der Türkei.

Ein anderes Thema wäre natürlich, sich tatsächlich mit den Auswirkungen der EU-Vereinbarungen mit der Türkei zur Regulierung, so nenne ich es einmal, von Flüchtlingsfragen auseinanderzusetzen. Wir sehen, was dort alles noch an Maßnahmen fehlt. Wir sehen, dass das, was da verabredet wurde, nicht funktioniert, und es wird auch noch lange unser politisches Thema bleiben. Auch das ist immer wieder Thema europäischer Politik, und es würde, wenn es angemeldet wird, selbstverständlich ein Thema für eine Versammlung auch hier auf unseren Straßen sein können.

Am interessantesten fand ich Ihren Satz vom Denationalisieren von Versammlungen oder von demonstrierenden Menschen. Auch da noch einmal die Frage: War das jetzt Satire oder meinen Sie, dass sich dann aber doch tatsächlich alle denationalisieren sollten?

(Antje Möller)

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der CDU und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Präsidentin Carola Veit: Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE hat das Wort.

(*André Trepoll CDU:* Frau Schneider ist schon denationalisiert!)

Christiane Schneider DIE LINKE: – Da haben Sie recht.

Meine Damen und Herren! Sie haben es an der Debatte gemerkt, man kann sich dem Thema auf vielfältige Weise annähern. Ich habe mindestens vier gezählt: Zum Beispiel wäre die eine Möglichkeit, sich mit der Behauptung auseinanderzusetzen, dass Frau Merkel schuld ist, dass am letzten Wochenende 1 300 Polizistinnen und Polizisten Dienst und wahrscheinlich auch Überstunden gemacht haben. Die zweite Möglichkeit wäre, sich mit dem EU-Türkei-Abkommen auseinanderzusetzen. Die dritte wäre, sich mit den Konflikten in der Türkei zu befassen. All das gibt der Titel her. Eine vierte Möglichkeit ist schließlich, einmal Ihre deutsch-national verengte, geschichtlich längst überholte und wahrscheinlich immer schon falsche Sicht auf Großstädte wie Hamburg auseinanderzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das Letzte haben Sie sich verdient.

Sie umschreiben in Ihrem Titel das, was man in vielen Variationen brutal offen in zahllosen Leserkommentaren lesen kann, auch nach dem letzten Sonntag. Ich zitiere einen einzigen Kommentar auf der Webseite des NDR, stellvertretend für unglaublich viele – Zitat –:

"Ich finde, solche Demos haben in unserem Land nichts zu suchen und sollten verboten werden."

– Zitatende.

Hamburg gehört sicher nicht zu den großen Metropolen der Welt, aber Hamburg ist eine Großstadt, die als Welthafenstadt immer schon eng mit der Welt verflochten war und sich als Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt versteht. Als Stadt, als Großstadt, als Welthafenstadt ist Hamburg immer schon Einwandererstadt gewesen, und ohne Einwanderung gäbe es das moderne Hamburg nicht. Das gilt heute mehr denn je. Heute haben in Hamburg fast 30 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwohner eine Migrationsgeschichte, und bei den Jugendlichen unter 18 Jahren sind es nahezu 48 Prozent. Ihre Familien kommen aus beinahe allen Ländern der Welt und die meisten, nämlich 16 Prozent, ursprünglich aus der Türkei. Türken, Kurden, Armenier, Aramäer, Assyrer, Altgriechen, Sunniten, Alewiten, Christen, Jesiden, mit und ohne deutschen Pass, alles Hambur-

gerinnen und Hamburger, insgesamt knapp 100 000.

Natürlich entsteht nicht nur durch die Wirtschaftsbeziehungen, durch Handel, Verkehr, Medien, Wissenschaft, Kultur und Tourismus eine weltweite Vernetzung Hamburgs, sondern auch und nicht zuletzt durch Migration. Zusätzlich zu den weltweiten wirtschaftlichen Netzwerken, die Hamburg mit anderen Teilen der Welt verbinden, unterhalten viele Hamburgerinnen und Hamburger in ihrem Alltag stabile soziale, ökonomische und kulturelle Beziehungen zu Regionen und Orten außerhalb Hamburgs. Ohne diese vielfältige, weltweite Vernetzung hätte Hamburg als Tor zur Welt keine Zukunft.

Ja, Globalisierung und Migration verändern die Stadt so schnell und gründlich, dass manche, wie Sie bei der Rechten, nicht mitkommen und sich rückwärtsgewandt der Entwicklung entgegenstemmen. Die Stadt wird noch vielfältiger, als sie immer schon war, aber sie wird auch konfliktreicher. Eine in Weltwirtschaft und Weltgesellschaft eng eingebundene Stadt wie Hamburg kann Konflikte, die ihren Ursprung andernorts haben, nicht am Tor abweisen und damit hören diese Konflikte auf, innere Angelegenheiten anderer Staaten zu sein.

Ich habe mir die Kundgebung hinter dem Damm- tor-Bahnhof am Sonntag angesehen. Ich stehe in tiefem politischen Widerspruch zu den politischen Gruppierungen, die sich da versammelt hatten. Nicht weil sie türkischer Herkunft sind im jugendlichen Alter – den meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern nach zu urteilen, meist wohl in zweiter oder dritter Generation –, sondern weil es sich um Nationalisten handelt und, das machten die zahlreichen Sympathiebekundungen für die Grauen Wölfe deutlich, um Rechtsextremisten. Ich will gar nicht bestreiten, dass diese nationalistischen und extrem rechten Gruppierungen ihren Rückhalt in der Türkei haben, im antidemokratischen und Bürgerkriegskurs sowie in pantürkischen Großmachtfantasien Erdogans. Es ist klar, sie sind in einschlägige, grenzüberschreitende Netzwerke eingebunden, aber die für uns als Politikerinnen und Politiker vor allem wichtige Frage ist doch: Warum sind sie dafür anfällig? Warum lassen sich die jungen Leute, die ich da gesehen habe – viele offensichtlich Schülerinnen, Schüler, Studentinnen und Studenten, in Deutschland geboren und aufgewachsen –, einbinden in Strukturen, die von Feindbildern – Kurden, Armeniern, Juden, Israel, Amerika, Europa, dem Westen – leben? Die Antwort darauf findet sich überwiegend hier in unserer Gesellschaft. Auch wir als Politik müssen uns mit dieser Frage auseinandersetzen. Dafür allerdings sind Sie bei der Rechten ganz und gar ungeeignet, denn Nationalismus kann man nicht mit Nationalismus bekämpfen, sondern nur stärken. – Schönen Dank.

(Christiane Schneider)

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Präsidentin Carola Veit: Von der FDP-Fraktion bekommt Herr Jarchow das Wort.

Carl-Edgar Jarchow FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist immer eine besondere Freude bei diesen AfD-Anmeldungen zur Aktuellen Stunde, dass ich als Letzter, nachdem eigentlich alles schon gesagt worden ist, auch noch einmal nach vorn treten darf.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das ist immer wieder gut!)

– Vielen Dank.

Ich finde wirklich, dass wir uns in diesem Hause, alle Parteien außer der AfD, immer sehr viel Mühe geben mit diesen Anmeldungen, indem wir Ihnen wirklich den Gefallen tun, noch so absurde Verknüpfungen von Themen ordentlich aufzubereiten. Ich finde, das ehrt dieses Haus.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Es macht die Anmeldungen der AfD allerdings nicht besser, wie ich finde. Frau Schneider hat eben schon die meisten Varianten erwähnt, unter denen man sich diesem Thema nähern sollte. Das Entscheidende und eigentlich Wichtige ist doch – auch wenn mich die Rede von Herrn Nockemann zu dem Thema dann durchaus überrascht hat, weil sie mit der eigentlichen Überschrift relativ wenig zu tun hatte – das Verhältnis zur Versammlungsfreiheit, zur Demonstrationenfreiheit. Es scheint mir nach dem, was Herr Nockemann eben gesagt hat, dass man doch ein etwas gestörtes Verhältnis zu dieser Versammlungsfreiheit hat und am liebsten auch noch auf die Inhalte einer solchen Demonstration, einer solchen Versammlung Einfluss nehmen würde. Das widerspricht aber doch sehr stark dem, was wir unter Versammlungsfreiheit verstehen und weiterhin aufrechterhalten wollen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU, den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Um es einmal ganz sachlich zu sagen: Alle Demonstrationen waren angemeldet. Sie verliefen weitestgehend friedlich. Die Polizei hat diese geschützt und dafür gesorgt, dass die Versammlungsfreiheit ausgetragen werden konnte. Alle Gruppen haben ihre Meinung gesagt, und egal, mit welcher Seite jeder Einzelne von uns sympathisiert, gehören diese Kundgebungen zur Meinungsbildung in der Bevölkerung, und so soll es auch bleiben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Es gab schon ein paar Zitate; ich habe auch noch ein kleines von dem Kollegen Baumann. Vor einigen Monaten hat er in diesem Hause gesagt, der politische Wille müsse es sein, die Bürger zu schützen und nicht vor Tausend unangemeldeten Demonstranten zu kapitulieren. Das war Ihr Satz damals. Dazu stehen Sie heute sicherlich noch. Insofern hat es geklappt. 1 300 Polizisten haben gute Arbeit geleistet und im Rahmen ihres rechtsstaatlichen Auftrags die friedlichen Demonstrationen geschützt. Wir als Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass es sich nicht lohnt, die Freiheit aufzugeben, um die Sicherheit zu gewinnen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Ginge man so weit, würde die Gesellschaft am Ende beides verlieren. Das ist unsere Grundüberzeugung, nach der werden wir handeln. Auch von der AfD sollten wir verlangen, die Freiheiten des Grundgesetzes nicht nur jeden Tag vor sich her zu tragen, sondern sie im Zweifelsfall auch zu verteidigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt der fraktionslose Abgeordnete Dr. Flocken.

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Manchmal wirken Auseinandersetzungen zwischen ausländischen Gruppen auch auf die deutsche Politik. Vor eineinhalb Jahren trafen in St. Georg 300 Kurden auf 300 Salafisten – mit Fäusten, Knüppeln, Messern und Macheten. Die Polizei, zunächst völlig überrascht, ging unter Einsatz des eigenen Lebens dazwischen. Einige Wochen später traten unter dem Eindruck dieser Ereignisse 300 Europäer in Dresden mit der Losung "Gewaltfrei und vereint gegen Glaubens- und Stellvertreterkriege auf deutschem Boden" an. In Hamburg gezeugt, in Dresden geboren, so erblickte Pegida das Licht der Welt. Trotz unflätigen Beschimpfungen des politisch-medialen Komplexes wurden aus 300 später 30 000.

(Phylliss Demirel GRÜNE: Thema!)

Pack wurden wir genannt, Nazis natürlich, mit den Killern von Paris auf eine Stufe gestellt. Teile der AfD konnten auch auf Nachfrage einen Unterschied zwischen Pegida und IS nicht erkennen.

Am Sonntag war es wieder so weit in Hamburg, und ich wusste, manche können sich, auch ohne die Sache in Augenschein zu nehmen, eine Meinung von einer Demo bilden. DIE LINKE kann das nicht, ich auch nicht. Ich war da und war zunächst einmal erleichtert, dass nur ein kleines Häufchen türkischer Nationalisten dort war. Beeindruckt hat mich – jetzt wirklich ganz ohne Ironie, Frau Schnei-

(Dr. Ludwig Flocken)

der – DIE LINKE, und zwar nicht nur Herr Dolzer, der von Norden angriff, sondern auch, wie Sie selbst gesagt haben, Sie, Frau Schneider, die den Feind auf dem Dag-Hammarskjöld-Platz gut beobachtete. Das bewundere ich bei Ihnen. Ich gehe allerdings noch ein bisschen weiter und rede auch einmal mit den Leuten.

(Zurufe von Sabine Boeddinghaus und Christiane Schneider, beide DIE LINKE)

– Bitte? Ja, aber ich musste immer von einer Seite auf die andere wechseln, deshalb habe ich vielleicht nicht so viel gesehen wie Sie.

Ich habe mir Folgendes sagen lassen: Atatürk habe zwar das Kalifat eingemottet und den Einfluss des Mohammedanismus und seiner Kampfsymbole auf das öffentliche Leben zurückgedrängt, trotzdem sei er aber ein Vorkämpfer des Mohammedanismus gewesen. Wir Deutsche bräuchten keine Angst zu haben, dass ein türkischer Bürgerkrieg zu uns herüberschwappt, weil es in der Türkei nur Terrorismus gebe und Polizeiaktionen. Regelmäßig sind Dutzenden Tote dabei. Das sei kein Bürgerkrieg – wie beruhigend –, nur Terrorismus, der zu verurteilen sei, und Polizeiaktionen, die natürlich notwendig seien. Jeglicher Terrorismus, wurde mir gesagt, sei zu verurteilen. Ob dazu auch der Islamische Staat zählt, blieb vage. Ich habe auch den Grund gehört, warum das Buch "Mein Kampf" in der Türkei ein Bestseller ist. Frau Özdemir, wissen Sie, warum das so ist? Die Kurden kauften das, habe ich gehört. Gut, man muss das alles nicht glauben. Ich kann es auch nicht ganz glauben, aber wir kennen das ja von Faschisten: Was nicht passt, wird passend gemacht.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Dr. Flocken, bitte achten Sie darauf, dass Sie sich nicht vom parlamentarischen Sprachgebrauch entfernen.

(Kazim Abaci SPD: Und zum Thema bitte!)

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos (fortfahrend):* Okay. – Über die kurdischen Hitzköpfe und Hitzköpfinnen auf der anderen Seite weiß die SPD besser Bescheid.

Insgesamt war die Strategie der Polizei natürlich vorbildlich und der Blutzoll gering.

(Zurufe: Pfui!)

– Ja. Fragen Sie einmal die verletzte Polizistin, wie sie das sieht.

(Gerhard Lein SPD: Formulierung wie von 34!)

Es muss jedoch erlaubt sein, zu fragen: Was ist denn, wenn das hier wirklich eskaliert, wenn 10 000 oder 20 000 Gewaltbereite rekrutiert wer-

den, wenn dann auch Waffen, eventuell Schusswaffen, herausgeholt werden? Da müssen wir doch einen Plan B haben. Natürlich sollen deutsche Polizisten das machen, was sie am Sonntag gemacht haben, sie sollen schlichten und die Konfliktparteien auseinanderhalten, aber sie dürfen dabei nicht zu Prügelknaben werden. Wir müssen auch einen Plan B haben, wenn die Risiken für die Polizisten zu hoch werden. Dann müssen sie die Möglichkeit haben, sich aus der Schusslinie zu entfernen, auch wenn das heißt, dass ausländische Banden sich gegenseitig bereichern. – Vielen Dank.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Schusslinie! Das ist dann wohl Anarchie!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt die fraktionslose Abgeordnete Frau Güçlü.

Nebahat Güçlü fraktionslos: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich war vor dem Redebeginn von Herrn Flocken schon alles gesagt und man kann sich bis auf die Rede von Herrn Nockemann allem anschließen. Aber jetzt fühle ich mich doch noch einmal provoziert, etwas entgegensetzen. Herr Flocken, Sie haben vermeintlich Aufklärungsarbeit betrieben, aber Sie haben uns von Dingen erzählt, die Sie gehört haben. Es ist zu wünschen, dass Sie sich objektiv selbst damit auseinandersetzen und nicht dem naiv Glauben schenken, was Ihnen irgendwo von irgendwem gesagt wird.

Ganz kurz drei Aspekte: Wir leben in einer freiheitlichen Grundordnung, in einer Demokratie, in der alle, natürlich auch Menschen mit Migrationshintergrund, ihre Meinung äußern dürfen. Diese mag uns gefallen oder auch nicht – auch mir hat sie nicht gefallen. Aber wenn Menschen mit Migrationshintergrund, egal welcher Couleur, demonstrieren, müssen wir das ertragen, solange dies gewaltfrei geschieht, weil das zu einer Demokratie dazugehört.

Da das Stichwort Satire gefallen ist: Böhmermann beschäftigt ja die ganze Nation.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihung, Frau Güçlü, ich würde Ihnen gern etwas mehr Gehör verschaffen. – Danke, meine Damen und Herren.

Nebahat Güçlü fraktionslos (fortfahrend): Danke, Frau Präsidentin. – Seit Tagen bekomme ich – Sie sicherlich auch – Anrufe. Auch das müssen alle aushalten. Auch das ist mit der Meinungsfreiheit abgedeckt, und es ist, wie ich mehrfach gesagt habe, unsouverän, dass Erdogan mit Strafanzeige darauf reagiert. Ich finde, dass es dahin gehend

(Nebahat Güçlü)

auch Entwicklungen in unserer Stadt gibt. Wir können es auch so sehen: Dass nur 150, 200 Menschen, die eindeutig eine nationalistische Ideologie vertreten, demonstriert haben, ist doch auch etwas, worüber wir uns freuen können. Dem standen 1 300 Linke gegenüber, die ganz klar gesagt haben, sie missachteten diese Meinung und fänden das nicht in Ordnung. Aber dafür sind wir da; die Meinungen mögen uns nicht gefallen, aber wir haben das Recht, dafür zu sorgen, dass alle gewaltfrei ihre Meinung sagen dürfen.

Und ein letzter persönlicher Punkt: Ich störe mich sehr daran, dass Pole, wie beispielsweise Türken gegen Kurden und so weiter, konstruiert werden. Dem ist nicht so. Es gibt sehr wohl auch Türken, die der Sache der Kurden mit Verständnis begegnen. Es werden Pole aufgemacht, die die Gesellschaft nicht richtig wiedergeben. Die Gesellschaft ist nicht nur schwarz, sie ist nicht nur weiß, sondern kunterbunt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Nockemann von der AfD-Fraktion bekommt erneut das Wort.

Dirk Nockemann AfD:* Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn man den ganzen Saal in der Argumentation gegen sich hat, einen Saal mit den Parteien, die dafür verantwortlich sind, dass nur noch 50 Prozent der Wähler zur Wahl gehen und deren Wahlergebnisse immer weiter sinken, dann sehe ich mich eher im Recht, als Sie sich im Recht sehen können.

(*Michael Kruse FDP:* Sie standen doch auch zur Wahl! – *Katja Suding FDP:* Warten Sie mal ab!)

Sehr geehrter Herr Jarchow, Sie sagten, ich wolle den Artikel 8 Grundgesetz einschränken. Mit keinem Wort, mit keiner Silbe habe ich das gesagt oder entsprechende Andeutungen gemacht. Ich möchte auch nicht darüber befinden, wofür oder wogegen demonstriert werden kann. Wenn man allerdings im Vorfeld dieser Demonstration und dieser Gegendemonstration durch Analyse der Internetbeziehungen feststellt, dass zu Aggressionen aufgerufen wird, dass mobilisiert wird, muss man doch sagen können und dürfen, dass man froh ist, wenn die Polizei massiv dazwischengeht. Nur weil die Polizei so präsent gewesen ist, ist es nicht zu Auseinandersetzungen gekommen.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, mich wundert sehr, dass Sie anscheinend einen feinen Unterschied machen, wer von rechts demonstrieren darf und wer nicht von rechts demonstrieren darf. Sobald wir eine NPD-Kundgebung haben, heißt es hier quer durch die Bank: Unverschämtheit, Frechheit, so ein Pack darf nicht demonstrieren.

heit, Frechheit, so ein Pack darf nicht demonstrieren.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Eijei!)

Jetzt demonstrierten türkische Nationalisten und Rechtsextreme von den Grauen Wölfen, und dann wird mir vorgeworfen, mich darüber aufzuregen, dass solche Leute in dieser Stadt ihren Nationalismus verbreiten dürfen. Ich finde, da urteilen Sie mit gespaltener Zunge.

Der Artikel 8 Grundgesetz – das lernt ein Jurastudent im ersten Semester – ist eigentlich ein Bürgerrecht und kein Menschenrecht. Das bedeutet, dass dieses Grundrecht eigentlich dafür da ist, dass die Deutschen gegen ihren eigenen Staat demonstrieren dürfen,

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Wo steht das denn?)

aber nicht, dass wir fremder Länder Konflikte nach Deutschland importieren.

Sehr geehrter Herr Westenberger, ich weiß nicht, ob Sie mir überhaupt zugehört haben, wenn Sie sagen, ich hätte mich nicht zum Thema geäußert. Natürlich habe ich mit keiner Silbe Frau Merkel für die Demonstration am vergangenen Samstag verantwortlich gemacht.

(*André Trepoll CDU:* Aber das steht doch in Ihrer Anmeldung!)

Ich habe nur gesagt, was wir alle wissen, dass nämlich dieses Türkei-Abkommen auch zum Ziel hat, die Visafreiheit für türkische Staatsangehörige zu gewährleisten. Und dann – das sage nicht nur ich, sondern viele andere politische Kenner und Experten – werden wir einen Run von türkischen Staatsangehörigen und Kurden nach Deutschland haben, und dann werden diese Konflikte verstärkt in Deutschland ausgetragen werden. Und genau das möchte meine Fraktion nicht.

Dann wurde noch zitiert aus meiner Zeit als Innenminister. Bereits damals gab es in der Tat Konflikte zwischen Kurden und Türken. Das ist richtig, macht es heute aber doch nicht besser. Dann müssen wir durch Visafreiheit die Tore nicht noch weiter aufmachen.

(*André Trepoll CDU:* Warum haben Sie denn damals nichts gemacht?)

– Warum stellen Sie denn keine Zwischenfragen? Gehen Sie zum Mikrofon.

Herr Westenberger hat mir vorgeworfen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Westenberger!)

wieder dafür sorgen zu wollen, dass Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken. Das ist Unsinn, das ist Quark, Herr Westenberger.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Westenberger!)

(Dirk Nockemann)

Ich hatte bereits in meiner Zeit als Innensenator – und jetzt kommt die Lösung – vorgeschlagen, entsprechende Einrichtungen in Nordafrika zu schaffen.

(André Trepoll CDU: Was sollen die Kurden in Afrika?)

Führt die Leute wieder dorthin zurück. Dort richten wir entsprechende Asylzentren, die mit EU-Beamten besetzt sind, ein. Wenn Sie fünfmal, sechsmal, siebenmal so ein Schiff zurückschleppen, das von Schleppern organisiert worden ist, wird niemand mehr einen Schlepper bezahlen, und damit trocken Sie das aus.

(Beifall bei der AfD und bei Dr. Ludwig Flocken fraktionslos)

Zu Ihrem Vorwurf, wir hätten keine Lösung, wir hätten nur Parolen: Das ist eine Lösung. Wenn Sie schon vor acht Jahren bundesweit so verfahren wären, hätten wir heute dieses Problem nicht.

Frau Schneider, ich habe überhaupt nichts gegen internationale Netzwerke. Ich weiß, dass Hamburg eine internationale Stadt ist, dass Deutschland vom Außenhandel stark profitiert. Ich habe etwas dagegen, wenn wir die militaristischen Probleme anderer Länder nach Deutschland exportieren. Ich möchte auch Nationalismus nicht mit Nationalismus bekämpfen. Ich sage Ihnen: Deutschland muss ein wehrhafter Staat sein, wir müssen unsere Bürger schützen. Dafür, ich habe es vorhin schon einmal gesagt, danken wir unserer Polizei für diesen Einsatz am Wochenende. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und bei Dr. Ludwig Flocken fraktionslos)

Präsidentin Carola Veit: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema. Dann kommen wir zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde, angemeldet von der SPD-Fraktion:

Panama-Papers: Hamburg unterstützt konsequente Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerbetrug

Das Wort bekommt Herr Schmidt von der SPD-Fraktion.

Hansjörg Schmidt SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Panama Papers sind aus gutem Grund in aller Munde. 1 Billion Euro verlieren die EU-Staaten jährlich durch Steuerhinterziehung. Ich überlasse es Ihrer Fantasie, was man mit 1 Billion Euro alles anstellen könnte. Bei mir sind es zum Beispiel Investitionen in Bildung, Breitbandausbau und Strukturförderung.

(Zuruf von Jörg Hamann CDU)

Steuerbetrug ist ein Vergehen am Gemeinwesen und muss deshalb konsequent bekämpft werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der gemeinsame rote Faden in den Panama Papers ist die Geheimhaltung. Wir müssen uns endlich von der naiven Vorstellung verabschieden, dass anonyme, nicht börsennotierte Firmen irgendeinem legitimen Zweck dienen. Solche Fälle bilden die Ausnahmen; das geben selbst die Befürworter zu. Finanzminister Schäuble fordert folgerichtig ein Transparenzregister. Wir brauchen weltweit Register der wirtschaftlich Berechtigten von Firmen, um so die Hintermänner von Unternehmenskonstruktionen transparenter zu machen. Hier hat Herr Schäuble unsere Unterstützung.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Zudem gilt es, Versäumnisse aufzuarbeiten. Den Boom von Briefkastenfirmen in Europa haben wir einer eigentlich gut gemeinten politischen Entscheidung zu verdanken. Die europäische Zinsrichtlinie aus dem Jahr 2005 regelt den Austausch von Kontoinformationen zwischen den EU-Ländern. Sie macht es so gut wie unmöglich, Zinserträge zu verstecken. Nur wurden damals die Unternehmen und Stiftungen dabei vergessen. Flugs gründeten die Steuersparkünstler zig Briefkastenfirmen mithilfe williger deutscher Geldinstitute. Es tauchen in diesem Zusammenhang auch immer wieder die gleichen Bankhäuser auf. Deshalb müssen bei einer geschäftsmäßigen Unterstützung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung nicht nur einzelne Mitarbeiter, sondern auch direkt die Banken strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Jörg Hamann CDU)

Der Bundesrat hat hierzu bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen, den die Union aber dauerhaft blockiert. Dieser Senat kämpft seit 2011 konsequent gegen Steuerschlupflöcher. Schon 2011 haben wir eine Gesetzesänderung gegen die umstrittenen Cum-Ex-Geschäfte unterstützt.

(Jörg Hamann CDU: Wir?)

In Hamburg wird konsequent gegen Steuerbetrug vorgegangen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Finanzsenator Tschentscher hat eine Spezialeinheit zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung durch Scheinfirmen gegründet, und auf dem Weg hin zu mehr Transparenz war dieser Senat immer auch treibende Kraft und beteiligte sich am Ankauf von Steuer-CDs. Steuerrückforderungen und Selbstanzeigen in Millionenhöhe

(Hansjörg Schmidt)

waren die Folge. Ein sehr gutes Geschäft, Peter Tschentscher.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Hamburger Steuerfahndung hat wiederholt mit der Aufdeckung komplizierter, international organisierter Steuerbetrüger bewiesen, dass sie engagiert und professionell arbeitet. Mit einer verstärkten Ausbildung wird der rot-grüne Senat den Personaleinsatz in der Steuerverwaltung in den kommenden Jahren weiter verbessern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin erstaunt über manche Meinungsäußerungen in Sachen Panama Papers. Zum Beispiel wird gemeint, Offshore-Firmen seien gängige Praxis und im Grunde legal und es würde jeder so machen, wenn er ein hohes Einkommen hätte. Nur einmal so: Wenn jemand eine Million Euro erhält, dann ist das das 31-Fache des Durchschnittseinkommens. Damit gehört er erst einmal einem sehr elitären Kreis von Spitzenverdienern an und nicht den 99 Prozent der übrigen arbeitenden Bevölkerung. Die Wahrscheinlichkeit dürfte dann groß sein, dass ein Großteil dieses Einkommens sich nicht aus einer Werkstätigkeit, sondern aus Kapitaleinkünften generiert. Steuerlich sind solche Kapitaleinkünfte schon jetzt gegenüber dem Arbeitseinkommen privilegiert. Wenn diese Leute nun zur weiteren Steuervermeidung Mittel und Wege beschreiten, die Otto Normalverbraucher gar nicht zur Verfügung stehen, dann wird am Kern unseres Sozialsystems die Axt angelegt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Schon Peer Steinbrück sagte im Wahlkampf, nicht alles, was legal sei, sei auch legitim. Wenn es erlaubt ist, dass Menschen, die sehr viel Geld verdienen, in geeigneten Ländern Briefkastenfirmen unterhalten, um den Verbleib ihrer Finanzen zu verschleiern, dann ist das noch lange nicht richtig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eine Gesetzgebung, die die Finanzelite schützt und die normalen Steuerzahler zusehends die Zechen zahlen lässt, delegitimiert unser demokratisches Gemeinwesen. So kann es nicht mehr weitergehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

(*Milan Pein SPD:* Jetzt mal aus Sicht eines Bankers!)

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schmidt, bei aller Bedeutung des Themas – da sind wir uns, glaube ich, einig – ist es schon bezeichnend, dass Sie in dieser Situation kein originär landespolitisches Thema an-

melden, sondern ein wenig in die Gefilde der internationalen Finanzwelt ausweichen. Deutlicher kann man nicht machen, dass man sich in manchen Debatten lieber wegducken will.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der FDP und bei *Dora Heyenn fraktionslos*)

Um eines klar vorwegzusagen: Steuerhinterziehung, Steuerbetrug, die Nutzung von Steueroasen zur Verschleierung von Vermögenswerten, Geldwäsche, das ist nicht akzeptabel, das ist nicht tolerierbar, das ist in unserem Rechtssystem nicht legal und muss in unserem Rechtssystem bekämpft werden und wird in unserem Rechtssystem bekämpft.

(Beifall bei der CDU – *Farid Müller GRÜNE:* Auch in Hamburg!)

– Auch Hamburg gehört zu unserem Rechtssystem, und auch das wurde hier immer bekämpft.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

– Nicht das Rechtssystem wurde bekämpft, zumindest nicht von der Mehrheit dieses Hauses.

Im Übrigen, Herr Müller, ist es kein neues Phänomen. Wir haben in diesen Tagen mit den Panama Papers sicherlich eine sehr hohe Aufmerksamkeit, die auch insofern gut ist, als sie den Druck bei dieser Thematik deutlich erhöht. Aber das Thema Steueroasen, nicht nur Panama Papers, ist schon länger im Gespräch. Wir müssen uns nur jedes Jahr den Geschäftsbericht der HSH Nordbank ansehen, um zu erfahren, wie viele Gewinne in welchen Ländern erzielt werden, die nicht versteuert werden, im Übrigen in Ländern und auf Inseln, wo die HSH Nordbank keinen einzigen Mitarbeiter hat. Das ist schon interessant.

(Beifall bei *Jörg Hamann CDU*)

Deshalb ist es gut, dass durch die Panama Papers der Druck erhöht wird, und zwar der internationale Druck. Mit den Panama Papers wird das Ausmaß deutlich, in welchem Umfang von diesen Konstruktionen Gebrauch gemacht wird. Es wird deutlich, dass es dafür keine Akzeptanz in der Öffentlichkeit in unserer Gesellschaft gibt. Das erhöht den Druck der Öffentlichkeit. Es ist auch ein Signal an diejenigen, die solche Strukturen wesentlich aufbauen, vermarkten und nutzen, dass auf Dauer vieles entdeckt wird und die Strategie, Dinge zu verheimlichen, immer schwieriger wird. Das ist ein gutes Signal in dieser Situation.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb muss der konsequente Kurs gegen Geldwäsche, gegen Steuerhinterziehung fortgesetzt werden. Darin waren sich die Finanzminister auf der Konferenz in der vergangenen Woche über Parteigrenzen hinweg einig. Auch Wolfgang Schäuble, den Sie in Teilen zitiert haben, hat sein

(Thilo Kleibauer)

Zehnpunkteprogramm vorgelegt, das sehr viel Gutes enthält.

In den vergangenen Jahren ist durchaus einiges passiert, was den internationalen Datenaustausch und verschärfte Meldepflichten angeht. Es gibt ein Steuerabkommen, das in den vergangenen Jahren 100 Länder unterzeichnet haben. Das ist aber immer noch nicht genug für die Panamas dieser Welt, sage ich einmal, über die wir reden. Solch ein Abkommen über Steueraustausch, über sehr sensible Daten, an dem sich in wenigen Jahren 100 Länder beteiligen, zu erreichen, ist durchaus ein Meilenstein, der in Europa seinen Anfang nahm, wo wir auch Länder wie Österreich und Luxemburg dafür gewinnen konnten. Das ist die richtige Antwort auf die Internationalisierung. Das ist im Übrigen eine Antwort, die Wolfgang Schäuble in den letzten Jahren sehr stark gegeben hat. Da muss man auch einmal sagen, Herr Schmidt, dass Wolfgang Schäuble in den vergangenen Jahren mehr erreicht hat als drei SPD-Finanzminister vor ihm im Amt.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Kurs mit einem Bündel an Maßnahmen muss weitergehen. Es geht auch darum, den Gestaltungsmöglichkeiten internationaler Konzerne, die sich der Besteuerung entziehen, was nicht nur zu Steuerausfällen, sondern auch zu massiven Wettbewerbsverzerrungen führt, entgegenzuwirken. Dieser Kurs ist richtig; auch dieses Thema ist angegangen worden. Es geht darum, wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Wir haben im Übrigen vor einiger Zeit gemeinsam mit der Großen Koalition auch die Möglichkeiten der steuerlichen Selbstanzeige in Deutschland deutlich verschärft. Auch die Große Koalition in Berlin hat also einiges getan. Es gibt nicht nur einfache Lösungen, sondern es geht um wirksame Maßnahmen. Es geht nicht darum, auf jedes Thema reflexhaft draufzuspringen und mit Aktionismus viel anzukündigen. Dabei denke ich an Peer Steinbrück, der als Finanzminister der Mann der großen Ankündigungen, der Mann der Worte war, nicht aber derjenige, der geliefert hat. Sehen Sie sich Ihre Finanzminister an. An Oskar Lafontaine mögen Sie sich gar nicht mehr erinnern; er hat ja auch schnell aufgegeben.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das stimmt! Das können wir bestätigen!)

Dann kam Hans Eichel, danach Peer Steinbrück. Aber die großen Fortschritte sind in den vergangenen Jahren unter der Regierungszeit von Wolfgang Schäuble gemacht worden. Dieser Kurs muss weitergehen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Rose lächelt mich zustimmend an; das ist immer ein gutes Zeichen. Ein faires Steuersystem ist ein Steuersystem,

(Glocke)

wo alle Menschen die Steuern auch tatsächlich bezahlen. Daran arbeiten wir, daran sollten wir alle ein Interesse haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion hat das Wort.

Farid Müller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mensch, Herr Kleibauer, jetzt hacken Sie auf Ihrem Koalitionspartner in Berlin herum.

(*Jörg Hamann CDU*: Das hat er ja auch verdient!)

Man fragt sich, ob das überhaupt noch eine Koalition ist, die Sie da beschreiben. Herr Schmidt hat auch Kritik geübt, aber Sie haben jeden Satz neu angefangen und auf der SPD rumgekloppt, statt sich einmal diesem Thema zu widmen. Sie haben darum herumgeredet und sind nie auf den Punkt gekommen. Jetzt kommen wir einmal auf den Punkt.

Ich habe überhaupt nicht verstanden, Herr Kleibauer und Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Sie keinen Hamburg-Bezug bei diesem Thema feststellen können.

(*Dennis Thering CDU*: Das hat mit der Anmeldung zu tun!)

Haben Sie überhaupt einmal die Zeitungen gelesen, sich online informiert oder den NDR gehört? Auch eine Hamburger Bank ist von diesen Panama Papers betroffen und wohl auch Kunden,

(*André Trepoll CDU*: Mehr als eine!)

die mit Hamburg zusammenhängen. Insofern finde ich es mehr als recht, dass wir dieses Thema heute besprechen, denn die Hamburger Bürgerschaft soll sich auch darum kümmern, was die Menschen draußen bewegt. Sie bewegt momentan sehr, was die Vorwürfe hinsichtlich der Panama Papers für Hamburg und natürlich auch für die Bundespolitik bedeuten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir sollten in diesem Zusammenhang nicht vergessen, den Journalistinnen und Journalisten vom NDR, WDR, von der "Süddeutschen Zeitung" und dem Whistleblower zu danken. Sonst hätten wir das heute gar nicht anmelden und darüber reden können, und sonst hätte ein Herr Schäuble keinen Zehnpunkteplan vorgelegt. So ist das nämlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn eine traditionsreiche Hamburger Bank in besonderem Ausmaß mit Briefkastenfirmen und Offshore-Konten in Verbindung gebracht wird, wenn

(Farid Müller)

man auf NDR online nachlesen kann, dass es sehr fragwürdige Kundenbeziehungen zu allen möglichen Geschäftsbereichen gibt, zu denen wir eher großen Abstand halten, dann wird doch klar, dass das eine Lawine losgetreten hat, die wir als Politik sehr wohl in den Griff bekommen müssen. Dazu passt überhaupt nicht das Laissez-faire von Herrn Schäuble, der sich jetzt rühmt, in einem Zehnpunkteplan endlich die EU-Richtlinie zu einem Transparenzregister umzusetzen. Hallo? Das ist schon längst Gesetz in der EU, und er hat es immer noch nicht gemacht. Jetzt hat er in seinem Zehnpunkteplan angekündigt – ganz neu –, das zu machen. Auch bei der Schwarze-Staaten-Liste, die die EU-Kommission aufgelegt hat, hat er nicht geliefert. Kein einziges Land ist von Herrn Schäuble aus Deutschland gemeldet worden. Da kann man sich schon fragen, was der Grund für die Untätigkeit des Herrn Bundesfinanzminister ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Diesbezüglich habe ich von Ihnen nichts gehört, sondern Herr Kleibauer hat darum herumgeredet, man mache schon so viel und habe schon so viel gemacht. Ich habe den Eindruck, dass das, was gemacht wurde, nicht dazu geführt hat, dass das Problem gelöst ist, sondern dass es, wenn wir über 50 Milliarden Euro reden, die mit Briefkastenfirmen und Offshore-Konten am deutschen Fiskus vorbeigeführt werden, ganz im Gegenteil keine Lappalie ist, sondern sehr wohl eine Sache, die sich alle 16 Bundesländer und der Bund genau ansehen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von *Michael Kruse FDP*)

Daher fordern wir, dass diese EU-Richtlinie sofort umgesetzt wird. Wann, wenn nicht jetzt? Wir wollen auch, dass nicht erfolgte Transparenz bestraft wird. Was wir im Gegenteil nicht wollen, ist, dass die Whistleblower bestraft werden, sondern es muss endlich einen Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag geben, der diese Menschen schützt, denn sonst kommen wir dem Problem nicht hinterher.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ganz zum Schluss: Hamburg kann damit noch mehr zu tun haben. Deutschland wird nächstes Jahr die G20-Präsidentschaft übernehmen, der Gipfel wird in Hamburg stattfinden.

(*Thilo Kleibauer CDU*: Sie wollen den Gipfel doch gar nicht in Hamburg haben!)

Meine Fraktion fordert eindeutig, dass das Thema Finanzkriminalität auf die Tagesordnung dieses Gipfels gesetzt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Debatte macht etwas mehr Spaß als die vorherige. Allein dass Herr Schmidt plötzlich ein paar klassenkämpferische Töne anklingen lässt, ist erfreulich – 1 Prozent gegen 99 Prozent –,

(Beifall bei der LINKEN)

und dass Herr Kleibauer zum großen Kämpfer gegen Steuerkriminalität wird und sich dafür starkmacht, diesbezüglich einiges zu verändern, höre ich auch gern, denn dieses Problem ist, wie wir alle wissen, trotz der Aktivitäten von Herrn Schäuble, die Sie durchaus richtig dargestellt haben, in letzter Zeit noch größer geworden.

Ich möchte zu einigen wichtigen Punkten etwas sagen. Erstens – und da müssen sich alle Parteien und die Politik insgesamt an die Nase fassen –: Diejenigen, die als Aktive dagewesen sind, waren nicht die politischen Parteien, nicht der Staat, sondern das waren Whistleblower, das waren die Snowdens, die Assanges dieser Welt, das waren diejenigen, die Unterlagen weitergereicht haben, das war die Presse, die das veröffentlicht hat. Es ist zwar schön, dass sie das gemacht haben, zeigt aber auch, dass es Schwächen in der Steuerverwaltung, in der Kontrolle gibt; sonst wäre schon längst etwas verändert worden. Diese Menschen dürfen nicht bestraft werden, wie es heute zum Teil noch geschieht. Sie sind ein wichtiger Motor der Demokratie, denn sie decken Missstände auf.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Michael Kruse FDP* und *Karin Prien CDU* – Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Zweitens möchte ich etwas zu der in Hamburg ansässigen Berenberg Bank sagen. Eine Briefkastenfirma kann nur existieren, wenn es Bankenzuträger, Zwischenakteure gibt. Auf diese müssen wir den Fokus legen. Über die Berenberg Bank wurde jetzt in den Papieren von Fonseca, also der Kanzlei, die das in Panama gemacht hat, veröffentlicht, dass es sich bei dieser Bank um eine deutsche Traditionsbank mit exzellentem Ruf handele. Man habe sehr gute Beziehungen mit dieser Bank und empfehle sie ausdrücklich. Diese Bank hat ihren Sitz in Hamburg. Diese Bank muss dringend überprüft werden. Diese Bank muss genau untersucht werden, und zwar nicht nur von Wirtschaftsprüfern von Ihro Gnaden. Es muss geprüft werden, ob diese Bank weiterhin die Banklizenz erhalten darf,

(Beifall bei der LINKEN)

denn sie ist ein Motor dieser Bankgeschäfte, ganz deutlich zu messen an dem, was die "Süddeutsche

(Norbert Hackbusch)

Zeitung", der NDR und so weiter veröffentlicht haben.

Ist denn Schäuble mit diesen schönen Erklärungen, wie sie uns Herr Kleibauer dargestellt hat, jetzt ganz weit vorn? Ist er nicht. Um das Problem bekämpfen zu können, müssen die Steuerbehörden endlich Informationen über die Steuerbescheide der verschiedenen Unternehmen, sogenannte Country-to-Country-Reports, austauschen. Das aber verhindert Deutschland, und das gilt es zu verändern, auch im Bundesrat.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie froh und glücklich kann denn bezüglich dieser Aktivitäten die SPD in Hamburg sein, die sich ständig damit brüstet, sie habe so viel Tolles gemacht? Meine Fraktion sagt seit Jahren, dass zur Beseitigung dieses Problems mehr Anstrengungen unternommen werden müssen; das möchte ich nicht noch einmal wiederholen. Stattdessen verweise ich auf den Bericht 2016 des Rechnungshofs. In diesem stellt der Rechnungshof fest, dass in Hamburg noch immer keine ausreichenden Prüfungen bei der Veranlagung vorgenommen werden, und das, obwohl er seit Jahren kritisiert, dass die Bedarfsrechnungen für die Betriebsprüfungen immer noch den mit den übrigen Ländern abgestimmten Standards widersprechen. Darüber hinaus kritisiert der Rechnungshof, dass in Hamburg noch immer nicht gewährleistet ist, dass alle Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkünften als potenzielle Prüfungsfälle in der Betriebskartei erfasst werden, das heißt, dass sie nicht richtig kontrolliert werden. Der Rechnungshof sagt Ihnen, dass Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben. Also kümmern Sie sich um diese Angelegenheiten und tun Sie nicht so, als hätten Sie jetzt alles neu erfunden. Sie haben in diesem Punkt auch Dreck am Stecken.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Jörn Kruse AfD – Glocke*)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Herr Hackbusch, bitte berücksichtigen Sie auch zum Schluss den parlamentarischen Sprachgebrauch. – Als Nächstes erhält das Wort Katja Suding von der FDP-Fraktion.

Katja Suding FDP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was für ein Paukenschlag. 11,5 Millionen Dokumente hat ein internationales Netzwerk von Hunderten von Topjournalisten gesichtet. Sie beschäftigen sich mit 214 000 Briefkastenfirmen in Panama und in anderen Steueroasen. Für uns sind das sehr wertvolle Erkenntnisse.

Vorweg zur Klarstellung: Nicht jede einzelne dieser Briefkastenfirmen wird für Steuerhinterziehung, für Betrug, für Schmuggel oder Geldwäsche genutzt, und in einem Rechtsstaat verbietet es sich natürlich, den Inhaber einer solchen Briefkastenfirma

automatisch vorzuverurteilen. Hier sind natürlich erst die strafrechtlichen Ermittlungen abzuwarten. Ist also alles in Ordnung? Kann sich die Politik zurücklehnen und die Hände in den Schoß legen? Ein ganz klares Nein, das kann und darf nicht sein.

(Beifall bei der FDP)

Die Politik darf hier keinesfalls den Eindruck erwecken, sie schaue dem Treiben tatenlos zu, weil nicht nur Eliten aus Wirtschaft, Sport oder Gesellschaft betroffen sind, sondern auch ranghohe Politiker, denn dann überließen wir den Populisten das Feld, denjenigen, die sowieso schon Angst und Hass gegenüber Politikern und der Politik im Allgemeinen schüren. Es würde die Legitimationskrise verstärken, in der sich westliche Demokratien in jüngster Zeit befinden. Das dürfen wir als Abgeordnete nicht zulassen.

Die Missstände, die in den Panama Papers beschrieben werden, müssen aufgeklärt werden, die Verantwortlichen müssen identifiziert werden, und wir müssen prüfen, ob die vorhandenen Rechtsinstrumente ausreichen. Zu der Rolle, die der Hamburger Senat dabei spielen muss, komme ich gleich. Aufklärung und Prüfung des Sachverhalts jedenfalls müssen sorgfältig und ohne blinden Aktionismus geschehen. Von diesem blinden Aktionismus enthält der Aktionsplan von Finanzminister Schäuble, den er am vergangenen Wochenende vorgestellt hat, jede Menge. Von einem echten Plan, wie gegen die skandalösen Missstände wirksam vorgegangen werden solle, ist in seiner Sammlung aufgewärmter Ideen – die meisten davon sind untauglich – nicht viel zu erkennen.

Mit dem Aktionsplan sollen unbestritten hehre Ziele verfolgt werden; das will ich nicht in Abrede stellen. Es drängt sich aber der Eindruck auf, dass dieses Papier zuallererst ein zupackendes Handeln der Bundesregierung simulieren soll. Doch dieser Versuch misslingt. Denn die Wirkung eines Großteils der Vorschläge ist als gering einzuschätzen wie etwa die Drohung an Panama, sollte das Land nicht kooperieren, oder die internationale Vereinheitlichung schwarzer Listen; beides ist sehr unrealistisch.

Problematisch dagegen sind andere Vorschläge, etwa der, dass Journalisten die internationalen Geldwäscheregister nur im Gegenzug für die Meldung ihrer Erkenntnisse an die Behörden einsehen dürfen. Das wäre tatsächlich das Ende des Quellenschutzes und auch unvereinbar mit der Pressefreiheit.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Bedenklich halte ich die Verpflichtung für Anbieter, auch legale Steuersparmodelle zukünftig melden zu müssen, denn wenn sie legal sind, sind sie legal, und sollte der Gesetzgeber befinden, dass

(Katja Suding)

das nicht so sein sollte, muss er selbst aktiv werden und entsprechende Gesetze schaffen.

Wirklich sinnvoll ist allein der Vorschlag, dass die Verjährung von Steuerhinterziehung erst dann einsetzt, wenn tatsächlich alle Anlagen im Ausland gemeldet sind. Das hat tatsächlich eine abschreckende Wirkung.

Wenn Hamburg also ernsthaft und konsequent gegen Geldwäsche und Steuerbetrug vorgehen will, muss der Senat seinen Einfluss auf die Bundesregierung nutzen, damit diese wirksame Maßnahmen ergreift. Dazu muss man gar nicht auf die internationale Finanzwelt schauen, sondern es reicht ein Blick auf das eigene Land. Das Tax Justice Network veröffentlicht alle zwei Jahre eine Untersuchung von Schattenfinanzzentren, in denen die notwendige Infrastruktur bereitgestellt wird, mit der Personen und Unternehmen Steuergesetze und Transparenzregeln unterlaufen können. Panama befindet sich auf dieser Liste aktuell auf Platz 13 und Deutschland, man höre und staune, befindet sich auf Platz 8 dieser Liste. Es ist also wirklich fehl am Platz, immer nur mit dem Finger auf andere zu zeigen.

(Beifall bei der FDP)

Ich stelle zwei Forderungen: Erstens brauchen wir endlich eine Regelung, damit große ausländische Konzerne – ich rede von Firmen wie Google und IKEA, die in Deutschland Gewinne machen und unsere Infrastruktur nutzen – hier auch Steuern zahlen. Das Klagen vonseiten der Bundesregierung, von CDU und SPD, über Steuerbetrug und Geldwäsche ist nämlich absolut unglaublich, wenn sie gleichzeitig keinerlei Anstalten macht, um im eigenen Gestaltungs- und Einflussbereich endlich zu verhindern, dass diese großen ausländischen Konzerne in Deutschland überhaupt keine Steuern zahlen.

Zweitens gehört zur Steuergerechtigkeit natürlich, dass die Reichen ihre Steuern zahlen. Aber das reicht längst nicht aus. Zur Steuergerechtigkeit gehört vor allem, dass der Staat sich nicht auf Kosten der kleinen und mittleren Einkommen unverhältnismäßig bereichert. Doch das ist der Fall, wie heute noch einmal die OECD-Studie gezeigt hat,

(Glocke)

der zufolge die Einkommen in Deutschland stärker belastet sind als in anderen Industrienationen.

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Frau Suding, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Katja Suding FDP (fortfahrend): Ich hätte gern noch etwas zum Soli und zur kalten Progression gesagt, das gehört nämlich auch zur Steuergerechtigkeit. Dazu an anderer Stelle mehr. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Herr Professor Kruse von der AfD-Fraktion.

(*Milan Pein SPD:* Wie läuft es in Kalifornien?)

Dr. Jörn Kruse AfD: * Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Panama Papers sind ein Medienrenner. Man liest über prominente Politiker, Unternehmer, Fußballer, Clubs und so weiter, die ihr Geld in dubiosen Briefkastenfirmen in Panama und anderswo verstecken, und von Banken und Anwälten, die sie dabei unterstützen – sicher nicht zu deren Nachteil. Die Diskussion wird gespeist von einer allgemeinen Empörung über die da oben, die sich durch solche Trickereien ihrer gesetzlichen und moralischen Pflicht zur Steuerehrlichkeit und einer korrekten Vermögensangabe, insbesondere dann, wenn sie in der Schuldnerrolle sind, entziehen, während die normalen Bürger brav ihre Steuern zahlen oder sie gleich abgezogen bekommen und alles ganz transparent ist. Diese Empörung ist aber nicht nur das Ergebnis vorurteilsbehafteter antikapitalistischer Erregung, sondern diese Aufregung hat leider sehr viel reale Substanz, jedenfalls sehr viel mehr, als wir uns leisten können.

Wohlgemerkt, nicht jeder, der eine Briefkastenfirma in Panama hat, ist ein Steuerhinterzieher oder hat entsprechende Intentionen oder ist kriminell. Aber es hat mehr als einen Hautgout, es hat auch eine verheerende Wirkung auf die Identifikation der allgemeinen Bürger mit ihrem Staat und auf ihre Bereitschaft, sich für diesen einzusetzen. Das ist sogar unabhängig davon, ob die Leute tatsächlich Steuern hinterzogen haben oder ob man es ihnen nachweisen kann, was leider ein Riesenunterschied ist. Das ist der erste Grund, aufgrund dessen es politisch relevant ist und nicht nur eine Frage für den Staatsanwalt.

Der zweite Punkt folgt daraus. Viele Täter werden davonkommen, weil man es ihnen nicht nachweisen kann. Dies ist eine Folge mangelnder Gesetze, unzureichend ausgestatteter Steuerfahndungsbehörden und mangelnder internationaler Kooperation. Darüber haben meine Vorredner schon gesprochen.

Aber das muss natürlich den Bundesregierungen in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten angelastet werden. Da sind einige der heutigen Redner, speziell von den Parteien CDU und SPD, natürlich in der Pflicht. Man kann sich also fragen, warum sie das damals nicht gemacht haben. Darauf komme ich gleich zurück.

Der dritte Punkt ist das Muster der Öffentlichwerdung. Es war nämlich wieder einmal Zufall und

(Dr. Jörn Kruse)

nicht das Ergebnis der Recherche von Steuerfahndern. Das erinnert mich an die Zeit, als viele vermögende Deutsche das Wort Steuer-CD nicht mehr hören konnten, weil sie daraufhin entweder ihre Steuern nachzahlen mussten oder wegen Hinterziehung verurteilt worden sind. Ich selbst war immer ein Fan der Tatsache, dass der Staat Steuer-CDs ankauft, obwohl ich wusste, dass es Hehlerware ist. Aber ich glaube, das allgemeine Interesse an der Aufdeckung dieser Sachen ist das größere.

Die Entdeckung der Panama-Briefkästen war Zufall, und Zufall ist es dann, wenn man einen Whistleblower hat oder ein Journalist auf etwas stößt. Nicht Zufall wäre es, wenn die Steuerbehörden das systematisch aufdecken könnten. Wenn es also Zufall war, fragt man sich natürlich, wie viele dieser Briefkästen jetzt immer noch auf den Cayman Inseln, in Delaware und so weiter unbehelligt weitermachen können. Das ist das, was uns vor allen Dingen beunruhigen sollte.

Lieber Herr Dressel, den Titel Ihrer Anmeldung für die Aktuelle Stunde, "Panama-Papers: Hamburg unterstützt konsequente Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerbetrug", finde ich nett. Das könnte ich sofort unterschreiben, und wahrscheinlich könnten das alle in diesem Hause. Allein mir fehlt der Glaube, dass Sie es ernst meinen.

(Beifall bei der AfD)

Wenn ich Sie sage, dann meine ich nicht Sie als SPD-Fraktionsvorsitzenden in Hamburg, sondern Sie als Topfunktionär einer Partei, die in Berlin an der Regierung beteiligt ist und vor nicht allzu langer Zeit den Bundeskanzler und den Bundesfinanzminister gestellt hat. Warum hat die SPD damals und jetzt nicht Fakten zur konsequenten Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerbetrug, wie Sie es formulieren, geschaffen, insbesondere wirksame Gesetze, effiziente und schlagkräftige Finanzbehörden in Bund und Ländern und vor allen Dingen internationale Kooperationen, die das auch ermöglichen? In den zahlreichen Artikeln und Webbeiträgen, die ich anlässlich der Panama Papers gelesen habe, war immer davon die Rede, dass bei diesem Thema Deutschland zu den größten Sündern gehöre. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit spricht von Platz 8 auf dieser unrühmlichen Rangliste, worauf Frau Suding eben schon hingewiesen hat. Das sollte uns natürlich zu denken geben. Jetzt kommt der Bundesfinanzminister, Herr Schäuble,

(Glocke)

und tut so, als sei er ein Vorkämpfer.

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Jetzt kommt das Ende Ihrer Redezeit. Die Lampe leuchtet schon.

Dr. Jörn Kruse AfD (fortfahrend):* Ich freue mich, dass ich mit Frau Suding und mit Herrn Hackbusch weitgehend einig bin. Das ist nicht häufig der Fall.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächstes erhält das Wort die fraktionslose Abgeordnete Dora Heyenn.

Dora Heyenn fraktionslos:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Kinder haben mit sehr großer Liebe das Buch von Janosch "Oh, wie schön ist Panama" gelesen. Dabei geht es um die Sehnsucht nach einem schöneren Ort, und die Kinder in dieser Geschichte laufen los vom eigenen Wohnort, und der Clou ist, wo sie landen. Sie landen wieder zu Hause. Und was sagen sie? Oh, wie schön ist Panama.

(Dirk Kienscherf SPD: Die sind ja verhaftet worden jetzt!)

Insofern ist Panama überall, auch in Hamburg.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GRÜNE)

Mit der Veröffentlichung der Panama Papers zeigt sich wieder, dass Deutschland, aber auch Hamburg, ein massives Problem mit der Steuergerechtigkeit hat, denn die Hamburger Berenberg Bank – das legen Dokumente aus den Panama Papers nahe und es ist heute schon ein paarmal gesagt worden – hat besonders eng mit dem panamaischen Offshore-Dienstleister Mossack Fonseca zusammengearbeitet. In mehreren Mails aus dem Panama-Papers-Datensatz ist davon die Rede, dass zwischen Mossack Fonseca und der Berenberg Bank ein besonderes Verhältnis besteht.

Es ist aber nicht nur die Berenberg Bank, sondern mehrere Hamburger Geldhäuser, die schon lange in diesem Sektor arbeiten. In den Panama Papers werden neben der Berenberg Bank die HSH Nordbank und die Dresdner Bank Lateinamerika AG genannt, das ist eine Tochter der Commerzbank. Nach Recherchen der "Süddeutschen Zeitung", von NDR und WDR haben deutsche Banken über ihre Auslandsfilialen und mithilfe der Kanzlei Mossack Fonseca mindestens rund 1 000 Briefkastenfirmen gegründet. Einige dieser Firmen sind immer noch aktiv. Darunter werden die Berenberg Bank mit 13 Briefkastenfirmen, die HSH Nordbank mit 20 Briefkastenfirmen und die Dresdner Bank Lateinamerika AG mit 333 Briefkastenfirmen genannt. Wie gesagt, das auch in Hamburg.

Nun ist es, wie schon von der FDP gesagt wurde, nicht per se strafbar, eine Briefkastenfirma im Ausland zu eröffnen. Illegal werden Briefkastenfirmen aber dann, wenn sie dazu dienen, Einnahmen vor dem Finanzamt zu verbergen. Wie die Medien gerade wieder publik gemacht haben, werden Off-

(Dora Heyenn)

shore-Gesellschaften zudem häufig dazu genutzt, Korruption oder Geldwäsche zu verschleiern.

Thomas Eigenthaler, der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, hat Folgendes gesagt – ich zitiere –:

"Mir ist im Grunde in meiner vierzigjährigen Berufspraxis noch nie ein Fall untergekommen, wo es einen vernünftigen Grund gibt und wo dann der Inhaber einer solchen Firma wirklich steuerehrlich ist."

Das sollten auch Sie, Frau Suding, sich auf der Zunge zergehen lassen.

Mit den Panama Papers wird sichtbar, wie weit diese Steueroasenpolitik und die Beihilfe hierzu in Hamburg als Geschäftsmodell verbreitet war oder immer noch ist. Ich will als Beispiel ein Interview mit dem ehemaligen Finanzsenator und ehemaligen HSH-Nordbank-Aufsichtsratschef Peiner anführen. Er hat am 12. April 2009 in der "Bild"-Zeitung ein Interview gegeben, und die Überschrift dieses Interviews hieß: "Politiker wussten von Steueroasen". Auf die Frage der "Bild"-Zeitung, was die Bank in Steuersünderparadiese treibe, antwortete Herr Peiner:

"Durch unser Engagement dort ermöglichen wir unseren Mittelstandskunden günstige Kreditkonditionen, indem wir dort preiswert Geld aufnehmen."

Nicht mehr und nicht weniger. So brav ist das alles.

Dann geht es aber weiter, und Sie haben recht, Herr Schmidt: Erst 2011 unter der SPD stellte die Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein dieses Geschäftsmodell ein und zahlte im vergangenen Jahr 22 Millionen Euro Strafe, leider nicht an die Hamburger Stadtkasse, sondern an die Kölner Staatsanwaltschaft, die die Ermittlungen gegen die Bank geführt hatte. Herr Peiner hat in dem Interview in der "Bild"-Zeitung auf die weitere Frage insbesondere nach Steuerparadiesen der Hamburgischen Landesbank geantwortet,

"die Nordbank hat dort"

– gemeint sind die Steueroasen –

"nie dubiose Geschäfte gemacht".

Trotzdem ist sie auf 22 Millionen Euro verklagt worden. Also nur so weit, Politik und Bank hängen doch sehr eng zusammen.

Es ist nicht nur Panama, es sind nicht nur die Cayman Islands, es ist nicht nur Jersey, wir haben überall Steueroasen. Sie sind international ein gewaltiges politisches Problem, auch hier vor Ort. Man darf nicht vergessen, dass dies eine hohe sozialpolitische Relevanz hat, weil der öffentlichen Hand Gelder verloren gehen. Man hört in diesen Tagen Zahlen zwischen 50 und 100 Milliarden

Euro, die jedes Jahr der öffentlichen Hand dadurch verloren gingen.

Steuerhinterziehung und Geldwäsche wären ohne Beihilfe von Banken nicht möglich. Dabei gibt es in Hamburg klare Defizite. Wie bereits gesagt wurde, ist die personelle Ausstattung der Finanzverwaltung nicht zureichend.

(Glocke)

Ich erwarte, dass nicht nur über den Bundesrat, Europa und Weltweites gesprochen wird, sondern dass endlich die Finanzverwaltung und die Staatsanwaltschaft in Hamburg aktiv werden.

(Beifall bei *Nebahat Güçlü* fraktionslos und *Stephan Jersch* DIE LINKE)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Frau Heyenn. – Als Nächster erhält das Wort der Finanzsenator Peter Tschentscher. Im Anschluss haben gemäß Geschäftsordnung alle Fraktionen die Möglichkeit für ein Fünf-Minuten-Statement.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Panama Papers bezeichnet man Dokumente einer Anwaltskanzlei, deren Geschäftsmodell darin besteht, für ihre Kunden Firmen zu gründen und unter fremden Namen Finanztransaktionen durchzuführen. Die Firmen befinden sich überwiegend an sogenannten Offshore-Finanzplätzen jenseits der Küstenregionen, was nicht geografisch, sondern rechtlich gemeint ist, also jenseits üblicher Rechtsnormen, Regulierung und Finanzmarktaufsicht. Die Staaten dieser Steueroasen erheben kaum Informationen über die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse ihrer Firmen und tragen insoweit wenig zum internationalen Informationsaustausch bei. Die Gründe für die Nutzung von Briefkastenfirmen sind vielfältig, müssen aber vermutlich in den meisten Fällen der Kategorie illegale Geschäftspraktiken und Steuerflucht zugeordnet werden.

Die in den Panama Papers konkret enthaltenen Daten einzelner Steuerpflichtiger wurden bisher weitestgehend nicht veröffentlicht. Gleichwohl hat die Berichterstattung zu einer breiten Diskussion über ein Problem geführt, das im Grunde nicht neu und jedenfalls den Steuerbehörden in Deutschland seit Langem bekannt ist. Die Intensität der Öffentlichkeitsarbeit der Finanzminister einiger Länder steht aber nicht im Einklang mit ihrer bisherigen Bereitschaft, das Problem auch zu lösen. Deshalb bieten die aktuelle breite Aufmerksamkeit und öffentliche Empörung eine gute Gelegenheit, diese Maßnahmen voranzubringen, die viele Länder, darunter Hamburg, seit geraumer Zeit fordern. Dazu gehört eine Verbesserung der Transparenz und des internationalen Datenaustausches, um Geld-

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

wäsche, Drogenhandel und andere Delikte besser zu verfolgen, die schon nach den heute geltenden Gesetzen eindeutig rechtswidrig sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Schwieriger ist der zweite Teil der Sache. Dabei geht es um die Gewinnverlagerung multinationaler Konzerne durch ein gezieltes Ausnutzen von Abweichungen der nationalen Steuersysteme. Die Nutzung solcher Steuerschlupflöcher ist häufig nicht rechtswidrig, obwohl sie gegen das Gemeinwohl verstößt und zu einem erheblichen Verlust staatlicher Einnahmen führt. Darüber hinaus kommt es zu Wettbewerbsverzerrung mit wirtschaftlichen Vorteilen für große Konzerne und Nachteilen für regionale kleine und mittlere Unternehmen. Deshalb ist es eine zentrale steuerpolitische Aufgabe, die von der OECD bereits erarbeiteten Maßnahmen gegen Steuerflucht und grenzüberschreitende Gewinnverlagerung sobald wie möglich umzusetzen, und genau dies hat die Bundesregierung auch beschlossen.

Wir sind darüber hinaus der Auffassung, dass Finanzinstitute, die nachweislich Beihilfe zum Steuerbetrug leisten, künftig stärker zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Heute sagen einige, am Überfall selbst seien sie nicht beteiligt gewesen, sie hätten nur das Fluchtauto einschließlich Fahrer gestellt. So geht das nicht, und deshalb ist die gemeinsame Forderung der Finanzminister der Länder aus der letzten Woche, dass wir mit den Finanzinstituten stärker über Vorbeugung, aber auch Zur-Rechenschaft-Ziehen reden müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kommen wir nun auf uns zu sprechen. Die Hamburger Finanzämter verfolgen die Hinweise auf rechtswidrige Gestaltung zur Gewinnverlagerung und Steuerhinterziehung konsequent und ermitteln diese mit allen rechtlichen, organisatorischen und auch sehr guten technischen Möglichkeiten. Wir verstärken darüber hinaus – Frau Heyenn, Herr Hackbusch, Sie haben das gerade angesprochen – ganz enorm die Ausbildung in der Steuerverwaltung. Wir sind uns dort mit dem Rechnungshof einig, dass dies in einem Umfang geschieht, wie es in Hamburg bisher noch nie der Fall war.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Oft genug ist darüber gesprochen worden, dass wir uns an dem Ankauf und der Auswertung von Steuer-CDs beteiligen und sehr gute Erfolge in der Steuerfahndung haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein besonderer Punkt wird von den Experten hoch anerkannt und findet doch nur geringe und seltene Beachtung bei uns in Hamburg; deswegen muss

ich es einmal ausdrücklich betonen. Das Finanzamt Altona und die Hamburger Finanzbehörde haben eines der ersten Gerichtsverfahren gegen rechtswidrige Cum-Ex-Geschäfte geführt und erfolgreich bis zu einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs vertreten. Das war eine sehr wichtige Entscheidung und die Hamburger Finanzbehörde hat sehr viel dazu beigetragen, dass rechtliche Klarheit hergestellt wurde.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Michael Kruse FDP)

Hamburg beteiligt sich also konsequent an der Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerbetrug, so wie es das Thema der Aktuellen Stunde verlangt. Gern nehmen wir auch die den Medien vorliegenden Informationen zu den Panama Papers entgegen, um sie mit den uns bekannten Daten abzugleichen und weiterzuverfolgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Dr. Joachim Seeler von der SPD-Fraktion vorliegen.

Dr. Joachim Seeler SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will vorab kurz auf die Einlassungen von Herrn Kruse und Herrn Kleibauer eingehen. Es ergibt keinen Sinn, sich einzelne Finanzminister unterschiedlicher Epochen herauszugreifen, ihnen Parteien zuzuordnen und dann eine Schimpfkanonade loszulassen.

(Dennis Thering CDU: Ja, da sind Sie auch ganz groß drin! – Katja Suding FDP: Das würden Sie natürlich nie machen!)

Wenn wir das wollten, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, dann empfehle ich einen historischen Blick in die Zeit von Theo Waigel, als es möglich war, Millioneneinkünfte durch Steuersparmodelle vor Ort in Deutschland steuerfrei zu schalten. Deswegen lohnt sich an dieser Stelle ein Blick in die Geschichte, um das objektiv zu beurteilen. Aber es führt uns nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Per se ist das Gründen von Gesellschaften im Ausland nicht strafbar, und in vielen Bereichen braucht die Hamburger Wirtschaft diese Vehikel, um Investitionen grenzüberschreitend durchzuführen. In der Presse war zum Beispiel von der Steueroase Delaware in Amerika zu lesen. Delaware ist ein Standort, wo Sie heute Investitionen, wenn Sie etwa in Amerika investieren, über Doppel-Stock-Modelle strukturieren. Das brauchen Sie schon aus Haftungsgründen. Deswegen sollten wir differenzieren. Die Hamburger Wirtschaft braucht solche Vehikel, aber, völlig richtig, das ist schon in der De-

(Dr. Joachim Seeler)

batte deutlich geworden: Es kommt immer darauf an, was man daraus macht.

Dann fallen zwei Punkte auf. Einen hat Senator Tschentscher gerade angesprochen. Mithilfe dieser Gesellschaften haben Großkonzerne und große private Vermögen die Möglichkeit, Aufwendungen und Erträge zwischen Ländern so kreativ hin und her zu verschieben, dass man die Aufwendungen dort anfallen lässt, wo die Steuersätze eher höher sind, zum Beispiel in Deutschland, und die Erträge dort generiert, wo sie niedriger sind, zum Beispiel in Irland. Frau Suding hat Beispiele genannt, das sind die Starbucks, das sind die Facebooks, aber auch deutsche Konzerne. Das zeigt teilweise – und das finde ich nach wie vor frustrierend –, dass Nationalstaaten hier in Wahrheit an ihre Grenzen kommen. Nur durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, etwa in der EU, können wir solche Steuerschlupflöcher trockenlegen und solche Möglichkeiten künftig möglichst vermeiden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –
Katja Suding FDP: Das ist nicht der Fall, Herr Seeler! Das stimmt nicht!)

Das Dritte ist natürlich die Frage der kriminellen Nutzung solcher Gesellschaften. Gerade in den Offshore-Regionen ist das ein Punkt, der gerade durch die Panama Papers deutlich geworden ist. Eigentlich muss man vier Punkte dazu anmerken. Zum einen bekommt man das nur trockengelegt, wenn man Licht in die Angelegenheit bringt. Ich spreche von den Bemühungen der EU und der OECD, dass der wirtschaftlich Berechtigte dieser Gesellschaft klar benannt werden muss. Es kann nicht sein, dass durch die Gründung der Gesellschaft so etwas verschleiert wird. Und wenn der wirtschaftlich Berechtigte benannt ist, müssen diese Daten auch international zur Verfügung gestellt werden. Es wurde schon erwähnt, dass die OECD mit dem Common Reporting Standard das schon auf den Weg gebracht hat. Leider haben sich bisher nur hundert Staaten angeschlossen. Wir alle hoffen sehr, dass das weiter vorangebracht wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber aus deutscher Sicht kann man leider immer nur dafür werben, dass auch auf internationaler Ebene der politische Wille da ist, dieses konsequenter umzusetzen.

Leider muss man auch feststellen, dass solche Steueroasen sich vielfach in der Einflussphäre der westlichen Staaten befinden. Man kann Panama durchaus der Einflussphäre der USA zurechnen. Nicht weit davon entfernt liegt eine der begehrtesten Steueroasen, nämlich die Virgin Islands, die britische Kronkolonie sind und heute die Hälfte ihres Bruttoinlandsprodukts durch den Betrieb von Briefkastenfirmen erwirtschaften. Daran sieht man, dass man immer wieder dafür werben

muss, dass alle dieses Problem gemeinsam angehen müssen. Ich glaube, der Vorteil der Veröffentlichung unter anderem dieser Papiere besteht darin, dass man das Problem klar adressiert und sagt, dass alle Staaten in einem Boot sitzen, um das zu vermeiden.

Letztendlich heißt das auch, vor der eigenen Haustür zu kehren. Damit sind wir in Deutschland mit unserer Aufgabe noch nicht am Ende; das haben auch die Finanzminister am 7. April 2016 aufgeschrieben. Warum zum Beispiel die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bei ihren Bankprüfungen das Thema Steuerhinterziehung nicht auf ihrer Agenda hat, ist schwer nachvollziehbar, genauso wie hin und wieder auch die etwas schleppende Umsetzung von EU-Richtlinien eigentlich nicht in Ordnung ist. Wir werden jetzt hoffentlich die vierte EU-Richtlinie zur Geldwäsche zügig umgesetzt bekommen, damit sie auch in Deutschland gilt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Insgesamt betrachtet, kann man nur sagen, dass der große Gewinn dieser Panama Papers darin besteht, national und international das Schlaglicht auf diese Thematik zu setzen. Von Hamburg aus können wir neben den von Peter Tschentscher angesprochenen Maßnahmen immer wieder nur dafür werben, dass wir auch international wieder zu Transparenz und Steuerehrlichkeit zurückkehren. – Danke.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Ich freue mich über die vielen schönen Worte. Ich finde, dass es auch viel schöne Kritik gegeben hat und wir im Wollen sehr einheitlich argumentiert haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das ist doch schon einmal ein Anfang!)

Andererseits stehen wir vor dem Problem, dass schönen Reden noch längst keine schönen Taten folgen. Herr Tschentschers Worte sind zum Teil sehr vage. Erstens: Transparenz stärken. Ja, das können wir alle unterstreichen.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Steuerverwaltung ausbauen!)

– Steuerverwaltung ausbauen – dazu werde ich gleich etwas sagen.

Zweitens: Die Banken stärker zur Rechenschaft ziehen. Beide Formulierungen sind schön, aber so allgemein, dass die Taten noch einmal genauer angesehen werden sollten. Ich schlage vor, dass wir uns dazu mit einer Selbstbefassung im Haus-

(Norbert Hackbusch)

haltsausschuss auseinandersetzen, damit wir Punkt für Punkt das Häkchen setzen können, ob das richtig gemacht wird und welche Vorstellungen es dazu gibt oder ob das nur schöne Reden sind.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Was aber nicht funktioniert, ist, auf den Hinweis des Rechnungshofs, der eine deutliche Kritik daran geübt hat, wie die Hamburger Steuerverwaltung aufgestellt ist, nach mittlerweile mehreren Jahren SPD-Regierung, die uns groß versprochen hat, alles werde anders, diese Kritik nicht anzunehmen, sondern zu sagen, man greife die Anregungen auf. Das sind dann nur noch schöne Reden, aber keine Taten.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dieser Kritik des Rechnungshofs müssen Sie sich auseinandersetzen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Aber wir handeln doch!)

Wir werden uns damit noch genauer beschäftigen und werden Ihnen nicht gestatten, mit schönen Worten die Stadt einzulullen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält Professor Kruse von der AfD-Fraktion das Wort.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle einig. Ich habe das Gefühl, dass wir alle das Gleiche wollen. Wir wollen keine Briefkastenfirmen, sondern eine effektive Besteuerung von Amazon und Starbucks et cetera. Es ist eine Katastrophe, dass sie ihre Gewinne verschieben können, statt sie hier zu versteuern. Aber der Unterschied zwischen meiner Fraktion und zum Beispiel den Fraktionen der SPD und der CDU ist, dass die beiden Letztgenannten bereits in der Bundesregierung Verantwortung getragen haben

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Dieser Unterschied wird bestehen bleiben!)

– zu Zeiten, als das Thema schon bekannt gewesen ist.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb, Herr Seeler, macht es sehr wohl Sinn, jetzt einmal darauf hinzuweisen, welche Regierungen zu einer Zeit etwas nicht gemacht haben, was sie hätten machen sollen, und von dem Sie jetzt fordern, es solle getan werden. Denn das ist das, was real ist. Ankündigungen zu machen ist einfach, aber es ist begründungsbedürftig, warum Sie das zu einer Zeit, als Sie Bundesfinanzminister

oder Bundeskanzler gestellt haben, nicht getan haben.

Herrn Tschentscher höre ich immer gern zu. Er formuliert gut, und ich würde ihm gern glauben, aber vielleicht machen wir das Ganze doch einmal etwas handfester. Diskutieren wir darüber noch einmal in einem Jahr. Dann legen Sie dar, was Sie in dieser Zeit gegen die Probleme, bei denen wir uns alle einig sind, getan haben und welche Erfolge Sie zu verzeichnen haben. Dann applaudiere ich Ihnen öffentlich, Herr Tschentscher.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden sie morgen mit dem dritten Thema fortsetzen.

Ich rufe jetzt die Punkte 1a bis 1c der Tagesordnung auf, die Drucksachen 21/1466, 21/2316 und 21/3941, Wahlen zu verschiedenen Gremien.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde

– Drs 21/1466 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung

– Drs 21/2316 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer Vertrauensperson für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hamburgischen Obergericht

– Drs 21/3941 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Es liegen Ihnen hierzu drei Stimmzettel vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Bevor wir jetzt zur Wahlentscheidung kommen, hat sich Herr Professor Kruse gemäß Paragraph 38 Absatz 5 der Geschäftsordnung zur Abgabe einer allgemeinen Erklärung zu Wort gemeldet. Die Rede-

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich)

zeit hierfür beträgt gemäß der Geschäftsordnung zwei Minuten.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft ist in 13 Wahlgängen ihr verfassungsmäßiges Recht verweigert worden, einen Vertreter der Härtefallkommission zu benennen. Dagegen haben wir, wie Sie wissen, geklagt. Solange die Entscheidung nicht gefallen ist, werden wir keinen weiteren Kandidaten benennen.

Die gleiche Problematik entsteht auch für die Verweigerung unseres verfassungsgemäßen Rechts bezüglich der Besetzung von Deputationen. Ich will jetzt nicht aufzählen, wie viele Male wir uns erfolglos beworben haben; das wissen Sie wahrscheinlich selbst. Ich habe die Zahlen hier vorliegen, aber weil ich nur zwei Minuten Zeit habe, lasse ich das weg.

Um zu einer konstruktiven Lösung zu kommen, haben wir am 21. März 2016 einen Brief an alle Fraktionen geschickt mit der Frage, welche Ablehnungsgründe Sie gegen die von uns vorgeschlagenen Kandidaten sehen. Die meisten Fraktionen haben gar nicht geantwortet, einzig Herr Trepoll hat mir gestern geantwortet.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Gucken Sie mal in Ihr E-Mail-Postfach!)

– Wenn Sie mir sagen, andere Antworten seien noch in der Post, Herr Dressel, dann okay.

(Zuruf von der CDU: Der Brief hat es nicht nach Kalifornien geschafft!)

Der entscheidende Punkt ist jedenfalls folgender: Die Nichtbeantwortung der Frage nach den personenbezogenen Gründen lässt einzig den Schluss zu, dass die Ablehnung allein auf der Tatsache beruht, dass die Kandidaten von der AfD vorgeschlagen wurden.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD ist eine demokratische Partei, auch wenn manche, die unser Programm noch nicht gelesen haben, das bestreiten. Wir sind demokratisch in dieses Parlament gewählt worden, und die Ablehnung rein aufgrund der Parteizugehörigkeit ist ein Verfassungsverstoß. Es ist klar, dass wir das nicht auf sich beruhen lassen können; lieber würden wir natürlich zu einer konstruktiven Lösung kommen.

Wir hoffen auf eine konstruktive Lösung, aber ich glaube, dazu bedarf es jetzt eines Signals von Ihrer Seite. Ich hoffe darauf.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das waren fast zwei Minuten. Eine Beratung findet nicht statt. Die Erörterung von Personalfragen ist auch ausgeschlossen. Allgemeine Erklärungen können

abgegeben werden. Gibt es weitere Wortmeldungen zu einer allgemeinen Erklärung? – Herr Trepoll von der CDU-Fraktion.

André Trepoll CDU: Meine Damen und Herren! Ich habe Herrn Kruse geantwortet und ihm gesagt, dass wir ihm die demokratischen Beteiligungsrechte, die der Fraktion zustehen, auch zubilligen. Selbstverständlich sind die Abgeordneten in der Ausübung ihrer Wahl frei und können selbst bestimmen. Ich möchte aber, weil auch wir Bauchschmerzen haben, an die Kollegen von der SPD und den GRÜNEN appellieren. Ich weiß, dass es für das gute Gewissen manchmal ein angenehmer Effekt ist, bei den AfD-Kandidaten Nein anzukreuzen, aber ich glaube, es gibt kein besseres Mittel, als die Kolleginnen und Kollegen zu stellen. Sehen wir uns doch die Arbeit im Plenum an, es gibt kein besseres Mittel, und wir wissen, dass unsere Gremien gut aufgestellt sind. Ein AfD-Deputierter tut keinem weh. Er kann mitmachen und sich dann beweisen oder auch nicht; Letzteres wird der Fall sein. Springen Sie deshalb über Ihren Schatten, damit die AfD sich nicht immer als Märtyrer, als Benachteiligte aufspielen kann. Wir können sie nur stellen, indem wir sie mitmachen lassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Für eine weitere allgemeine Erklärung hat sich der Abgeordnete Dr. Dressel von der SPD-Fraktion gemeldet.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur kurz der Vollständigkeit halber: Schauen Sie einmal in Ihr E-Mail-Postfach. Dort werden Sie unsere Antwort auf das von Ihnen geäußerte Anliegen finden und auch die Antwort auf die Frage, ob es Sinn macht, solche Personalvorschläge in Fraktionen noch einmal vorzustellen.

Das ist eine Frage, die jeder Abgeordnete – wir haben ein freies Mandat in diesem Haus, in jedem deutschen Parlament –, dann auch noch einmal mit sich abmacht. Wir haben das gelesen. Ich habe Ihnen dazu heute geantwortet und kann mich im Übrigen den Hinweisen des Kollegen Trepoll anschließen. Und trotzdem ist es am Schluss aufgrund des freien Mandats, das jeder Abgeordnete in diesem Haus hat, eine Entscheidung, die jeder mit sich abmachen muss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Wir können dann zur Wahlhandlung schreiten. Bitte nehmen Sie Ihre Wahlentscheidung vor.

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich)

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführer nun bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden gleich ermittelt. Ich werde sie Ihnen dann im Laufe der Sitzung bekannt geben.**

Ich rufe Punkt 35 der Tagesordnung auf, Drucksache 21/3842, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Industrie 4.0: Digitalisierung der Hamburger Wirtschaft vorantreiben.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Industrie 4.0: Digitalisierung der Hamburger Wirtschaft vorantreiben
– Drs 21/3842 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Industrie und Mittelstand beim digitalen Transformationsprozess unterstützen – Chancen von Industrie 4.0 nutzbar machen
– Drs 21/4028 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/4028 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

Die AfD-Fraktion möchte die Drucksache 21/3842 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Hansjörg Schmidt von der SPD-Fraktion.

Hansjörg Schmidt SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

"Die Zukunft ist bereits da, sie ist nur nicht gleichmäßig verteilt."

Dieses Zitat von William Gibson gehört zum Standardrepertoire jeder Digitalisierungsdebatte. Es bedeutet, dass sich kein Wirtschaftsbereich ausruhen kann. Was digitalisiert werden kann, wird digitalisiert. Software is eating the world, heißt es an anderer Stelle. Wir befinden uns mitten in einem Umbruch, der weder vor den kleinen noch vor den großen Unternehmen haltmachen wird. Und dennoch reibt man sich immer wieder die Augen. Während Elon Musk mit Tesla 3 die Automobilbranche auf den Kopf stellt, streitet man bei der Daimler Aktienhauptversammlung über das Würstchenbuffet. Tesla ist dabei das Paradebeispiel der Digitalisierung. Sie denken dort nämlich wie ein Softwareunternehmen. Während Volkswagen für ein Update der Abgassoftware Hunderttausende Fahrzeuge in die Werkstatt zurückrufen muss, wird bei Tesla

über Nacht per Funk ein Update eingespielt, welches dann dem Fahrer zig neue Funktionen bis hin zu einem Autopiloten einspielt. Genau diese Mechanismen werden unter dem Buzzword Industrie 4.0 zusammengefasst. Dieser Trend zur Digitalisierung von Produktion und Wertschöpfung wird klassische Geschäftsmodelle und Prozesse verändern und neue schaffen. Er betrifft nicht nur Großunternehmen, sondern gerade auch den international ausgerichteten Mittelstand, kleine innovative Unternehmen und IT-Start-ups, die Ausrüster und Treiber dieses Wandels sein können, Innovation vorantreiben und neue Geschäftsmodelle schaffen. Genau dieses Ziel haben wir vor Augen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Denn Hamburg hat hierfür beste Voraussetzungen: innovative Unternehmen, eine ausgeprägte Forschungslandschaft und eine quirlige Start-up-Szene. Wenn wir die Forschung und Entwicklung mit den kreativen Kapuzenjackenträgern aus der Schanze und mit den Traditionsunternehmen aus Logistik, Industrie und Handel zusammenbringen, können in Hamburg diese Potenziale erschlossen werden und sich völlig neue Bereiche entwickeln. Damit dies auch geschieht, wollen wir den Masterplan Industrie um das Handlungsfeld Industrie 4.0 ergänzen und künftig auch die weiteren Masterpläne bereichern.

Aus eigener beruflicher Erfahrung weiß ich, wie sehr das Wissen über die Digitalisierung und die Erkenntnis über die Chancen und Auswirkungen auf das eigene Geschäft insbesondere im Mittelstand häufig unterentwickelt ist. Wir wollen die Unternehmen mit einer Digitalisierungsoffensive motivieren und ihnen mit Best-Practice-Beispielen Vorbilder liefern. Die Stadt schafft den Rahmen, die Unternehmen füllen ihn aus.

(*Michael Kruse FDP: So wie bei den Kundenzentren!*)

Dieser Senat hat bereits in der letzten Legislaturperiode viele wichtige Weichen gestellt und zukunftssträchtige Projekte umgesetzt, die sich mit der Digitalisierung der industriellen Wertschöpfungsketten befassen. Schauen Sie einmal zurück, wie wenig dieses Thema in der Stadt vor fünf Jahren präsent war, und vergleichen Sie es mit der heutigen Situation. Sie werden feststellen, dass die Digitalisierung unserer Stadt und ihrer Wirtschaft bei diesem Senat in sehr guten Händen ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Um das Feld der anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen sinnvoll zu ergänzen, wollen wir Hamburg als weiteres Sitzland für das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt etablieren. Rot-Grün treibt die Digitalisierung der Hamburger Wirtschaft mit diesem Antrag weiter voran. Wir haben einen Plan und verfolgen ihn konsequent.

** Das Wahlergebnis ist auf Seite 1973 zu finden.

(Hansjörg Schmidt)

Beim Thema, einen Plan zu haben oder auch nicht, kommen wir zum Antrag der CDU. Als Sozialdemokrat freut man sich natürlich, wenn die CDU ein Programm des Wirtschaftsministers Gabriel lobt. Er macht auch einen guten Job. Wenn man nun aber fordert, der Senat solle sich noch stärker einbringen beim Thema Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0, lieber Herr Ovens, dann sollte man sich vorher auch einmal über das Programm schlaumachen. Antragsteller zum Kompetenzzentrum ist die Handelskammer, und das Bundeswirtschaftsministerium hat ausdrücklich erklärt, dass es keine Landesministerien im Rahmen der Kompetenzzentren fördern will und sie auch in keiner Rolle sieht. So viel dazu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als nächster Redner erhält das Wort Carsten Ovens von der CDU-Fraktion.

Carsten Ovens CDU: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Herr Schmidt, das war ja eine faszinierende Rede,

(Beifall bei Markus Schreiber SPD)

voller Prosa über die Digitalisierung und was Sie alles seit fünf Jahren dazu beigetragen haben. Es fehlte eigentlich nur noch zu sagen, dass Sie 2007 auch das Smartphone auf den deutschen Markt gebracht haben und dass es die SPD war, die die Digitalisierung der Bevölkerung vorangebracht hat, weil wir heute alle mit Smartphones durch die Gegend laufen und nicht mehr mit alten Handys, auf denen wir womöglich Snake 1 oder 2 spielen würden, Herr Schmidt. Man kann natürlich durchaus etwas bescheidener agieren, so wie es hanseatisch üblich wäre, aber wenn Sie meinen, Sie hätten mit Ihrer Fraktion die Digitalisierung neu erfunden, Chapeau, das war bisher noch keinem Geschichtsbuchautor bekannt; wir sollten es weitertragen, Herr Schmidt.

(Beifall bei der CDU)

Es fasziniert mich, dass Sie gerade einmal einen Tag, nachdem der Senat unsere Anfrage zum Mittelstandskompetenzzentrum beantwortet hat, diesen Antrag aus der Hüfte schießen können,

(Dirk Kienscherf SPD: Den haben wir ja schon vorher eingereicht!)

und offensichtlich einen Tag, nachdem der Senat auf unsere Initiative reagieren musste, tatsächlich versuchen, etwas Substanz in das Thema zu bringen. Kompliment für dieses schnelle und beherzte Aufgreifen unserer CDU-Initiative. Es ist ja nicht das erste Mal, dass Sie so vorgehen. Also vielen Dank, machen Sie gern weiter so.

(Beifall bei der CDU)

Nur, Herr Schmidt, vielleicht hätten Sie die Antwort aus Ihrer eigenen Behörde etwas aufmerksamer lesen sollen. Denn in Ihrem Antrag erwähnen Sie zwar wunderbar dieses Kompetenzzentrum, das die CDU-geführte Bundesregierung in der Großen Koalition jetzt gerade auch für Hamburg auf den Weg bringen will. Nur sprechen Sie davon, als wäre es schon zustande gekommen, als hätten wir es schon in Hamburg. Hätten Sie die Antwort des Senats zu unserer Schriftlichen Kleinen Anfrage zu diesem Thema genauer gelesen, Herr Schmidt, dann wüssten Sie, dass dieses Zentrum überhaupt erst einmal in der Projektanbahnung in diesem Jahr an den Start gehen soll. Sie tun so, als hätten wir die Einrichtung bis Jahresende schon stehen. Jetzt sagen Sie, es sei jetzt auch vom Wirtschaftsministerium so gewünscht, dass die Mittel ausschließlich aus Berlin kommen und Hamburg schreibe ansonsten Masterpläne, aber brauche weiter nichts zu tun. Das geht aus Ihrer Senatsantwort hervor. Auf unsere Anfrage, wie viel denn eigentlich der rot-grüne Senat dafür leiste, dass dieses Kompetenzzentrum nach Hamburg kommt, ob er sich irgendwie beteilige, ist keine Rede davon, dass dies nicht gewünscht sei. Es wird lediglich festgestellt, dass Rot-Grün für die Digitalisierung keinen Cent an dieser Stelle für das Kompetenzzentrum ausgibt, Herr Schmidt. Das ist die Realität, so viel ist Ihnen die Digitalisierung in dieser Stadt nämlich wert.

(Beifall bei der CDU)

Doch der Antrag als solcher ist gut. Wir werden ihn billigen und Ihnen unsere Unterstützung geben.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Sie haben doch abgeschlossen!)

Doch jedes Angebot von diesem Kompetenzzentrum oder anderen kann nur so gut sein, wie es tatsächlich eben auch bekannt ist. Was Sie in Ihrem prosareichen Antrag einmal wieder übersehen, ist tatsächlich der simple Fakt, dass Sie gute Angebote, gute Dienstleistungen auch einer Öffentlichkeit, in diesem Fall insbesondere dem Mittelstand, irgendwie zugänglich machen müssen. Deswegen haben wir unseren Zusatzantrag eingereicht, dass wir auf der einen Seite, bitte schön, die Prozesse zur Einrichtung des Kompetenzzentrums beschleunigen und auf der anderen Seite, bitte schön, auch mit einer breit angelegten Werbekampagne im Mittelstand für die Dienstleistungen dieses Zentrums werben. Ich denke, das ist etwas, das man in Kooperation mit der Handelskammer und dem Bundeswirtschaftsministerium durchaus machen kann.

Aber, Herr Schmidt, Ihr von SPD und GRÜNEN eingebrachter Antrag ist einmal mehr ein typisches Beispiel für sozialdemokratische und etwas grün angebaute Politik. Sie haben eingangs in Ihrer Rede gesagt, irgendwie sei Digitalisierung schon da, aber noch nicht bei jedem, also müsse sie etwas umverteilt werden. Das kennen wir; das machen

(Carsten Ovens)

Sozialdemokraten und alles links davon sehr gern. Allerdings ist Ihr Antrag relativ traurig, denn alles, was Sie hier umverteilen, ist einmal mehr, dass Sie die Hand Richtung Berlin aufhalten, dass Sie die CDU-geführte Bundesregierung erneut um Geld bitten, sich selbst dann dafür fleißig abfeiern und sagen, klasse, man brauche in Hamburg eigentlich nichts zu tun, außer Masterpläne schreiben. Aber seien Sie doch einmal ehrlich: Würde der Bund diese Zeche nicht bezahlen, dann könnten wir in Hamburg auch keine rot-grünen Digitalisierungspartys feiern, Herr Schmidt.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Kurt Duwe FDP* und *Dr. Joachim Körner AfD*)

Das ist nicht das einzige Beispiel. Jetzt sprechen wir über Breitband, für das seit letztem Sommer die Mittel aus Berlin bereitstehen, die Bundesregierung Ihnen also einmal mehr zur Seite steht, weil Sie es nicht schaffen, viele Gebiete in Hamburg tatsächlich zu versorgen – und dabei reden wir nicht nur über eine vernünftige Breitbandversorgung im Süden Harburgs oder irgendwo in Bergedorf, sondern darüber, dass wir in dicht besiedelten Stadtteilen wie Niendorf, in dicht besiedelten Stadtteilen im Bereich der Innenstadt in ganzen Quartieren keine schnelle Breitbandanbindung haben. Ein Dreivierteljahr, nachdem diese Gelder bereitstehen, haben Sie endlich einen privaten Dienstleister beauftragt, einmal umfassend zu ermitteln, wo denn überall Bestands- und Bedarfslücken bestehen. Wunderbar, wieder einmal ein Dreivierteljahr verloren.

Vor zwei Jahren haben Sie sich dafür gefeiert, Herr Schmidt, dass wir bald flächendeckendes, kostenfreies WLAN in Hamburg haben werden. Morgen gibt es eine groß angelegte Pressekonferenz, der erste Access Point wird zwei Jahre, nachdem Sie ihn angekündigt haben, eingeweiht. Wer regelt es? Die Privatwirtschaft und nicht etwa die SPD, nicht etwa Rot-Grün. Ich habe nichts dagegen, dass die Privatwirtschaft das macht. Aber Sie feiern sich hier für etwas, was Sie selbst gar nicht gemacht haben, Herr Müller. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Das ist ja unfassbar! Das ist ja unglaublich!)

Wir können beim E-Government weitermachen. Sie haben vor einigen Jahren gesagt, Sie digitalisierten jetzt die Verwaltung. Was ist das Ergebnis? In Kombination mit Ihrer Sparpolitik und dem Personalmangel in den öffentlichen Kundenzentren beantrage ich heute per Computer einen Termin, den ich zwei, drei Monate später bekomme, um dann trotzdem im Kundenzentrum warten zu müssen. Das ist die Art und Weise, wie Sie Digitalisierung verstehen. Es läuft gar nichts, Herr Schmidt.

(Beifall bei der CDU)

Und ein Letztes noch: das Thema Start-ups. Die SPD, allen voran der Bürgermeister, geht gern auf diese hippen, trendigen Start-up-Veranstaltungen, um zu sagen, Hamburg sei top in Sachen Digitalisierung. Demnächst wird er auch das vom Bund finanzierte Kompetenzzentrum ansprechen. Aber wenn wir uns dann einmal die letzte Anfrage ansehen, dann hat dieser Senat nicht einmal ein behördenübergreifendes Verständnis, was eigentlich ein Start-up ausmacht. Und es geht noch weiter. Wir haben nach dem internationalen Vergleich gefragt. Diskutiert man, wenn wir über Kompetenzzentren sprechen, auch mit den großen Standorten in Tel Aviv, in Silicon Valley oder auch in Europa? Tauscht man sich darüber aus, was gut läuft, was nicht gut läuft und wie man von der so viel diskutierten Kultur des Scheiterns lernen kann? Darauf antwortet Ihr Senat in der letzten uns vorliegenden Anfrage, er halte einen Austausch mit anderen Standorten nicht für zweckdienlich, weil man eh nicht vergleichbar sei. Wunderbar, wenn man sich selbst als einzige Benchmark sieht, ist man immer ganz vorn. Aber so hat Hamburg noch nie gut dagedanden unter Sozialdemokraten, und wir sind gerade wieder auf dem besten Weg, uns nur noch im eigenen Saft zu drehen. Das ist das Ergebnis Ihrer Digitalisierungspolitik, Herr Schmidt. Wir stehen hinten an.

(Beifall bei der CDU)

Man könnte jetzt darüber philosophieren, warum Sie den Vergleich scheuen. Ich weiß es nicht. Ich denke, unsere Wirtschaft in Hamburg, unsere Start-up-Szene, der Mittelstand sind in Sachen Digitalisierung schon sehr viel weiter, als Sie es ihnen zugestehen. Ich finde, es ist ein wirtschaftspolitisches Armutszeugnis für diesen Senat, für diesen Bürgermeister, dass er sich ganz offensichtlich nicht traut, sich mit anderen außerhalb Hamburgs zu vergleichen, und damit die Chance für Hamburgs Wirtschaft aufs Spiel setzt.

Wir haben einen Zusatzantrag eingebracht, der, wie ich denke, sehr viel Substanz hat und Ihren Antrag gut ergänzt. Wir werden Ihrem Antrag zustimmen und hoffen, dass der Regierungsanspruch von Rot-Grün in dieser Legislaturperiode sich nicht darauf beschränkt, dass ein wenig schon gut genug und besser als nichts ist. Stimmen Sie, bitte schön, unserem Zusatzantrag hier und heute zu, so wie wir es mit Ihrem machen werden. Dann sind wir vielleicht tatsächlich ein kleines Stückchen weiter mit der Digitalisierungskompetenz in dieser Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Dr. Anjes Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ovens, ich fand Ihre Rede bemerkenswert

(*Carsten Ovens CDU: Danke! – Dr. Monika Schaal SPD: Vom Tempo her!*)

emotional und engagiert dafür, dass Sie unserem Antrag am Ende einfach zustimmen.

Bemerkenswert finde ich auch, dass die große und die nicht mehr ganz so große Partei, die in Berlin die Regierung bilden, immer ihre Unterschiede betonen. Wir haben zwar eine CDU-geführte Bundesregierung, aber es ist dann doch das SPD-geführte Bundeswirtschaftsministerium, das das Projekt, das Sie in Ihrem Zusatzantrag besonders betonen, auch in Hamburg implementieren möchte. Insofern sehe ich jetzt nicht so ganz, wo Sie gehandelt haben.

Drittens: Sie haben eher einen Änderungsantrag als einen Zusatzantrag geschrieben. Eigentlich haben Sie den Antrag von Rot-Grün genommen, ihn an zwei, drei Stellen ergänzt und gefordert, das Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0, das wir sowie in Hamburg machen, solle ein wenig schneller gemacht werden. Sie haben bemerkenswert viele Differenzen aufgemacht dafür, dass es eigentlich ziemlich wenige Differenzen gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich konnte nicht mit Zitaten von Wirtschaftsgrößen wie Elon Musk aufwarten.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Eigentlich war mein ursprünglicher Plan, mit Angela Merkel zu starten – das würde Ihnen dann ja auch zupasskommen –, denn Angela Merkel hat dazu nur ein Wort gesagt: Industrie 4.0 sei Neuland. Jetzt wollte ich Sie eigentlich loben, und nach Ihrer engagierten Rede mache ich das auch, denn ich hatte das Gefühl, die CDU Hamburg sei schon ein bisschen weiter, als das einfach als Neuland zu betrachten. Sie haben durchaus auch brauchbare Ansätze und Ideen vorgetragen. Alternativlos ist ein doofes Wort, aber es wird dahin gehen, dass sich die gesamte industrialisierte Welt zunehmend mit lernenden Fabriken, selbstgesteuerten Autos et cetera pp. auseinandersetzen muss und die Produktionsprozesse, die man unter diesem, wie der Kollege sagte, Buzzword Industrie 4.0 zusammenfasst, weltweit auf dem Vormarsch sind. Aber gleichzeitig haben wir eine Situation, in der die Kanzlerin nicht ganz unrecht hat. Industrie 4.0 ist in gewisser Weise noch Forschungsagenda und muss erst einmal begangen werden. Deswegen haben wir in unseren Antrag geschrieben, dass wir den Austausch von Best-Practice-Beispielen fördern wollen. Es gibt eben keine Blueprints, die man einfach so übertragen kann, sondern man

muss sich auf diesem Pfad gemeinsam vorwärtsbewegen.

Die Digitalisierung in der Produktion und in der Logistik birgt – ich glaube, das ist allen klar – auch große Risiken. Denn in einer selbstlernenden Fabrik werden wahrscheinlich weniger Arbeiter beschäftigt sein. Gleichzeitig werden wir nur profitieren können, wenn wir uns an die Spitze der Bewegung setzen. Industrie 4.0 hat aus unserer Sicht den Vorteil Ressourceneffizienz und Kosteneinsparung, trägt also zu einer Versöhnung von Ökonomie und Ökologie bei. Sie ermöglicht eine Flexibilität in der Produktion. Sie ermöglicht mehr Individualität in der Produktion. Und, das ist uns sehr wichtig, sie ermöglicht die Erschließung neuer Geschäftsmodelle.

An einer Stelle, Herr Ovens, unterscheiden wir uns dann aber doch ein wenig, und zwar in der Frage, wie wir mit dem Datenschutz umgehen. Datensicherheit hat nicht nur etwas mit der Frage zu tun, was passiert, wenn die Datensicherheit bei den Panama Papers nicht mehr gewährleistet ist. Wenn es möglich ist, ein Auto zu hacken und es gegen den Willen des Fahrers fernzusteuern – was sehr wohl der Fall ist –,

(*Michael Kruse FDP: Das hat Herr Schmidt doch gerade gepriesen!*)

ist es dann auch möglich, dass man dasselbe auch mit einer Fabrik macht, um Produktionsprozesse durcheinanderzubringen? So etwas tun nicht nur die CIA und der Mossad mit ihrem Wurm Stuxnet beim iranischen Atomprogramm.

Die gleiche Frage: Ist eigentlich alles, was man im Leben tut, beispielsweise wenn sich ein Auto an einer intelligenten Ampel anmeldet, 100 Prozent nachvollziehbar, oder bekommt man es so hin, dass das Auto quasi innerhalb einer Sekunde einhundertmal seine Identität wechselt, damit man genau das nicht mehr nachvollziehen kann?

Wir haben in Hamburg große Unternehmen, die sich mit der Frage beschäftigen, wie man Datensicherheit herstellen kann, und zwar nicht softwarebasiert, sondern hardwarebasiert. Das ist ein anderer Ansatz als der klassische und aus unserer Sicht sehr viel zielführender, weil er sehr viel weniger manipulativ ist. Deswegen glaube ich, dass Hamburg in der Frage Datensicherheit, Industrie 4.0 und Digitalisierung den Unterschied machen kann in einer Welt, in der das immer mehr auf dem Vormarsch ist. Man wird am Ende nicht darum herumkommen, vernünftig und anders über Datenschutz nachzudenken, weil Daten das Öl des 21. Jahrhunderts sind. Wir müssen erreichen, dass jeder und jede weiterhin Herr und Frau über seine und ihre Daten ist. Wir haben das Ziel, mit diesem Antrag den Masterplan Industrie und die anderen Masterpläne weiterzuentwickeln, um Hamburg weitere Impulse zu geben.

(Dr. Anjes Tjarks)

Der Zusatzantrag ist mit großem Engagement und Akribie geschrieben, aber im Wesentlichen liegt ihm unser Antrag zugrunde. Er wurde rechts und links ein wenig erweitert und zusätzlich das Kompetenzzentrum Mittelstand eingeführt, das wir aber ohnehin machen. Deswegen brauchen wir diesen Zusatzantrag nicht zu beschließen. Ich hoffe, dass wir diesen Weg gemeinsam weitergehen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE.

Stephan Jersch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hier humpelt ein Antrag durch das Plenum, und er humpelt ziemlich einbeinig. Ich kann die Bedenken des Kollegen Ovens über die digitale Realität in der Freien und Hansestadt durchaus nachvollziehen angesichts der großen Töne, die in diesem Antrag geschwungen werden. "Große Chancen", "besondere Stärke unseres Standorts", "Hamburg als führender Logistikstandort", "weltweit drittgrößter Luftfahrtstandort" – das muss zur Herleitung der Forderungen in diesem Antrag herhalten. Es fehlt aber eine Menge; es ist wieder einmal einseitig. Das ganze andere Bein der gesellschaftlichen Wahrheit fehlt an dieser Stelle. Das gute Zusammenspiel von Industrie, Forschung und Dienstleistungen bedingt auch das Zusammenspiel mit den arbeitenden Menschen in dieser Stadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Der führende Logistikstandort Hamburg muss sich darüber im Klaren sein, dass er keine Flächen mehr für Logistik hat und es sich bald auslogistikt hat an dieser Stelle. Der weltweit drittgrößte Luftfahrtstandort wird heute schon dafür genutzt, den Schutz der Menschen in Hamburg hintanzustellen, weil Arbeitsplätze bedroht sind. Das gehört zur ganzen Wahrheit dazu und zeigt die Einseitigkeit dieses Antrags.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber zurück zu Industrie 4.0. Wenn man die Reden so hört, hat man das Gefühl, alles, was einem neu an Elektronik in die Hand fällt, sei Industrie 4.0. Man sollte vielleicht erst einmal die Begrifflichkeiten definieren; ich glaube nicht, dass wir eine gemeinsame Begrifflichkeit haben. Was aber Effizienzsteigerung, Gewinnmaximierung und den Nutzen neuer Instrumente dazu angeht, ist klar – das ist zwangsläufig –, dass die Wirtschaft das natürlich so machen wird, und das ist auch gut so. Aber letztlich heißt das, dass die dadurch zustande kommende Veränderung in der Gesellschaft durchschlagen wird. Effizienzsteigerung heißt Arbeitsplatzverlust, heißt eine neue Arbeitswelt gestalten. Wie die IG Metall sagt: Industrie 4.0 braucht Ar-

beit 4.0. Liebe Kolleginnen und Kollegen, davon lese ich hier an keiner Stelle – stattdessen von Erweiterung des Masterplans Industrie, Erweiterung des Masterplans Handwerk. Das ist okay. Diese Bereiche müssen sicherlich auf die neue technische Revolution vorbereitet sein. Aber was mir fehlt, ist der Masterplan Beschäftigung.

(Beifall bei der LINKEN)

Wirtschaft funktioniert nur als Zusammenspiel aller, des Unternehmertums genauso wie der Beschäftigten, ohne die die Unternehmer mit Sicherheit ihre Ziele nicht verwirklichen werden können. Das heißt, dass wir gemeinsam eine moderne Gesellschaft gestalten müssen. Wir müssen alle Aspekte dieser industriellen Revolution, dieser Industrie 4.0, bedenken und daran arbeiten, Menschen nicht nur zu Objekten, sondern zu Subjekten in diesem Prozess zu machen. Lassen Sie uns das im Sinne einer humanen Wirtschaftsrevolution gestalten und nicht im Sinne einer rein profitorientierten, wie es in diesem Antrag letztendlich herauskommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie betonen die Epizentren der Innovationsentwicklung in Hamburg. Epizentren führen immer zu Erschütterungen. Ich sehe letztendlich daraus keine Konsequenzen. Es fehlen die Stärkung sozialer Netzwerke und die Beteiligungsprozesse. Mit Letzterem hatte Rot-Grün in letzter Zeit ein Problem; es wäre an der Zeit, Beteiligungsprozesse vielleicht schon einmal frühzeitig anzugehen.

Was die Anträge angeht, so sind sie sehr einseitig orientiert. Bei dem Antrag der SPD und der GRÜNEN können wir auf gar keinen Fall der Fokussierung auf den Flughafen zustimmen. Das ist eine völlig falsche Schwerpunktsetzung, die Sie in diesem Antrag vornehmen. Und in dem Antrag der CDU-Fraktion, das wurde eben schon gesagt, ist der Datenschutz ein ganz erhebliches Problem; da wird weichgespült.

(Dr. Jens Wolf CDU: Wir führen ihn ein!)

Insofern werden wir uns bei beiden Anträgen enthalten. Das Thema ist wichtig, aber es ist zu wichtig, als dass in SPD-Kernkompetenz hinterher wieder nachjustiert wird, weil man die Hälfte von dem vergessen hat, was an gesellschaftlichen Aufgaben bei so einem wichtigen Thema wirklich ansteht. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kruse von der FDP-Fraktion.

Michael Kruse FDP: Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion ist in tiefer Sorge.

(Zurufe: Oh!)

(Michael Kruse)

Wir sind in tiefer Sorge, weil der rot-grüne Senat seit nunmehr einem Jahr offenbar an schwerer Worthülseritis erkrankt ist – an Worthülseritis, einer bis dato in der Politik nicht gänzlich unbekannten Krankheit.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ja, einfach, niedrig und gerecht!)

Und doch hat uns die Dauer und Schwere der Erkrankung in den letzten Wochen schlaflose Nächte bereitet, wie Sie sich vorstellen können. Wir befürchten, dass der Senat mittlerweile an einer chronischen Worthülseritis leidet.

(Jan Quast SPD: Das gilt auch für Sie, Herr Kruse!)

Alles begann vor fast genau einem Jahr, als der Senat einen Koalitionsvertrag präsentierte, der auffällig viele Worthülsen enthielt. Was damals noch wie ein leichter Hautwund wirkte, hat sich mittlerweile zur chronischen Worthülseritis weiterentwickelt. Was sind die Symptome dieser Krankheit?

Die Patienten, allen voran der Wirtschaftssenator, reden von einer Industrie 4.0 und führen dabei regelmäßig aus, was darunter zu verstehen sei. Ihre Ausführungen lassen regelmäßig darauf schließen, dass sie die Realität nicht im Auge haben. Mehr noch: Sie lassen erkennen, dass die Redner offensichtlich halluzinieren. Erkennbar wird, dass sich die äußere Hülle des Redners und der innere Bezug zum Thema nicht im Einklang miteinander befinden. Besonders tragisch ist, dass offensichtlich mit fortschreitender Erkrankungsdauer eine Form der Demenz bei dieser Erkrankungsform hinzukommt.

(Dirk Kienscherf SPD: Nun nicht persönlich werden!)

Die betroffenen Personen können sich auf Nachfrage gar nicht oder nur sehr schlecht daran erinnern, was ihre Aufgabe beim Thema Industrie 4.0 ist. Zu ihren Aufgaben zählen die Strategien, die Planung und Durchführung der Digitalisierung in der Verwaltung beispielsweise.

(Milan Pein SPD: Das können Sie in der Abi-Zeitung schreiben, aber nicht hier!)

Sie haben offenbar vergessen, dass ein Großteil der Hamburger Wirtschaft mittlerweile in ihrer Verantwortung liegt, unter anderem eine Reederei, eine Bank und ein Umschlagsunternehmen. Nehmen wir beispielsweise dieses Umschlagsunternehmen. Dort fehlt eine Digitalisierungsstrategie, zum Beispiel am Burchardkai. Die Folgen für die Wirtschaft, siehe sinkender Containerumschlag, für den Standort, siehe Verlagerung an andere Standorte,

(Arno Münster SPD: Von nix 'ne Ahnung! Wie ein Blinder von der Farbe!)

für den Unternehmenswert, siehe Börsenkurs, und damit auch für den Eigentümer, siehe kommender Jahresabschluss, und damit für den oben beschriebenen Patienten sind immens. Man möchte dem Patienten dieser Erkrankung die Erkenntnis darüber zukommen lassen. Nur welche Therapie hilft?

(Hansjörg Schmidt SPD: Hast du deine Tabletten heute genommen?)

Wir denken, reden ist hier die letzte mögliche Therapieform. Die Konfrontation mit einem Realitätschock könnte helfen, dem Patienten die Augen zu öffnen und ihn über seine Erkrankung hinwegkommen zu lassen.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Ich ruf den Rettungswagen!)

– Danke sehr.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Für Herrn Kruse!)

Vielleicht benötigen die Patienten aber auch nur das Gefühl, gebraucht zu werden. Als aufmerksamer Beobachter möchten wir diese Hilfestellung natürlich gern geben und deshalb aufzeigen, wo sie tatsächlich gebraucht werden.

Erstens: Kümmern Sie sich um Ihre eigenen Projekte. Woche für Woche verkünden Sie Schaufensterprojekte, zuletzt ChainPORT. Auf der Pressekonferenz, auf der Sie vorgestellt haben, was das eigentlich soll, konnten Sie nicht einmal erklären, was überhaupt die konkreten Ziele in diesem Bereich sind. Mitmachen tun die wichtigen Häfen wie Rotterdam bei diesem Projekt ohnehin nicht. Aber man kann eben alles erzählen, wenn nur genügend Menschen im eigenen Umfeld noch weniger Ahnung von der Materie haben als man selbst.

(Beifall bei der FDP – Jan Quast SPD: Davon kennen Sie was!)

Zweitens: Machen Sie einmal eine richtige Analyse der bereits durchgeführten Maßnahmen in diesem Bereich. Während Sie so tun, als würden Sie internationale Digitalisierungsprojekte vorantreiben, kommen Ihre Verwaltungseinheiten nicht aus dem Quark. Das Hafengeld, das die Reedereien für Schiffsanläufe in Hamburg zahlen – die GRÜNEN wollten es eigentlich erhöhen, Sie haben es knapp verhindert –, stellen Sie immer noch postalisch zu. Ist das jetzt die Digitalisierung? Ist das schon Industrie 4.0, frage ich mich, die Deutsche Post? Nein, ich glaube, das ist es nicht.

Vor vier Jahren haben Sie begonnen, eine Terminvergabesoftware in Kundenzentren einzuführen, und da wird es ganz kurios. Das Ergebnis: analoge Menschenschlangen. Vor den Zentren stehen die Hamburger, denn Digitalisierung und dieser Senat, das ist, als wenn man sich bei der DDR erkundigt hätte, wie man gute Autos baut.

Drittens: Achten Sie darauf, dass die Krankheit des Patienten sich nicht noch ausbreitet. Ich zitiere aus

(Michael Kruse)

dem Protokoll 21/2586, Sitzung des Gesundheitsausschusses:

"Die SPD-Abgeordneten erklären, eine App sei auch nichts anderes als ein Internetauftritt, nur in kleinerem Format und auch nicht besonders sicher."

– Zitatende.

(Heiterkeit bei der CDU)

Viertens: Fangen Sie endlich an, sich tatsächlich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Alles, was Sie in einem Jahr Digitalisierung auf die Kette gebracht haben, listen Sie in Ihrer Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage 21/3376 auf. Eine Ausschreibung bei der EU-Kommission zum Cross-Clustering geben Sie dort als gewonnen an – Hammer. Das ist Ihr Ergebnis eines Jahres im Hinblick auf Digitalisierung. Respekt.

Dieser Senat tut nur so, als würde er Politik betreiben. Was er tatsächlich tut, ist, so zu tun, als tue er etwas. Wenn das noch vier Jahre so weitergeht, dann ist Hamburger Senat ein neues Codewort für digitale Diaspora. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Ludwig Flocken fraktionslos*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Industrie 4.0 ist wahrscheinlich das wichtigste wirtschaftspolitische Thema, das wir in dieser Legislaturperiode in der Bürgerschaft erörtern. Dazu passt eigentlich nicht, dass jeder zweite Platz frei ist und in den Galerien mehr interessierte Gäste sitzen, als Abgeordnete da sind.

(*Sören Schumacher SPD:* Bloß weil Sie zufällig mal da sind!)

Und auch dieser Satireversuch, Herr Kruse, wird dieser Sache überhaupt nicht gerecht.

Lassen Sie uns einmal kurz überlegen, was Internet und Industrie 4.0 bedeuten. Bislang saßen, davon gehen wir aus, die Menschen vorwiegend selbst vor dem Internet und haben den Kontakt zu Informationen und anderen Menschen gesucht. Jetzt beginnt eine ganz andere Dimension im Netz zu explodieren: Maschinen und Geräte, miniaturisiert, mit winzigen Rechnern ausgestattet, treten untereinander in Kontakt, steuern Prozesse und ganze Fabrikabläufe. Deswegen kann man zu Recht von Revolution reden. Über moderne Sensoren können sie sozusagen sehen und hören, Veränderungen analysieren, die richtigen Schlüsse ziehen, Entscheidungen treffen.

In Amsterdam, nicht in Hamburg, läuft gerade ein Pilotprojekt. Dort arbeitet eine Industrie-4.0-Ma-

schine von zwei gegenüberliegenden Seiten einer Gracht. Sie bauen eine Brücke ohne angelieferte Teile. Die Maschinen erzeugen selbst 1 500 Grad heißen Stahl, fertigen in 3-D-Druckqualität vor Ort die Elemente der Brückenkonstruktion und fügen sie aneinander an. Das sind Fortschritte, die wir gern in Hamburg sehen würden. Das ermöglicht in der Wirtschaftsstruktur, in der Industrie unendliche Vielfalt von Produkten auf ein- und derselben Fertigungsstraße – das muss man sich einmal vorstellen – zu minimalen Kosten der Massenproduktion. Auch das wäre ein Thema, bei dem es wirklich angemessen wäre, dass wir in Hamburg vorankommen.

Fabriken mit ganz neuer Fertigungslogik – davon habe ich heute überhaupt noch nichts gehört. Dort agieren nämlich die Geräte und Maschinen wie in diesem Brückenbeispiel. Und wenn irgendwelche Störungen auftreten, sei es das Festhängen einer Lieferung im Stau, seien es Krankheit oder Unfälle, geänderte Rohstoffpreise oder Streiks, agieren die Maschinen sofort selbststeuernd, gleichen das aus und gehen den nächsten optimalen Fertigungsschritt. Sie analysieren sich selbst. Der Traum von einer Fertigungsstraße, die niemals ungeplant ausfällt, ist möglich. Alle diese Facetten sind hier überhaupt nicht aufgetaucht.

Vor allem wird, ich schaue jetzt einmal nach links, der Umweltschutz dabei betont, weil viel weniger Energie verbraucht werden kann, viel weniger Ausschüsse, viel weniger Schrott produziert wird. Und mehr noch: Die Fabrikflächen werden deutlich geringer. Man braucht nicht zig Fertigungsstraßen nebeneinander; eine einzige reicht aufgrund ihrer Flexibilität. Das heißt, hier ist die Lösung für die fehlenden Gewerbeflächen, die wir in Hamburg immer beklagen. Noch keiner hat dieses Thema angesprochen, und es ist eigentlich ein Desaster, dass Sie die Tiefe gar nicht erfasst haben.

(Beifall bei *Dr. Joachim Körner* und *Dr. Jörn Kruse, beide AfD*)

Deswegen ist in den USA auch ein anderer Name tragend. Die kennen den Begriff Internet 4.0 gar nicht, die sagen Internet of Things. Das ist das Entscheidende, dass die Dinge sich untereinander verknüpfen und dass man sich das einmal zu Ende überlegt; IoT, Internet of Things. Dort wird es allerdings auch gleich als Waffe benutzt; das sind nämlich die Drohnen, die die USA zu Zehntausenden um die Welt schicken. Das ist die bedrohliche Seite auch von Industrie 4.0.

Es ist also ein wichtiges Thema, das Sie heute auf die Agenda der Bürgerschaft gebracht haben. Aber wie weit ist es denn in Hamburg mit der Zukunftstechnologie 4.0? Lassen Sie uns das einmal systematisch fragen; das ist bisher, außer in satirischen Beispielen, noch nicht passiert. Das Bundesministerium für Forschung hat ein Projekt – vielleicht kennen Sie es, wahrscheinlich aber

(Dr. Bernd Baumann)

nicht –, das alle führenden Projekte und Standorte in Deutschland, insgesamt 325, zusammenfasst; ob das Universitäten sind, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen oder Unternehmen, alles wird gescannt. Unter diesen führenden 325 Standorten ist die Region Bielefeld mit 37 Standorten, der Raum Paderborn mit 44, Stuttgart mit 27 und eine Kleinstadt wie Karlsruhe immer noch mit 14 vertreten. Berlin hat auch noch elf Standorte. Und Hamburg? Meine Damen und Herren von Rot-Grün, die Sie dieses Thema eingebracht haben, wahrscheinlich wissen Sie es nicht: Nicht eine Universität, nicht ein Forschungszentrum wird in Hamburg genannt, einzig ein Unternehmen. Es ist nur ein Standort in Hamburg, der dem Kern von 4.0 entspricht, nämlich Airbus mit dem Projekt Embedded und Cyber-Physical Systems. Im Vergleich ist das ein desaströses Ergebnis für die Schaffung entsprechender Clusterqualitäten in Hamburg bei dieser Zukunftstechnologie, die alle anderen Branchen durchziehen kann. Also leider wieder nur Theaterdonner von Rot-Grün. Im Antrag genannte Projekte, Smart sowieso, sind im Grunde ferner liefen, wenn das in Deutschland untersucht wird. Das kann so nicht bleiben. Da muss sich etwas ändern.

Es wundert auch nicht, dass Rot-Grün in diesem Antrag warten will, dass irgendwann der Sitz eines Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt nach Hamburg kommen könnte, unter dessen Dach, wenn es denn gelänge, ein Institut entstehen könnte, das sich mit Industrie 4.0 beschäftigt. Hamburg ist einer der Knotenpunkte des industriellen und wirtschaftlichen Welthandels, aber bei dieser Langsamkeit von Rot-Grün wird das nie etwas. Das kann man jetzt schon sehen, und man versteht, warum Hamburg in bestehenden Netzwerken zu 4.0 keine Rolle spielt.

Gut, dass wenigstens das Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen, ein besonderes Anliegen von unserem Senator Horch, an der Technischen Universität Hamburg-Harburg kräftig ausgebaut wird. Das ist einmal ein Punkt, der etwas werden kann. Aber davon war heute auch noch nicht die Rede.

Der absolute Knackpunkt, der absolute Pferdefuß von Industrie 4.0, das absolute Problem ist die Datensicherheit. Das zumindest ist hier und da heute schon einmal angeklungen. Denn in so einer Fabrik, man kann es sich vorstellen, herrscht ungeheures Getöse: Maschine A kommuniziert mit Maschine B, dauernd werden Daten ausgetauscht, Zustandsberichte, Aufgabenstellungen, elektronische Codes. Das alles kann natürlich abgehört werden von außen. Es ist ein Riesendrama, was dort passieren kann. Auch Datenbanken und Clouds sind in Gefahr. Big Data, Open Source, alle diese Themen werden extrem wichtig. Das HWWI hat entsprechend bei Hamburger Unternehmen in einer großen Umfrage erfragt, was die großen Hemmnisse von 4.0 seien. Die Antwort war klar:

64 Prozent der Hamburger Unternehmen nennen die Datensicherheit.

Wie sieht es nun aus mit der Datensicherheit in Hamburg, die 64 Prozent der Unternehmen beklagen? Genau zu diesem Thema Institut für Datensicherheit hat die AfD im November 2015 einen Antrag eingebracht. Und genau diesen Eckpunkt von Industrie 4.0, der sich auf den Pferdefuß dieser ganzen Industrie bezieht, die Sie zum heutigen Thema gemacht haben, haben Sie abgelehnt. Sie haben es nicht nur abgelehnt, Sie haben es noch nicht einmal an den Ausschuss überwiesen und damals höhnisch und überheblich argumentiert. Die Hochnäsigkeit mancher Kommentare wurde nur noch von der Ahnungslosigkeit übertroffen. Herr Ovens, Ihren Beitrag dazu habe ich als besonders problematisch im Hinterkopf; ich möchte jetzt nicht daraus zitieren. Sie haben nicht verstanden, welche existenzielle Chance diese Datensicherheit im Herzen von 4.0 bedeutet. Sie haben nichts davon verstanden, Herr Ovens, und Sie haben das sehr deutlich gemacht, indem Sie unseren Antrag rundweg abgelehnt haben.

(Carsten Ovens CDU: Ich danke Ihnen!)

– Bitte sehr.

Da zeigt sich, Herr Ovens – aber nicht nur bei Ihnen, ich möchte das nicht personalisieren –, was aus so einem riesigen, gewaltigen Zukunftsthema werden kann, wenn es unter die Borniertheit eines kurzsichtigen Provinzpolitikertums gerät. So sieht es nämlich aus.

(Beifall bei der AfD)

Hamburg ist nicht der Leuchtturm dieser Zukunftstechnologie, wie Rot-Grün es darstellen will. Es ist vielleicht ein kleines Taschenlämpchen, dessen Leuchtkraft von hier bis zum Bahnhof reicht, aber nicht einmal nach Berlin. Dort nehmen sie das nicht wahr, und in Stanford/Kalifornien oder Japan schon einmal gar nicht.

Es ist noch etwas anderes, was mitgedacht werden muss.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es ist zu laut. – Herr Dr. Baumann, Sie haben das Wort.

Dr. Bernd Baumann AfD (fortfahrend):* Es ist noch etwas Entscheidendes bei diesem Zukunftsthema 4.0: Diese langfristigen strategischen Themen müssen mit anderen langfristigen Themen zusammen gedacht werden – das wenigstens ist schon einmal angeklungen –, zum Beispiel das Thema Bildung und Ausbildung. Es ist doch völlig klar, und das Fraunhofer-Institut bestätigt das in jeder Studie, dass die Anforderungen an die Mitarbeiter in der Industrie signifikant steigen werden.

(Dr. Bernd Baumann)

Neue Arbeitsinhalte haben noch weit höhere Komplexität, die die Ausbildung bewältigen muss. Noch mehr bereichsübergreifende Kompetenzen sind gefordert. IT, Elektrotechnik und Mechanik müssen die Leute können. Somit ist Industrie 4.0 bei falscher Politik auch eine gewaltige gesellschaftliche und politische Bedrohung. Einfache Tätigkeiten werden verschwinden. Das heißt, ganze Bevölkerungsschichten und Stadtteile drohen abgehängt zu werden. Sie haben überhaupt noch nicht erfasst, welche Aufgabe auf Sie zukommt. Wir brauchen ganz gewaltige Qualifizierungsoffensiven, und davon haben wir heute viel zu wenig gehört.

(Beifall bei der AfD)

Noch ein zweites Großthema der Zukunft ist direkt mit 4.0 verbunden, nämlich der demografische Wandel. Industrie 4.0 passt sehr gut, geradezu idealtypisch, zu einer schrumpfenden Gesellschaft, wie wir sie haben. Industrie 4.0 braucht weniger Menschen, die aber immer besser ausgebildet sind. Industrie 4.0, sagt die allerneueste HWWI-Studie, wird solche gewaltigen Produktivitätssteigerungen freisetzen, nämlich dass trotz Rückgang der Bevölkerung das Produktionsniveau gehalten und sogar ausgeweitet werden kann. Das bedeutet für unsere Einwanderungspolitik ganz klare Signale; das muss alles zusammen gedacht werden. Das bedeutet, Hamburg und Deutschland können bei den Anforderungen von Industrie 4.0 nur wenige, aber hochqualifizierte Einwanderer in diese zukünftigen Bereiche wirklich integrieren. Das wird noch dringender, noch fordernder, noch problematischer, als es jetzt ist; das müssen Sie sich einfach klarmachen. Industrie 4.0 ist damit auch eine Warnung, eine Rückmeldung aus der Realität. Hören Sie, verdammt noch einmal, hin. – Danke.

(Beifall bei der AfD – *Hansjörg Schmidt SPD*: Der hat doch Lautsprecher, warum redet er so laut?)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich würde es ganz nett finden, Herr Dr. Baumann, wenn auch Sie zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückfinden würden. – Jetzt bekommt Senator Horch das Wort.

Senator Frank Horch:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die vierte industrielle Revolution ist, wie wir es heute vernehmen, in aller Munde. Gute Forschungs- und Entwicklungsarbeit am Standort, vor allen Dingen in Hamburg, ist die Grundlage für eine erfolgreiche Gestaltung und das Gelingen dieses gesamten Prozesses.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Hierfür verfolgt dieser Senat eine klare Strategie in der Förderung von Forschung und Entwicklung, was Industrie 4.0 angeht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Gerade gestern hat der Senat die Details zur Weiterentwicklung des Fraunhofer-Centers für Maritime Logistik und Dienstleistungen, kurz CML genannt, bekannt gegeben. Das CML, als ein Beispiel, generiert mit anwendungsorientierten Forschungsleistungen bereits seit 2010 einen erheblichen Nutzen für den wichtigen wirtschaftlichen Hintergrund in Hamburg, nämlich Transport, Logistik und Hafenwirtschaft. Es befindet sich auf dem Gelände unserer, das will ich betonen, sehr angesehenen Technischen Universität Hamburg-Harburg. Die Weiterentwicklung zu einem eigenständigen Institut im Harburger Binnenhafen sowie die weiteren Fraunhofer-Einrichtungen, die sich auf Hamburg weiter verteilen und es ergänzen werden, werden durch diesen Senat schwerpunktmäßig in idealer Weise gefördert, um Hamburg zu einem führenden Innovationsstandort in Europa zu machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein anderes Beispiel: Das Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung, kurz ZAL genannt, ist ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung des Clusters Aviation in Hamburg. Mit dem ZAL hat Hamburgs Luftfahrt eine der modernsten Test-Infrastrukturen in vielen Zukunftsfeldern der Welt bekommen, um dort gemeinsam zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, den Großbetrieben, den mittleren und kleinen Betrieben zu forschen und zu entwickeln. Das ZAL TechCenter ist ein Innovationszentrum für visionäre Ideen, aus denen am Ende innovative Produkte für die Luftfahrtindustrie resultieren sollen. Hamburg erhält damit als Luftfahrtstandort ein weltweit einzigartiges Aushängeschild.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Digitalisierung, das will ich zwischendurch auch einmal erwähnen, hat immer das Ziel, den Wirtschaftsstandort zu stärken. Und das, was wir anhand dieser beiden Beispiele aufzeigen, ist eine erhebliche Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hamburg.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel: Die Welt wächst, gerade auch über ihre Häfen, aufgrund der Globalisierung der arbeitsteiligen Welt zusammen. Der Hafen spielt dabei, wie schon seit über 800 Jahren in Hamburg, eine sehr wichtige Rolle. In Zeiten dieser globalen Digitalisierung setzen Hamburg und unsere Port Authority die Digitalisierungsstrategie des Hamburger Hafens ganz konsequent fort. Als Gastgeber der Welthafenkonferenz 2015 – ein Riesenerfolg für Hamburg – wurden bereits viele innovative Pilotprojekte im Rahmen der smartPORT-Konzepte umgesetzt. Auf der Basis dieser gemachten Erfahrungen hat die HPA den Gedanken des intelligenten Hafens, an dem wir aufgrund vieler weltwirtschaftlicher Veränderungen hart arbei-

(Senator Frank Horch)

ten müssen, weiterentwickelt und ein internationales Netzwerk zwischen den Häfen unter dem Namen ChainPORT initiiert. Das ist genau der richtige Ansatz. Diesen Weg müssen wir beschreiten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die weltweite Plattform soll zum einen die bessere Vernetzung der Partnerhäfen gewährleisten und zum anderen die Basis dafür schaffen, um gemeinsam neue, zukunftsorientierte und innovative Lösungen zu finden. In den vergangenen Wochen hatten wir gemeinsam mit der HPA für die führenden Häfen aus Asien sehr wohl überlegt, aus welchen Kontinenten die Einzuladenden kämen, und haben aus Amerika und Europa zu einem Informationsaustausch und zur Gründung des Hafennetzwerks ChainPORT nach Hamburg eingeladen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen an diesen Beispielen: Wir sind dabei, nicht nur Begrifflichkeiten zu verwenden, sondern sehr praxis- und unserer Hamburger Wirtschaft nahe Entwicklungen voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Technische Innovation und gerade immer wieder das Zusammenspiel im Austausch von Wissenschaft und Wirtschaft und der Vereinbarkeit von Ökonomie – das will ich sehr deutlich betonen – mit der Ökologie spielen hierbei eine herausragende Rolle in der zukünftigen Entwicklung des Wirtschafts- und Industriestandorts Hamburg, aber auch des Lebensraums Hamburg. Dies wird konsequent in der Gesamtclusterpolitik dieses Senats vorangetrieben.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden uns aber nicht auf diesen erzielten Fortschritten ausruhen, sondern weitere große Anstrengungen unternehmen. Die Entwicklung von weiteren Forschungs- und Entwicklungsparks ist in unserem Fokus, und dazu gehört auch unser Ziel, dem Zentrum für Luft- und Raumfahrt eine noch engere Zusammenarbeit an unserem Standort zu ermöglichen.

Ich bin überzeugt davon, dass wir mit dem DLR eine gute Perspektive bieten, so unseren Standort, gerade was die Luftfahrt angeht, noch weiter zu etablieren.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Maßnahmen sind intensiv und haben eine große Bandbreite. Die Digitalisierung und Industrie 4.0 stellen einen weiteren wichtigen Meilenstein in dieser Entwicklung dar. Es geht darum, sich von dem Gedanken, das hätten wir schon immer so gemacht, zu verabschieden und nach vorn zu blicken. Industrie 4.0 vereint Großproduktion mit individuellen Kundenwünschen und kostengünstigen, aber auch erhöhten Qualitätsanforderungen. Die Basis von Industrie 4.0 ist die intelligente Fa-

brik. In ihr interagieren vernetzte Einheiten wie beispielsweise Produktionsroboter, Transportbehälter oder Fahrzeuge, die über digitale Schnittstellen eigenständig miteinander verbunden sind. So vereinigen sich die Vorteile aus einer Massenproduktion mit den Ansprüchen einer hochqualitativen Einzelherstellung.

In vielen Unternehmensbereichen, übrigens auch in Hamburg, sind digitale Prozesse bereits Bestandteil des alltäglichen Arbeitens. Viele Arbeitsschritte wären ohne die digitale Entwicklung mittlerweile nicht mehr möglich. Ich bin davon überzeugt, dass die Bedeutung der Industrie zur Wertschöpfung durch die Digitalisierung weiter wachsen wird und dass die Hamburger Unternehmen ihr Innovationspotenzial nutzen können, um mit diesem wichtigen Ansatz die Wettbewerbsfähigkeit in allen Belangen weiter herzustellen.

(Beifall bei der SPD und bei *Martin Bill GRÜNE*)

Selbstverständlich lassen tiefgreifende Veränderungen sich nicht von heute auf morgen umsetzen. Neue Technologien und die zunehmende Verfügbarkeit von Daten bedeuten jedoch nicht nur Herausforderungen, sondern eröffnen auch den Raum für Weiterentwicklung und Gestaltung. Vor allem in den großen Hamburger Unternehmen stehen die digitalen Möglichkeiten heute schon auf der Tagesordnung. Den kleinen und mittleren Unternehmen wollen wir in diesem Prozess noch mehr Unterstützung für diese Entwicklung geben.

Wir wollen die mit Industrie 4.0 verbundenen Chancen für Hamburg nutzen und haben dieses Thema auch im Koalitionsvertrag entsprechend verankert. Die Hamburger Industrie soll als tragende Säule des Wirtschaftsstandorts Hamburg auch in Zukunft gestärkt werden. Für die Hamburger Industriepolitik haben wir einen bewährten übergeordneten konzeptionellen Rahmen. Das ist der Masterplan Industrie, der gemeinsam mit der Handelskammer, dem Industrieverband Hamburg und dem DGB Nord auf den Weg gebracht wurde.

Der Masterplan Industrie zielt darauf ab, durch die Gestaltung wichtiger Rahmenbedingungen – und das ist Digitalisierung in starkem Maße – die Entwicklung der Industrie am Standort Hamburg zu fördern. Um die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen durch Industrie 4.0 für Hamburg zu nutzen, ist es sinnvoll und folgerichtig, den Masterplan Industrie und das Handlungsfeld Industrie 4.0 zu erweitern.

(Beifall bei der SPD und bei *Martin Bill* und *Phylliss Demirel, beide GRÜNE*)

Hierbei – das möchte ich ganz besonders betonen – sind Handlungsfelder wie Datensicherheit – heute kurz angesprochen –, die Aus- und Weiterbildung des Personals und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ein sehr wichtiger Hintergrund.

(Senator Frank Horch)

Auch diese Tatsache ist auf der deutschen Wirtschaftsministerkonferenz klar in die Digitalisierungsstrategie aufgenommen worden.

Die positive Weiterentwicklung des Standorts Hamburg kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten daran mitwirken. Deshalb fordere ich Sie alle auf, an diesem Prozess konstruktiv mitzuarbeiten. Unterstützen Sie den Senat in seinen Initiativen bei diesem wichtigen Thema. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und vereinzelt bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Wolf von der CDU-Fraktion.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Jetzt kommt die Unterstützung!)

Dr. Jens Wolf CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Tjarks, Sie haben gefragt, warum wir diesen Antrag unterstützen wollen. Ich kann es Ihnen sagen. Es ist gut, dass Sie diesen Antrag gestellt haben. Es ist gut für die Stadt,

(Beifall bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

denn Industrie 4.0 ist eine Spielart der Digitalisierung, und die Digitalisierung wird nicht nur unser Wirtschafts- und Arbeitsleben verändern, sondern sämtliche gesellschaftlichen Bereiche und unser gesamtes Leben.

(Zuruf von *Farid Müller GRÜNE*)

Deswegen ist es wichtig für die Stadt. Aber es ist auch gut für die politische Klarheit, dass Sie diesen Antrag gestellt haben,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Ernsthaft!)

denn es ist schon auffällig: Der Antrag kommt von den Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Es heißt dort, es müsse etwas vorangetrieben werden. Lassen Sie "vor" weg, dann steht darin "antreiben". Ja, Sie müssen Ihren eigenen Senat antreiben, weil dieser Senat nämlich nichts auf diesem Gebiet macht.

(*Hansjörg Schmidt SPD:* Jetzt setz dich wieder hin!)

Deswegen ist es gut, dass wir diesen Antrag haben.

Dann haben wir von Herrn Schmidt dieses niedliche Märchen gehört, nämlich dass der Senat das Thema Digitalisierung dieser Stadt aufgebracht habe. Das fand ich putzig, aber ich glaube, das kann man erklären wie Herr Kruse: Das sind Krankheits-symptome. Mehr und weniger kann es nicht sein.

Warum haben wir den Änderungsantrag gestellt? Wir haben ihn gestellt, weil Ihr Antrag in vielen Punkten zu kurz springt. Sie sagen, Industrie 4.0 seien Smart Systems.

(*Hansjörg Schmidt SPD:* Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

Nein, das ist deutlich mehr. Sie sagen, im Bereich des Datenschutzes gehe es darum, die Datensouveränität zu wahren. Ich weiß ja, wie es bei Ihnen intern bestellt ist. Der grüne Kulturpessimismus und die Fortschrittsangst müssen ein bisschen gestreichelt werden.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Hier steht der GRÜNE Kollege!)

Da haben Sie natürlich die eigenen Abgrenzungen in der Koalition zu wahren. Aber die Realität sieht anders aus, und deswegen haben wir diesen Punkt umformuliert. Wenn Sie nur sagen, es gehe hier nur um den Schutz der Datensouveränität und die Anwendung des heutigen Datenschutzes, dann können wir Industrie 4.0 gleich vergessen, denn bei Industrie 4.0 geht es eben darum, dass vernetzt wird. Bei diesen Vernetzungen, was passiert denn da? Da werden Daten ausgetauscht, verarbeitet und bearbeitet, und das in großer Menge, in ungeahnter Menge. Darum spricht man auch von Big Data in diesem Zusammenhang.

(*Hansjörg Schmidt SPD:* Komm, setz dich wieder hin!)

Das können Sie mit dem Handwerkszeug unseres heutigen Datenschutzes und den heutigen Datensicherungsregelungen nicht richtig behandeln. Das ist viel zu kurz gesprungen.

Zum Arbeitsrecht, diesem ganzen Bereich über die Auswirkungen von Industrie 4.0 auf die Arbeitswelt, schreiben Sie hinein, es gehe um die Qualifizierungsbedarfe; die solle man sich angucken. Nein – und da muss ich Herrn Jersch Recht geben; das tue ich sehr ungern, aber in dem Punkt tue ich das einmal –, Industrie 4.0 wird die gesamte Arbeitswelt tiefgreifend verändern. Wenn Sie dem Senat den Auftrag geben, ein bisschen über Qualifizierungsbedarfe zu reden, dann greift das viel zu kurz. Sie haben das Thema Digitalisierung und Industrie 4.0 leider noch nicht richtig verstanden.

(Beifall bei der CDU)

Auch bei Ihnen, lieber Herr Horch, muss ich mir Sorgen machen, denn ein Großteil Ihrer Rede sollte sich auf Innovation beziehen. Nur, worüber haben Sie tatsächlich gesprochen? Über Forschung und Entwicklung. Forschung und Entwicklung, das ist Invention, und das ist das, was der Senat auch im Koalitionsvertrag schon gemacht hat. Er sagt, Innovationspolitik mache er nicht, das machen ja die Hochschulen. Nein, hier verwechseln Sie Invention und Innovation. Invention ist Forschung und Entwicklung. Das haben Sie dargestellt. Da machen Sie etwas. Aber Innovation heißt, diese Dinge, die dort entwickelt werden, auf die Straße zu bringen, und das ist Industrie 4.0, und da machen Sie nichts.

(Dr. Jens Wolf)

(Beifall bei der CDU)

Deswegen kann es nur wenig bringen, wenn Sie dem Senat den Auftrag geben, den Masterplan Industrie umzuschreiben. Denn der Senat hat gezeigt, dass er nicht der richtige Ansprechpartner ist. Das haben Sie auch verstanden, deswegen haben Sie diesen Antrag gestellt. Hätte der Senat alles in Ordnung gebracht, hätte es dieses Antrags nicht bedurft. Sie müssen also den Senat antreiben.

(Hansjörg Schmidt SPD: Soll die CDU antreiben!)

Prima, das ist gut. Aber ist der Senat auch der Richtige, den Sie da antreiben? Warum wird in diesem Antrag – wie wir in unserem Ergänzungsantrag fordern – nicht verlangt, dass man den in dieser Stadt mannigfaltig vorhandenen industriellen Sachverstand einholt? Unter CDU-Senaten gab es die Innovationsallianz noch, die alle Akteure in diesem Bereich aus Wissenschaft, Forschung und Unternehmen zusammengebracht hat. Diese Innovationsallianz hat der Senat eingeschläfert. Die gibt es nicht mehr. Die gibt es nur noch auf Ihrer Website, und da verweisen Sie auf alte Seiten aus der CDU-Regierungszeit.

(Hansjörg Schmidt SPD: So wenig ist von der CDU übrig geblieben!)

Das ist bei unserer Schriftlichen Kleinen Anfrage herausgekommen. Sie nutzen die wirtschaftliche Kompetenz und den Sachverstand in dieser Stadt nicht. Beleben Sie die Innovationsallianz wieder und reden dann über die Umschreibung der Masterpläne. Dann sind wir auch fit für Digitalisierung und Industrie 4.0. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE.

Stephan Jersch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachdem Senator Horch die Unterstützung des Hauses und der Fraktionen für das Konzept eingefordert hat, reizt es mich, kurz darauf zu antworten.

Herr Senator und liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, ich wüsste gar nicht, wobei ich Sie jetzt unterstützen sollte. Das ist ein Zettelkasten verschiedener Sachen, dem ich entgegenhalten muss: Machen Sie doch erst irgendetwas zu Ende, bevor Sie etwas Neues draufsetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben wirklich ein Problem, wenn wir bei der Digitalisierung – im Koalitionsvertrag ist sie als eine reichhaltige Aneinanderreihung von Anglizismen aufgetaucht – einen Stand haben, den ich für eine Wirtschafts- und Forschungsation für zutiefst

unwürdig halte. Aber Sie überlegen sich schon, wie Sie die neue digitale Revolution weiterbringen. Ich muss Senator Horch an einer Stelle widersprechen. Ökonomie und Ökologie zu vereinbaren mag ja in dieser Stadt ein Ziel sein, aber erreicht wird es in den seltensten Fällen. Das werden wir in der Debatte noch sehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen sage ich: Legen Sie ein Konzept vor, das auch wirklich eines ist, bei dem wir über eine Umgestaltung, eine Revolution Industrie 4.0, reden können. Dann werden Sie im Sinne einer gemeinsam gestalteten Arbeitswelt auch unsere Unterstützung bekommen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Professor Kruse von der AfD-Fraktion.

Dr. Jörn Kruse AfD: * Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema Industrie 4.0 ist ein extrem wichtiges Thema, dem die Debatte heute leider in keiner Weise gerecht geworden ist.

Ich hätte mir gewünscht, Herr Senator Horch, dass Sie die Kompetenz, die Sie und Ihre Behörde oder die Unternehmen, mit denen Sie kooperieren, haben, an die Regierungsfractionen weitergegeben hätten. Dann wäre der Antrag, den Sie gestellt haben, etwas substanzieller gewesen. Trotzdem stimmen wir dem natürlich zu.

(Heiterkeit bei der SPD)

Beim Thema Industrie 4.0 kann man gar nicht Nein sagen, aber man muss mit der Art, wie man es behandelt, deutlich machen, dass man sich hineinarbeitet, dass man das wichtig findet und dass man dahintersteht und keine banalen Aussagen dazu macht. Die allerbeste, die kenntnisreichste Rede aller Abgeordneten heute hatte Dr. Baumann gehalten.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit bei der SPD – Zurufe)

Aber leider hat es keiner von Ihnen gehört, weil der Lärmpegel so laut war, dass man es gar nicht verstehen konnte. Ich finde es schade, dass das Präsidium da nicht eingegriffen hat.

(Sören Schumacher SPD: Beschimpft hat er uns!)

Die Kritik, die ich eben an der Regierungsgruppierung geübt habe, wird noch untertroffen von der Kritik, die ich an der Opposition üben muss. Herr Kruse, wenn Sie sich bei einem solchen Thema als Komiker versuchen, dann ist das die falsche Rolle.

(Beifall bei der AfD – Hansjörg Schmidt SPD: Da hat er recht!)

(Dr. Jörn Kruse)

Sie hätten sich ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen sollen. Ich habe von Ihnen schon bessere Reden gehört als die, die Sie heute bei diesem zentral wichtigen Thema gehalten haben.

(Hansjörg Schmidt SPD: Haben wir alle!)

Noch keine besseren Reden habe ich von Herrn Ovens gehört. Ich möchte Sie bitten, Herr Ovens, zu bedenken, dass bei Ihrer weiteren Karriere die früheren Reden alle im Internet abrufbar sind. Ihre Rede heute und Ihre Rede zum Thema Forschungsinstitut Datensicherheit sind ganz bestimmt nicht karrierefördernd.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir, sofern Sie mich verstehen, obwohl es gerade so laut ist, gern zu den Abstimmungen kommen.

Wer zunächst der Überweisung der Drucksache 21/3842 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich komme zu der Abstimmung in der Sache. Wir beginnen mit dem CDU-Antrag aus der Drucksache 21/4028.

Wer sich diesem anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wer den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus der Drucksache 21/3842 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei Enthaltungen angenommen.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 28 kommen, möchte ich Ihnen gern noch einige Wahlergebnisse mitteilen.

Bei der Wahl eines Deputierten der Justizbehörde sind 106 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren drei Stimmzettel ungültig. Somit sind 103 Stimmen gültig. Herr Justus Burgdorf erhielt 31 Ja-Stimmen, 56 Nein-Stimmen, 16 Enthaltungen. Somit ist Herr Burgdorf nicht gewählt worden.

Bei der Wahl eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung sind 107 Stimmen abgegeben worden. Davon waren zwei Stimmzettel ungültig, somit 105 Stimmen gültig. Herr Krzysztof Walczak erhielt 27 Ja-Stimmen, 58 Nein-Stimmen, 20 Enthaltungen. Somit ist Herr Walczak nicht gewählt worden.

Bei der Wahl einer Vertrauensperson für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Hanseatischen Obergericht sind 112 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war ein Stimmzettel ungültig, somit 111 Stimmen gültig. Frau Jawaneh Golesorkh erhielt 79 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen. Somit ist Frau Jawaneh Golesorkh gewählt worden.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 28, Drucksache 21/3712, Antrag der CDU-Fraktion: Christen und andere Minderheiten unter den Flüchtlingen besser schützen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Christen und andere Minderheiten unter den
Flüchtlingen besser schützen
– Drs 21/3712 –]**

Auf Wunsch der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der AfD soll diese Drucksache an den Innenausschuss überwiesen werden. Vonseiten der CDU-Fraktion liegt ein Antrag auf Mitberatung der Drucksache im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration vor.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Prien von der CDU-Fraktion, Sie haben es.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns ist bewusst, dass wir mit diesem Antrag ein hochsensibles, schwieriges Thema aufgreifen, und wir wollen uns bemühen, das in einer Form zu tun, die der Ernsthaftigkeit des Anliegens gerecht wird.

Wie Sie wissen, sind viele Menschen in den letzten zwei Jahren zu uns geflohen, und zwar in der Hoffnung, endlich ohne Diskriminierung und Verfolgung leben zu können. Wir haben in den vergangenen Monaten feststellen müssen, dass Frauen und Kinder, die so zu uns gekommen sind, erfahren mussten, dass es auch bei uns manchmal an dem besonderen Schutz mangelt, den sie sich erhofft hatten. Zumindest bezüglich Frauen und Kindern haben wir uns gemeinsam in diesem Haus dazu durchgerungen, besondere Schutzmaßnahmen zu ergreifen, und das ist gut so. Aus unserer Sicht ist es notwendig, dass wir uns jetzt auch der Lage von besonderen Minderheiten unter den Flüchtlingen mit besonderer Sensibilität annehmen. Das sind Christen, aber auch Jesiden, Homosexuelle und andere Gruppen.

Lassen Sie mich zunächst einmal zwei, drei Sätze zur Situation weltweit verfolgter Christen sagen – ein Thema, mit dem wir uns als Gesellschaft nicht gern auseinandersetzen. Tatsache ist jedoch, dass weltweit 100 Millionen Christen in Ländern leben,

(Karin Prien)

in denen Religionsfreiheit nicht geachtet wird. Christen werden weltweit verfolgt. Open Doors hat in seinem Weltverfolgungsindex darauf hingewiesen, dass in den 35 der ersten 50 Länder mit dem höchsten Verfolgungsindex der islamische Extremismus Haupttriebkraft für die Verfolgung von Christen ist.

Das ist leider eine traurige Tatsache, der wir uns stellen müssen. Hauptverfolgungsländer sind Irak, Eritrea, Afghanistan, Syrien, Pakistan und Somalia. Das sind genau die Länder, aus denen die meisten Menschen kommen, die bei uns in Hamburg leben. Deshalb müssen wir uns mit diesem Thema ernsthaft auseinandersetzen, auch wenn es für uns politisch unbequem ist.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Volker Kauder, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat im Januar dieses Jahres völlig richtig darauf hingewiesen, dass es inzwischen im Nahen Osten immer mehr christenfreie Zonen gibt – das Wort kriegt man kaum über die Lippen –, und er hat auch darauf hingewiesen, dass wir vor der Verfolgung von Christen nicht länger die Augen verschließen dürfen. Umso trauriger und inakzeptabel ist es, wenn wir feststellen müssen, dass Christen und Angehörige anderer religiöser Minderheiten in unseren Flüchtlingseinrichtungen, zumindest in Einzelfällen, besonderer Diskriminierung und besonderer Verfolgung ausgesetzt sind. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Damit müssen wir uns auseinandersetzen und Lösungsansätze finden, um dies zu verhindern.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Jörn Kruse und Dirk Nockemann, beide AfD*)

Um es sehr deutlich zu sagen: Damit geht kein Generalverdacht gegen Muslime einher. Es ist nicht so, dass alle Muslime Christen mobben und dass das in allen Flüchtlingseinrichtungen unserer Stadt jeden Tag gang und gebe wäre. Das hat auch niemand behauptet. Aber aus unserer Sicht reicht es aus, dass es diese Fälle gibt und es nicht nur einer ist, sondern es mehrere sind. Ich finde, wir müssen den Blick darauf richten und zumindest wissen, wie viele solcher Fälle es gibt. Wenn so etwas geschieht, müssen wir von Anfang an ein adäquates Arsenal geeigneter Maßnahmen haben, um diese Diskriminierung und Verfolgung in unserem Land zu verhindern und für die Zukunft zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang ist schwierig, dass der Senat gar nicht weiß, wie viele Christen unter den Flüchtlingen sind, weil nicht erhoben wird, welcher Religion die Menschen angehören. Das ist ein Umstand, der nicht akzeptabel ist. Das muss unbedingt geändert werden. Es kann nicht sein, dass Sozialarbeiter, die jeden Tag mit den Flüchtlingen in den Einrichtungen leben, zum Teil gar nicht wissen, welcher Religion diese Menschen angehören.

Und es kann auch nicht sein, dass Menschen sich nicht trauen, sich zu ihrer Religion zu bekennen, weil sie fürchten, für den Fall der Offenbarung Diskriminierung zu erleiden.

(*Kazim Abaci SPD*: Das ist zu dramatisch!)

– Nein, ich dramatisiere gar nichts, Herr Abaci. Ich mache das in einem sehr ruhigen Ton und erwarte von Ihnen, dass Sie das in gleicher Art und Weise auch tun.

(Beifall bei der CDU und bei *Dirk Nockemann AfD*)

Dieses Thema ist inzwischen bundesweit in der Diskussion. Ich bin sehr froh, dass auch der Deutsche Bundestag sich damit beschäftigt hat, dass inzwischen zumindest beim Wachpersonal ein Bewusstsein dafür geschaffen wurde, dass die Auswahlkriterien für diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich verschärft worden sind. Wir unterstützen auch den Ansatz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in Zukunft besser darauf zu achten, dass Wachpersonal und Dolmetscher besser durchmischt sind. Es ist wichtig, dass es unter dem Wachpersonal nicht nur Männer, sondern auch Frauen und nicht nur Moslems, sondern auch Christen gibt, damit jeder seinen Ansprechpartner immer dann finden kann, wenn es zu sensiblen Reaktionen kommt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Ihnen mit unserem Antrag einen sehr differenzierten Forderungskatalog vorgelegt. Was wir fordern, ist nicht platt. Wir plädieren auch keinesfalls dafür, grundsätzlich Menschen verschiedener Religionen oder Ethnien voneinander zu trennen. Das würden wir für grundlegend falsch halten. Selbstverständlich erwarten wir von allen Menschen, die hierher flüchten, dass sie die Religionsfreiheit respektieren und die Religionszugehörigkeit der anderen schätzen. Davon werden wir nicht abweichen. Dennoch müssen wir Maßnahmen ergreifen, damit Menschen, die Minderheiten angehören, hier den angemessenen Schutz finden.

(*Kazim Abaci SPD*: Warum?)

Es ist erforderlich, dass diejenigen, die in den Unterkünften tätig sind – Sozialarbeiter, Freiwillige, das Wachpersonal –, für diese Problematik hinreichend sensibilisiert werden. Es ist darüber hinaus erforderlich, festzustellen, wer welcher religiösen Gruppe und welcher religiösen Minderheit angehört, damit man darauf vernünftig reagieren kann. Es ist nicht wahr, Herr Abaci, es ist eben nicht verpflichtend, dies festzustellen, und deshalb wissen wir es auch nicht.

Des Weiteren ist erforderlich, dafür Sorge zu tragen, dass zuverlässige Dolmetscher für diejenigen vorhanden sind, die sich diskriminiert fühlen, damit sie nicht auch noch das Gefühl haben, wenn sie

(Karin Prien)

sich einem Dolmetscher anvertrauen, dass dieser möglicherweise ihre Interessen nicht vertritt. Wir brauchen so etwas wie eine Beschwerdestelle, und zwar nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für Mitarbeiter in den Einrichtungen, auch für Freiwillige, damit solche Fälle dort vernünftig angezeigt werden und es dafür ein offenes Ohr gibt, das den Menschen auch tatsächlich in angemessener Form entgegentritt.

Schließlich meinen wir, es solle für die schlimmen Fälle – und die hat es auch in Hamburg schon gegeben; das haben wir alle aufgrund unserer Schriftlichen Anfragen und aufgrund der dankenswerten Berichterstattung des "Hamburger Abendblatts" erfahren – leichter als bisher die Möglichkeit geben, entweder von der Residenzpflicht befreit zu werden und etwa in Gemeinden oder aber in den ganz schlimmen Fällen auch in einer gesonderten Einrichtung unterzukommen, so wie wir es mit den alleinerziehenden Frauen mit Kindern getan haben.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Ich darf Sie bitten, bei diesem Thema einfach einmal die Scheuklappen abzulegen und sich für diese besonderen Schwierigkeiten und Probleme zu öffnen, die es nun einmal gibt, auch wenn man nicht möchte, dass es sie gibt. Ich darf an Sie appellieren, dies zu tun, damit andere dieses schwierige Thema nicht für ihre Zwecke missbrauchen. Lassen Sie uns über diese Frage nüchtern und sensibel diskutieren, wenn Sie wollen, auch im Innenausschuss, obwohl ich dieses Thema im Sozialausschuss besser verortet sehe. Wir sind moralisch dazu verpflichtet, den Menschen, die zu uns kommen, weil sie Schutz begehren und endlich Schutz brauchen, diesen Schutz zu gewähren. Das ist unsere Aufgabe, und ich freue mich darauf, mit Ihnen im Ausschuss darüber ein intensives Gespräch zu führen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Wysocki von der SPD-Fraktion.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Ekkehard Wysocki SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich dem Appell anschließen, den Frau Prien lanciert hat, dass das nämlich ein Thema sei, das wir sachlich diskutieren sollten. Aber lassen Sie mich gleich am Anfang der Debatte klarstellen, dass die Ausübung von Gewalt und Diskriminierung in den Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen für uns generell nicht hinnehmbar ist.

(Beifall bei der SPD)

In einer ersten Analyse ist relativ egal, wie das passiert. Für uns ist wichtig, festzustellen, dass es passiert und dass Programme entwickelt werden, um einer solchen Eskalation Einhalt zu gebieten. Man muss konstatieren, dass Sie das als ständiges Thema im Sozialausschuss haben und dass es dort ein Protokoll über Maßnahmen zur Gewaltprävention aus dem Juni dieses Jahres gibt.

Im Innenausschuss am 6. April 2016, wo Sie zu Gast waren, haben wir sehr ausführlich über diese Maßnahmen gesprochen. Dort wurden sämtliche Maßnahmen zur Unterbringung von besonders schutzwürdigen Flüchtlingen aufgelistet. Ich weiß nicht mehr, ob Sie, Frau Prien, als dieser Tagesordnungspunkt aufgerufen war, diesem die ganze Zeit folgen konnten. Aber ich habe das als eine sehr detaillierte, sehr differenzierte und auch sehr klare Vorstellung der verschiedenen drei Behörden wahrgenommen – ich nehme den Zentralen Koordinierungsstab Flüchtlinge dazu. Es wurde des Weiteren ein Flyer für eine weitere Forderung vorgestellt, die Sie erhoben haben, nämlich die Vermittlung der Werte und Normen. Viele der Dinge, die Sie in Ihrem Antrag erwähnt haben – dazu muss man vielleicht sagen, dass er vom 18. März 2016 ist und insofern die Sitzung des Innenausschusses vom 6. April 2016 nicht mit einbeziehen konnte –, sind bereits bearbeitet worden. Deswegen möchte ich mich auf die einzelnen Forderungen konzentrieren, die in Ihrem Antrag eine Rolle spielen. Dabei möchte ich, wenn Sie gestatten, eine Reihe von Fragen stellen, auch wenn wir – das nehme ich jetzt einmal vorweg – diesen Antrag an den Innenausschuss überweisen werden, weil viele Dinge nach unserem Eindruck schon in Bearbeitung sind, wenn auch vielleicht nicht ausreichend.

Ich habe eine Menge ungeklärter Fragen zu verschiedenen Punkten, die Sie erwähnt haben. Ich möchte mich insbesondere mit dem Punkt 1 befassen, nämlich der Forderung, zu erfassen, welche Flüchtlinge welcher Ethnie und welcher Religion angehören. Ich möchte, auch wenn es für viele vielleicht etwas langweilig ist, die juristische Lage erläutern. Da es sich hierbei um einen Eingriff in ein Grundrecht handelt, nämlich um das Grundrecht der informellen Selbstbestimmung, brauchen wir Rechtsgrundlagen, die dieses definieren. Wir haben das Aufenthaltsgesetz, wir haben das Ausländerzentralregistergesetz, wir haben zuletzt das Datenaustauschverbesserungsgesetz vom 2. Februar 2016. Dort ist ausdrücklich nicht vorgesehen, dass Flüchtlinge nach ihrer Ethnie erfasst werden. Angaben zur Religion sind freiwillig. Ich bitte die CDU-Fraktion, in diesem Punkt zu überlegen, warum das wohl so ist und ob das nicht eine sinnvolle Regelung ist, dass wir es nicht erfassen. Man muss nämlich konstatieren, dass für uns die Unterbringung in der Zentralen Erstaufnahme im Wesentlichen vom Integrationsgedanken geleitet ist.

(Ekkehard Wysocki)

Das Zusammenleben der Flüchtlinge soll dort gewährleistet werden. Es soll ein sicherer Schutzraum geschaffen werden für diejenigen, die besonders verfolgt werden. Die Maßnahmen, die im Moment ergriffen worden sind, halten wir für so weit gehend, dass wir deren Umsetzung gern im Innenausschuss diskutieren können. Deswegen muss man aber Flüchtlinge nicht hinsichtlich Ethnie und Religion erfassen. Ethnie ist nicht vorgesehen, Religion ist freiwillig – das halte ich für eine sinnvolle Regelung.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Vielleicht gibt es auch ein Missverhältnis zwischen dem, was Sie die Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen unterzeichnen lassen wollen, nämlich eine Verpflichtung auf Werte, Normen und Gesetze dieses Landes – am besten mit Unterschrift. Sie erhoffen sich davon eine Teilintegration, und auf der anderen Seite verlangen Sie Dinge, die gesetzlich ausdrücklich anders geregelt sind. Darüber müssen wir vielleicht sprechen.

Zu den weiteren Forderungen, die Sie erhoben haben: Der Flyer ist entwickelt; er wird in den Unterkünften verteilt. Das Thema Diskriminierung von Minderheiten generell ist ein Thema. Das Personal ist bereits sensibilisiert. Insofern sind viele dieser Dinge, die Sie gefordert haben, weiterhin in der Bearbeitung.

Andere Punkte sind ungeklärt, über die ich Sie bitte, intensiver im Innenausschuss zu diskutieren. Sie fordern eine niedrigschwellige Beschwerdestelle. Da wüsste ich gern, was Sie unter niedrigschwellig verstehen, da es Beschwerdemaßnahmen, Beschwerdestellen gibt. Was ist denn noch niedrigschwelliger, als wenn man solche Vorgänge in den Unterkünften selbst melden kann, wenn man es mit den Sozialarbeitern besprechen kann, wenn das weitergeführt wird? Das ist eine offene Frage.

Die Ausnahmen von der Residenzpflicht: Es gibt Ausnahmen von der Residenzpflicht; das können wir gern im Innenausschuss weiter besprechen. In besonderen Ausnahmefällen, nicht nur bei den minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen, werden diese Maßnahmen ergriffen, wenn es in den Unterkünften nicht klappen sollte. Ich bitte Sie, darüber nachzudenken. Sie hatten es in Ihrer Rede erwähnt, ich halte es aber für nicht besonders glaubwürdig angesichts dieses Antrags. Zur Integration gehört nicht, vorher bei den Flüchtlingen Ethnie und Religion zu erfassen, besondere Schutzbedürfnisse vermeintlich festzustellen und sie schon allein aufgrund dieser Kriterien getrennt unterzubringen. Ich glaube, das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Das wollen wir ausdrücklich nicht. Ich weiß auch nicht – das ist meine letzte Frage in diesem Zusammenhang –, wie Sie auf die Forderung kommen, dass in jeder ZEA 50 Plätze vorzusehen seien, die den besonderen Schutz von diskriminierten Flüchtlingen im Ausnahmefall gewährleisten können. Wenn Sie sich über die Neubaumaßnahmen gerade in der zentralen Anlaufstelle in Rahlstedt informiert haben, wissen Sie, dass es dort besondere Unterbringungsmöglichkeiten gibt. Wir gehen nicht davon aus, dass wir das aufgrund der Ethnie, der Religion von vornherein festlegen und vorweg schon etwas in die Flüchtlinge hineininterpretieren können, was in diesem Land ausdrücklich keine Rolle spielen sollte. Die Religion ist Privatsache. Es soll ja – in Führungsstrichen – gelernt werden, dass wir den Schutzstatus zur Verfügung stellen, wo Religion, Ethnie und diese ganzen Geschichten keine Rolle bei der Betätigung der Menschen in den Unterkünften und nachher in Staat und Gesellschaft spielen. Insofern weiß ich nicht, ob eine Vorwegnahme dieser Entscheidung mit Ihrem Antrag sinnvoll ist. Wir können das gern im Innenausschuss weiter diskutieren, und deswegen werden wir einer Überweisung zustimmen.

(Beifall bei der SPD und bei *Jens Meyer FDP*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Wysocki. – Das Wort hat Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion.

Antje Möller GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Prien, ich finde gar nicht, dass das so ein schwieriges Thema ist. Sie haben Ihre Rede damit eingeleitet, dass es ein schwieriges Thema sei. Ich sehe auch keine Scheuklappen, jedenfalls nicht bei denjenigen, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, nämlich dem Schutz von Minderheiten, dem Schutz von besonders Schutzbedürftigen unter den hierher Geflüchteten. Die grundsätzliche Aufgabe liegt genau darin, Schutz zu gewähren für Minderheiten, für Schutzbedürftige, die extra definiert sind, aber auch aufgrund einer bestimmten Situation schlicht und einfach einer besonderen Fürsorge bedürfen. Das ist in großen Einrichtungen schwierig. Das ist schwierig, wenn die Verständigung sprachlich schwierig ist, aber es bleibt die Hauptaufgabe in den Erstversorgungseinrichtungen. Ich glaube, dass dort schon viel passiert. Sie haben darauf hingewiesen, dass wir uns zum Beispiel mit dem Thema des besonderen Schutzes für Frauen und Mädchen in Bezug auf gewalttätige Übergriffe auseinandergesetzt haben. Wir haben uns auch über das Thema besonderer Schutz aufgrund einer sexuellen Orientierung auseinandergesetzt. Genau solche Kriterien können Schutzbedürftigkeit nach sich ziehen wie eine bestimmte Religion. Deshalb gelten für alle Ansätze, Minderheiten besonders zu

(Antje Möller)

schützen, dieselben Regelungen. Wir müssen uns darauf verlassen können, dass die Zuständigen in den Einrichtungen sich mindestens mit der entsprechenden interkulturellen Kompetenz gegenüber den hierher Geflüchteten bewegen. Wir brauchen ein klares Regelwerk. Wir brauchen zum Beispiel die Hinweise auf Religionsfreiheit, aber auch auf das Recht der eigenen sexuellen Orientierung. Sie haben Ihren Antrag immer weiter ausgeweitet. Worüber wir aber tatsächlich in einen politischen Streit mit Ihnen gehen würden, ist der Punkt, den Herr Wysocki eben benannt hat, nämlich das Thema Registrierung nach Ethnie und Religion. Wir wissen auch nicht, welcher Religion die Kolleginnen und Kollegen in diesem Parlament angehören.

(David Erkalp CDU: Die greifen sich auch nicht an!)

Das ist auch nichts, was man wissen muss, um den Regelungen unseres Grundgesetzes zu folgen – Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Es gibt nicht nur eine juristische, sondern auch eine gesellschaftliche Begründung. Wenn Sie bestimmte Merkmale bestimmten Menschen zuordnen und sie damit in eine Gruppe einreihen, entstehen neue Diskriminierungsmöglichkeiten. Genau diese muss man vermeiden, denn nicht jeder Christ oder nicht jeder, der sich als homosexuell outet, ist somit schutzbedürftig. Oder anders herum, nehmen wir die innenpolitische Debatte: Nicht jeder, der aus Marokko kommt ... – Sie wissen, was ich meine. Dieses Eingruppieren von Menschen, dieses Suchen nach einer bestimmten Zugehörigkeit, um Diskriminierung besser begegnen zu können, ist bewiesenermaßen – und die Antidiskriminierungsarbeit hat ja in unserer Gesellschaft schon eine lange Geschichte – ein Instrument, das fehlläuft.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das wollen wir auch hier berücksichtigt sehen. Es ist kein schwieriges Thema, sondern eines, das man mit all seinen Facetten diskutieren muss. Aber die Frage nach der besonderen Diskriminierung aufgrund einer anderen Religionszugehörigkeit stellt sich vielfältig dar. Ich habe mit einer Gruppe von eritreischen Christen gesprochen, also Protestanten, die von eritreischen Freikirchenanhängern und -anhängerinnen drangsaliert werden. Das ist alles ein vielfältiges Thema. Deswegen finde ich, dass der Betreff in Ihrem Antrag fehlläuft.

Wir werden sicherlich weiter über den Punkt 1 streiten. Die Maßnahmen, die Sie aufgezählt haben, sind zum großen Teil akzeptabel. Was nicht geht, ist, die Residenzpflicht aufzuheben, weil jemand Christ oder Christin sei. Das wäre eine neue, wiederum eine andere Form der Diskriminierung.

So kann man das nicht diskutieren. Sie meinen es vielleicht anders, aber da können wir im Ausschuss weiterreden.

Ich glaube, die gesellschaftliche Diskussion insgesamt ist schon an einer anderen Stelle. Sie haben Herrn Kauder zitiert – ich hätte ihn auch zitieren wollen –, der sehr davor gewarnt hat, den Weg zu gehen, dass man Menschen mit unterschiedlichen Religionen trennt, so wie auch die katholischen Bischöfe und auch viele evangelische das machen, die nämlich eher sagen, man müsse miteinander über die verschiedenen Religionen reden. Wenn das den Menschen unbequem ist, weil sie es nicht gewohnt sind, müsse man es vorleben. In Hamburg haben wir dafür ein gutes Pflaster aufgrund der vielfältigen Erfahrungen mit interreligiöser Zusammenarbeit, mit der SCHURA, mit den verschiedenen Religionen und den Aleviten und so weiter. Da sind wir auf einem Weg, den man sicherlich weiter öffnen muss für diejenigen, die hierher geflüchtet sind. Man muss sie in diese Diskussion mit hineinnehmen. Wir können noch einmal ausführlicher diskutieren, welche Instrumente man sich dazu überlegen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Möller. – Das Wort hat Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es gut, dass der Antrag an den Ausschuss überwiesen wird, denn tatsächlich – das ist in der Debatte deutlich geworden – sind etliche Fragen ungeklärt und können im Ausschuss sachlich besprochen und vielleicht aufgeklärt werden.

Es soll nicht bestritten werden, dass Beleidigungen gegen und Übergriffe auf Christen und Angehörige religiöser Minderheiten vorkommen. Ich glaube, daran besteht kein Zweifel, dass so etwas vorkommt. Das betrifft nicht nur religiöse Minderheiten. Es gibt auch Übergriffe auf andere Minderheiten. Aber die Zahl solcher Übergriffe, Beleidigungen und anderer Formen von Diskriminierung ist durchaus strittig. Ich hatte den Eindruck bei Ihrem Antrag, dass Sie eher von einer größeren Zahl ausgehen; das haben Sie in der Rede etwas relativiert. Es kann durchaus bezweifelt werden, dass es eine größere Zahl gibt. Das ist bei dem von Ihnen erwähnten Fachgespräch der CDU/CSU im Bundestag bestritten worden. Während dort zum Beispiel ein freikirchlicher Pastor aus Berlin, der nach eigener Auskunft jede Woche zahlreiche Taufen von Geflüchteten vornimmt, von einem großen Ausmaß an Gewalt und Diskriminierung in den Unterkünften sprach, betonte der Berliner Erzbischof Heiner Koch, dass es sich nicht um ein Massenphänomen handelt. Ich bin nicht sicher, ob Vertre-

(Christiane Schneider)

ter von Freikirchen – man kriegt das auch aus anderen Bundesländern mit – dabei nicht ab und zu ein Eigeninteresse haben.

Entsprechend strittig sind auch die Vorschläge – das ist deutlich geworden –, welche Gegenmaßnahmen ergriffen werden sollen beziehungsweise notwendig sind. Interessanterweise ist ein Punkt nicht angesprochen worden, den ich jetzt aber ansprechen will und der auch in dem CDU/CSU-Fachgespräch angesprochen wurde. Alle dort anwesenden Experten sprachen sich vor allem für eine Abkehr von Massenunterkünften in der Erstaufnahme aus. Je größer die Unterkunft und je geringer die Privatsphäre, umso größer die Wahrscheinlichkeit von Konflikten. Das sagten zum Beispiel so unterschiedliche Experten wie der Vertreter des Berliner Landeskriminalamts und der der AWO. Wenn ich sehe, wie viele Menschen hier noch in Baumärkten oder in Zelten leben – das sind eine ganze Menge, 16 Menschen in einem Zelt, 16 Menschen in Jenfeld in Holzhütten, wo es keinerlei Rückzugsmöglichkeiten, keinerlei Privatsphäre gibt –, dann muss das so schnell wie möglich geändert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie die anderen Fraktionen sehen wir den ersten Punkt Ihres Ersuchens, bei der Registrierung der Flüchtlinge zu erfassen, welcher Ethnie und welcher Religion diese angehören, sehr kritisch. Ich habe tatsächlich eine Zeit lang darüber nachgedacht, weil ich weiß, dass zum Beispiel nach den völkermordähnlichen Übergriffen auf Jesiden durch den IS die geflüchteten Jesiden sehr starke Angst haben, da natürlich Flüchtlinge von allen Seiten des Konflikts hierher kommen. Es sind ja nicht alle Flüchtlinge nur Opfer; manche sind Opfer und Täter. Da gab es Ängste. Und ich habe darüber nachgedacht, ob das nicht eine Lösung sein kann. Aber ich bin zu der Überzeugung gekommen, dass man ganz entschieden dagegen sein muss. Soll denn wirklich nicht nur die Staatsbürgerschaft erfasst werden, sondern auch die Ethnie? Sie wissen vielleicht nicht, wie umstritten der Begriff Ethnie ist, da er Zuschreibungen enthält, da er Grenzziehungen vornimmt und sich zur Stigmatisierung eignet, ...

(Dr. Bernd Baumann AfD: Ist überhaupt nicht umstritten! Worüber reden Sie denn?)

– Dann gucken Sie sich einmal in der Wissenschaft um. Aber das ist ja nicht Ihr Gebiet.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Es gibt nur eine Wissenschaft. Es gibt unterschiedliche Theorien, aber die Wissenschaft ist tatsächlich eine Wissenschaft. Gucken Sie einfach einmal nach.

Auch ist der Begriff Ethnie umstritten, da er oft gleichbedeutend mit dem völlig zu Recht in Verruf

gekommenen Begriff der Rasse verwendet wird. Ganz im Ernst, Frau Prien: Können Sie sich vorstellen, dass man Roma erfasst? Können Sie sich das in einem Land wie Deutschland vorstellen? Ich unterstelle Ihnen nicht, dass Sie etwas in dieser Richtung wollen. Es gab bis in die Achtzigerjahre die Landfahrerkartei. Den Gedanken finde ich wirklich schrecklich, und es verbietet sich für mich, dass man Ethnie erfasst.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und der SPD)

Die Erfassung von Religion – das ist mehrfach gesagt worden – ist in einem Land, in dem die Religionsfreiheit gilt, kaum weniger problematisch. Haben Sie sich einmal Gedanken darüber gemacht, was man mit dieser großen Flut von Daten, die dann entstehen – man weiß über die Menschen damit schon relativ viel –, eigentlich anfangen will? Ich will Ihnen wirklich keine böse Absicht unterstellen, aber ich halte das für einen unüberlegten Schnellschuss.

Anderen Ihrer Vorschläge stehen wir aufgeschlossener gegenüber. Ich weiß nicht, ob alles, was Sie wollen, schon umgesetzt oder auf dem Weg ist; das können wir gern im Innenausschuss diskutieren. An dieser Diskussion werden wir uns beteiligen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Schneider. – Das Wort hat Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Kollegen der Union haben ein richtiges und wichtiges Thema aufgegriffen. Es gibt verschiedenste Formen der Diskriminierung unter den Schutzsuchenden. Darüber wird viel berichtet, und es ist wichtig, dass wir konsequent an Problemlösungen arbeiten, denn ein Rechtsstaat darf nicht tolerieren, was dort teilweise passiert. Natürlich unterstützen wir Freie Demokraten das Anliegen, Minderheiten unter den Flüchtlingen zu schützen. Wo Gewalt angedroht oder ausgeübt wird, wo Diskriminierung gegenwärtig ist, muss der Staat konsequent durchgreifen. Aber gleichzeitig ist klar, dass die Ursachen hierfür analysiert und bekämpft werden müssen, um nachhaltig Abhilfe zu schaffen. Die Diskriminierung von Christen und anderen Minderheiten in Flüchtlingsunterkünften ist bekanntlich darauf zurückzuführen, dass Schutz suchende Menschen teilweise Vorstellungen und Überzeugungen mitbringen, die mit unserer Werteordnung und unserem Grundgesetz nicht vereinbar sind. Der erste und sicherlich schwierigere, aber durchaus bedeutendere Schritt ist ein nationaler Angang dieses Problems, ohne es kleinzureden. Die Problemlö-

(Jennyfer Dutschke)

sung muss weitergehen, als durch die bloße Herausgabe eines einseitigen Flyers mit bunten Bildern – wie jüngst im Innenausschuss präsentiert – ein Umdenken zu erwarten.

(Beifall bei der FDP und bei *Karin Prien CDU* – *Kazim Abaci SPD*: Das ist Quatsch, was Sie da erzählen!)

Die Separation von Religionsanhängern und Ethnien verlagert die Nichtakzeptanz unserer Werteordnung jedoch nur auf eine andere Ebene und signalisiert Gewaltbereiten und Diskriminierenden, dass ihre Befindlichkeiten gegen andere Menschen von uns toleriert werden. Das ist nicht der richtige Weg. Deshalb bin ich, Frau Prien, auch dankbar, dass Sie ausdrücklich klargestellt haben, dass das nicht die Intention ist.

Aber zum ersten Petitem: Die Gleichbehandlung von Menschen jeglicher Abstammung, Herkunft und Religion wird vom Grundgesetz geschützt. Wir haben das schon gehört in der Debatte. In Deutschland gilt auch das Recht des Einzelnen, seine religiösen Überzeugungen für sich zu behalten. Wir haben daher Bedenken, einer regelhaften Erfassung dieser Merkmale, wie im Petitem gefordert, zuzustimmen. Diese Erfassung dürfte maximal auf Freiwilligkeit basieren.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD und der CDU)

Eingehen will ich auch noch auf die im vierten Petitem geforderte Beschwerdestelle. Selbstverständlich müssen Flüchtlinge die Möglichkeit haben, Gewaltvorfälle, Diskriminierung und andere Missstände und Schwierigkeiten zu melden. Es sollte jedoch ausreichen, wenn Mitarbeiter der Einrichtungen Beschwerden entgegennehmen und entsprechende Schritte in die Wege leiten, um dem Problem des Einzelnen abzuhelpen. Eine institutionalisierte Beschwerdestelle ist dazu aus unserer Sicht nicht erforderlich. Wir werden diesen beiden Punkten daher nicht zustimmen, auch wenn wir den Antrag und sein Anliegen ansonsten unterstützen.

Frau Schneider hat auf die Größe der Unterkünfte hingewiesen. Ich möchte an dieser Stelle nur anmerken, dass unsere Auswertung im Zusammenhang mit den sexuellen Übergriffen auf Frauen und Kinder in Flüchtlingsunterkünften gezeigt hat, dass tatsächlich 85 Prozent der Vorfälle in Einrichtungen passierten, in denen mehr als 500 Personen untergebracht beziehungsweise mehr als 500 Plätze vorhanden sind. Das ist ein Problem. Bitte gehen Sie das an. Wir haben dazu morgen noch eine Aktuelle Stunde. Es gehört dazu, und ich finde es wichtig, dass wir Lösungen finden, die für alle Beteiligten tragbar sind.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden dem Überweisungsbegehren zustimmen und freuen uns auf gute Beratungen im Innenausschuss. – Danke.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Dutschke. – Das Wort hat Herr Professor Kruse von der AfD-Fraktion.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Menschen, die zu uns kommen, haben drei wesentliche Merkmale. Erstens sind sie leider nicht gut ausgebildet oder Akademiker, sondern meistens sehr einfach Strukturierte,

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Was ist denn das für ein Wort? Das ist eine Diskriminierung!)

was ein erhebliches Problem für die Integration ist. Das zweite Problem ist, dass die meisten Männer sind, und zwar in einem bestimmten Alter, in dem die Männlichkeit eine besondere Rolle spielt. Drittens sind die meisten von ihnen Muslime. Vor diesem Hintergrund kann man konstatieren, dass Deutschland und damit auch Hamburg gegenwärtig mit einer Migration konfrontiert ist, die im Kern von gleichermaßen ungebildeten wie jungen Männern getragen wird, die mehrheitlich eine muslimische Sozialisation erfahren haben.

(*Martin Dolzer DIE LINKE*: Jetzt reicht's aber mal hier! – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Möller?

Dr. Jörn Kruse AfD (fortfahrend):* Ich möchte dies gern zu Ende bringen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Oder besser nicht! Sie können Ihr Trauma woanders ausleben!)

Dem aktuellen Flüchtlings-Monitoring zufolge stammen die meisten dieser Menschen aus dem Nahen Osten, Afghanistan sowie den muslimischen Staaten Afrikas. Sie kommen damit aus Regionen zu uns, die geprägt sind von gewaltsam ausgetragenen religiösen Konflikten, wozu nicht selten auch die Diskriminierung und Unterdrückung von Christen und anderen religiösen Minderheiten zählen. Obwohl wir seit geraumer Zeit wissen, dass solche Konflikte nicht etwa in den Herkunftsländern verbleiben, sondern vielmehr durch die Migranten zu uns mitgebracht und hier ausgetragen werden, hat der Senat lange Zeit dieses Problem der religiös motivierten Gewalt ignoriert.

(Beifall bei der AfD)

(Dr. Jörn Kruse)

Ich habe eine längere Liste von einzelnen Fällen, die ich aber nicht auflisten möchte, um es kurz zu machen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das könnte man ja auch nachprüfen!)

– Ich gebe Ihnen den Text gern, und dann können wir im Detail darüber reden.

Mir kommt es auf folgende Botschaft an: Ich gehöre zu den Menschen, die den Staat strikt religionsfrei im öffentlichen Raum sehen möchten. Ich bin für eine säkulare Gesellschaft und wünsche mir, dass alle, die hier leben oder zu uns kommen, das genauso sehen und praktizieren. Religion ist für mich Privatsache und sollte das bleiben.

(Beifall bei der AfD)

Aber es gibt Religionen, die das nicht als Privatsache für sich betrachten, sondern die Forderungen an den Staat, an andere, nicht selten in intoleranter und gewalttätiger Form stellen. Das sind die Dinge, die wir bekämpfen müssen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das ist völlig unverschämte!)

Wenn wir das akzeptieren – und ich hoffe, alle von Ihnen tun das –, dann muss man auch akzeptieren, dass man diese Religionen und Ethnien auch erfasst.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Güçlü?

Dr. Jörn Kruse AfD (fortfahrend):* Nein, im Augenblick bitte nicht.

Der Senat und, ich glaube sogar, die Mehrheit hier – Herr Wysocki war ein Beispiel dafür – verdrängen das Problem aus vermeintlichem Gutmenschentum.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Sie sind das Problem!)

Dieses Problem kann man nicht verdrängen, wenn man dafür eine Lösung finden will.

(Beifall bei der AfD)

Von einzelnen Muslimen – ich sage: einzelnen, nicht allen, nicht einmal der Mehrheit, aber von einzelnen Muslimen – geht eine aktuelle akute Bedrohung physischer und psychischer Art auf Andersgläubige oder nicht Gläubige aus. Diesem Phänomen müssen wir uns stellen und daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei der AfD – Martin Dolzer DIE LINKE: Das ist unerträglich!)

Die AfD und ich persönlich sind fest davon überzeugt, dass es unsere und die Pflicht des Staats ist, alle Menschen vor dem religiösen Hass bestimmter Religionen, insbesondere der muslimischen, zu schützen.

(Beifall bei der AfD – Martin Dolzer DIE LINKE: Das reicht jetzt mal! Das ist Volksverhetzung! Das ist unglaublich! – Christiane Schneider DIE LINKE: Hetzer!)

In dem Augenblick, in dem Sie versuchen, die Unterschiede zu ignorieren, verstellen Sie von vornherein den Weg zu einer Lösung. Deshalb stimmen wir von der AfD dem Antrag der CDU ohne Einschränkung zu. – Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Der Ältestenrat wurde einberufen. Ich unterbreche die Sitzung.

(Beifall bei der LINKEN)

Unterbrechung: 18.28 Uhr

Wiederbeginn: 19.11 Uhr

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie wieder Platz. Wir wollen die Sitzung fortführen. Diejenigen von Ihnen, die der Debatte nicht folgen wollen, mögen bitte den Raum verlassen oder zumindest ruhig sein.

Die Debatte ist wieder eröffnet. – Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Herr Dr. Flocken für fünf Minuten.

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Volksvertreter! Die Katze lässt das Mäusen nicht, und der Faschist verfolgt Andersdenkende. Es gibt alte und kranke Katzen,

(Dr. Monika Schaal SPD: Sind Sie Tierarzt?)

es gibt satte und faule Kater, die nicht jagen. Auch nicht jeder Faschist ist aggressiv, gefährlich. Sie können Ihren Stubentiger einsperren, die Meisenknödel katzensicher aufhängen, aber eine Predigt nach Art des Heiligen Franziskus lehrt eine Katze nicht, sich am vegetarischen Gedanken moralisch emporzuranken. Auch mit Strafen können Sie eine Katze nicht erziehen, Frau Prien. Faschisten werden nicht durch Ermahnungen und kaum durch Strafen gezähmt.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich bitte Sie zum einen, zum Thema zu kommen, und zum anderen,

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

an den parlamentarischen Sprachgebrauch zu denken. Denken Sie bitte auch daran: Auch Zitate müssen dem parlamentarischen Sprachgebrauch entsprechen.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Oder über Hagenbeck sprechen!)

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos (fortfahrend):* Frau Prien, Sie können in unserem Land viele kleine Schutzzonen für vom Faschismus Verfolgte einrichten, für Frauen, für Christen, für Kinder, für Juden, für Schwule, für sonst wen. Eigentlich könnten Sie auch einfach einen großen Schutzraum für alle Nichtfaschisten einrichten. Denn Frauen und Schwule und auch Christen und Juden vertragen sich ja normalerweise; Sie müssten nur die Faschisten aussperren. Dann würden Sie aber zugeben, dass der Faschismus ein besonderes Gewaltproblem hat.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Schneider?

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos:* Ja, gern.

Zwischenfrage von Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Abgeordneter, Sie haben schon einmal eine Rede gehalten, in der Sie Faschisten pauschal mit Muslimen gleichgesetzt haben. Ich möchte Sie im Zusammenhang mit dieser Debatte fragen: Was meinen Sie mit Faschisten? Sie reden über irgendetwas, Sie reden nicht zum Thema, und ich frage Sie: Was meinen Sie?

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos (fortfahrend):* Frau Schneider, ich habe nie in meinem Leben Muslime und Faschisten pauschal gleichgesetzt. Wenn Sie meinen, der Mohammedanismus sei eine totalitäre, intolerante, faschistische Politideologie, der seine Anhänger dumm, aggressiv und arm macht und die Regionen, in denen er herrscht, ins Elend, in den Wahnsinn und ins Chaos stürzt: Das würde ich so nie sagen, das sollten Sie so nie sagen, ganz bestimmt nicht.

(Gerhard Lein SPD: Das hat ja auch keiner gefragt! – Zurufe von der LINKEN – Glocke)

Nein, das sollte man so nicht sagen.

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Moment. Sie können den parlamentarischen Sprachgebrauch auch dadurch verletzen, dass Sie Zitate aneinanderreihen und am Ende dann sagen, das stimme nicht.

Ich bitte Sie, die Würde des Parlaments auch insofern zu achten.

(Hansjörg Schmidt SPD: Das macht er sowieso ja nie!)

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos (fortfahrend):* – Gut.

Frau Prien, bedenken Sie bitte, welche Botschaft Sie mit diesen Schutzzonen aussenden. Sie sagen damit, der Großteil unseres Landes sei bereits verloren. Sie geben zu, dass Schwimmbäder nicht mehr Orte der Entspannung sein können, dass Bahnhöfe, Straßen und Plätze Angsträume geworden sind.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das geht doch jetzt gar nicht! Er verdreht doch alles!)

Sie signalisieren den orientalischen Christen, die zu uns kommen wollen, dass Deutschland kein Schutzraum für sie sei, dass es in Deutschland nur noch ein paar Verstecke für sie gebe.

Frau Prien, schämen Sie sich für Ihr Schweigen, als vor zweieinhalb Jahren Jugendliche um eine brennende Kirche tanzten, Freudentänze aufführten. Auch Herrn Dressel, Ihrem Parteivorsitzenden,

(Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Was ist denn das für ein Scheiß!)

in dessen Wahlkreis das passierte, war das egal. Derselbe Gabriel war aber sofort zur Stelle, als wenige Wochen später in Leipzig, wo die Ahmadiyya ein Haus errichten wollen, ein Schweinekopf abgelegt wurde. Was ist schon eine brennende Kirche gegen einen abgelegten Schweinekopf? Das ist Ihrer Meinung nach doch wirklich zu vernachlässigen, oder?

(Zuruf von Jörg Hamann CDU)

Glauben Sie mir, auch die Faschisten verstehen diese Symbolik.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Zum Thema!)

Sie verstehen, dass es nicht Dummheit ist, sondern Feigheit, die solch ein Verhalten hervorbringt. Sie sagen, wir wollen Schrecken in die Herzen der Nichtfaschisten werfen, und der Terror macht Ihnen diese Angst, Frau Prien, weshalb Sie so rumschreien mussten, ob Sie das überhaupt ansprechen wollen. Der Terror macht Feigheit. Die Feigheit gehorcht dem faschistischen Jammer, den Fachkräften im Beleidigtsein und Fordern. Die Faschisten merken, dass ein solcher Antrag ihre Herrschaft nicht ernstlich bedrohen würde.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Worüber reden Sie eigentlich?)

Faschisten verstehen nur die Sprache von Männern wie Putin, Orbán oder Wilders. – Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Gibt es noch Wortmeldungen? – Nein. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte zunächst die Drucksache 21/3712 an den Innenausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Wer möchte die Drucksache darüber hinaus mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 17, Drucksache 21/3732, Bericht des Ausschusses für Umwelt und Energie: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 15. Dezember 2014: "Hamburg 2020 – Natur bewahren! Pflege der Hamburger Naturschutzgebiete intensivieren".

[Bericht des Ausschusses für Umwelt und Energie über die Drucksache 21/2436: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 15. Dezember 2014 "Hamburg 2020 – Natur bewahren! Pflege der Hamburger Naturschutzgebiete intensivieren" (Drucksache 20/13958) (Senatsmitteilung) – Drs 21/3732 –]

Die Fraktionen haben beschlossen, diese Debatte zu streichen.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 21/3732 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt 31, die Drucksache 21/3822, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Das muss drin sein. Kosten der Unterkunft für Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen nach SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz an den Hamburger Wohnungsmarkt anpassen.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Das muss drin sein. Kosten der Unterkunft für Leistungsempfänger/-innen nach SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz an den Hamburger Wohnungsmarkt anpassen – Drs 21/3822 –]

Die Fraktion DIE LINKE möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Frau Hannemann von der Fraktion DIE LINKE bittet um das Wort und hat es.

Inge Hannemann DIE LINKE: Sehr verehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stellen heute den Antrag auf Anpassung der Kosten der Unterkunft für Sozialleistungsempfängerinnen und -empfänger am Hamburger Wohnungsmarkt. Seit dem 1. März 2016 gelten neue Miethöchstgrenzen, angelehnt an den Mietspiegel von 2015.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Wenn man das umrechnet, liegt der Quadratmeterpreis, den eine Wohnung maximal kosten darf, zwischen 6,89 Euro und 7,74 Euro, je nach Haushaltsgröße. Laut BASFI entspricht das einer Erhöhung der Höchstwerte von 22,50 Euro bis 116,63 Euro gegenüber 2014. Das klingt erst einmal gut, ist aber nicht gut.

Das SGB II – für die Hartz-IV-Empfänger, zur Erläuterung für diejenigen, die den anderen Begriff noch nicht kennen – und das SGB XII – das ist die Grundsicherung – sehen für die Leistungsberechtigten die Übernahme der tatsächlichen Miet- und Heizkosten als existenzsichernde Leistungen vor, soweit sie angemessen sind. Träger dieser Leistungen sind entweder die Städte oder die Kreise. Sie bestimmen in eigener Zuständigkeit die in ihrem Gebiet angemessenen Kosten. Das gilt sowohl für SGB II als auch für SGB XII, sofern nicht im Rahmen nach SGB XII im Alter und bei Erwerbsminderung der Bund nach SGB XII das Kapitel erbringt. Dort haben wir die einzige Ausnahme.

Kommen wir zum kritischen Punkt: Das klingt so weit noch angenehm bürokratisch. Bis heute ist die rechtssichere Ausgestaltung der kommunalen Richtlinien beziehungsweise Verwaltungsanweisungen in diesem Bereich allerdings schwierig und konfliktreich. Das zeigt schon die Masse an Klagen und Widersprüchen im Bereich SGB II, aber auch SGB XII. Wenn man bedenkt, dass in beiden Bereichen jede vierte Klage gewinnt, dann zeigt das nichts mehr als eine große Rechtsunsicherheit wie auch ein entsprechendes falsches Agieren in den Jobcentern oder in den Grundsicherungsämtern.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein wichtiger Punkt bei den Widersprüchen wie auch bei den Klagen ist die Frage nach dem schlüssigen Konzept. Das SGB II, aber auch das SGB XII, unterlässt es leider bis heute, die Angemessenheit zu konkretisieren. Vielmehr weist es sogar darauf hin, dass Hamburg diese durch eine Satzung bestimmen kann. Das ist übrigens eine der wenigen Ausnahmen mit der Stadt Hamburg.

Das ist – das weiß ich aus eigener Erfahrung, wenn ich mir all die Widersprüche und Klagen ansehe – der Freibrief dafür, dass Hamburg die Höchstgrenze nach eigenem Gutdünken festlegen kann und dies leider auch tut. Auch wenn das Bundessozialgericht bis heute ein schlüssiges Konzept

(Inge Hannemann)

verlangt, ist der Senat nicht willig und wohl auch nicht in der Lage, solch ein Konzept vorzulegen. Sowohl auf Schriftliche Kleine Anfragen unserer Partei als auch auf Anfragen nach dem Transparenzgesetz als auch auf Wunsch von Leistungsberechtigten, wenn sie eine Kostensenkungsaufforderung bekommen, verweigert der Senat die Herausgabe des schlüssigen Konzepts.

Zum Teil sind 3 Euro der Grund, warum Menschen ausziehen müssen. Menschen müssen ausziehen, wenn die Höchstgrenze um 3 Euro überschritten wird. Das ist wirklich lächerlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Allerdings wundert es mich, wenn ich im Sozialgericht oder im Jobcenter mitbekomme – gerade solche Fälle begleite ich bereits seit fünf Jahren –, dass die Jobcenter plötzlich einlenken, wenn die Betroffenen das schlüssige Konzept fordern und anfangen, mit einer Klage zu drohen, dass durch die Befassung des Sozialgerichts das schlüssige Konzept herausgerückt werden muss. Auf einmal lenken die Jobcenter ein. Da frage ich mich wirklich, was dahintersteckt. Warum lenken die Jobcenter plötzlich ein, bevor sie das schlüssige Konzept herausrücken? Irgendetwas kann da nicht stimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Richtig ist, wenn der Senat in seiner Fachanweisung zu den Mietkosten auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts verweist. Das ist korrekt, das muss er auch, aber mehr verrät er leider nicht. Er bezieht sich immer nur darauf, dass es ein Konzept gebe, aber nicht, wo und durch wen. Ich frage mich, warum die Betroffenen für dumm verkauft werden. Das akzeptieren wir definitiv nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Aus diesem Grund fordern wir, das Konzept endlich offenzulegen, damit die Menschen einen Rechtsanspruch erlangen. Wenn die Menschen nicht wissen, wie die Miete berechnet ist, wie sie angesetzt ist, wie sie sich kommunal auf die verschiedenen Gebiete verteilt, worauf sollen sie dann klagen, worauf sollen sie ihre Begründungen vor Gericht oder in den Widersprüchen setzen? Das funktioniert nicht. Das heißt, der Senat tut nichts anderes, als diesen Menschen den Rechtsanspruch komplett zu entziehen, und das ist absolut undemokratisch und rechtswidrig.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zu dem Punkt der geringen Übernahmen der Mietkosten. Wir fordern eine Anpassung an den Mietspiegel. Wenn eine Wohnung maximal 7,74 Euro pro Quadratmeter kosten darf, dann frage ich Sie ernsthaft: Wo gibt es diese Wohnungen?

(Jens-Peter Schwieger SPD: Bei den Genossenschaften!)

Wir haben den Bedarf eben nicht. Das betrifft nicht nur Sozialleistungsempfängerinnen oder -empfänger, sondern auch die Geflüchteten und Menschen, die sehr prekär verdienen und entsprechend arbeiten.

Der Senat vergisst, dass zwar dieses Jahr 2 000 Sozialwohnungen gebaut werden sollen, dies aber gleichzeitig nicht den Wegfall vorhandener Sozialwohnungen aufwiegt. Es fallen inzwischen jährlich mehr Wohnungen aus der Bindung heraus, als der Zubau kompensiert. Gleichzeitig steigt der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum auf dem ersten Förderweg. Selbst wenn ich den großzügigen 10-Prozent-Aufschlag für teurere Wohngegenden nach der Fachanweisung Paragraph 22 SGB II berechne, um die sozialverträgliche Mischung in den Stadtteilen zu erreichen, ist dies nicht ausreichend.

Rund 38 Prozent aller Hamburger Haushalte haben durch ihr geringes Einkommen einen Anspruch auf eine geförderte Wohnung. Ich spreche von 382 000 Haushalten. Dem gegenüber stehen derzeit nur noch knapp 88 000 Sozialwohnungen, Tendenz sinkend. Das heißt, rund 294 000 Haushalte haben Wohnungen, die sie sich eigentlich nicht leisten können. Es gibt eine Möbelkette, die fragt: Lebst du schon oder wohnst du noch? Beides scheint in Hamburg nicht möglich zu sein.

(Dirk Kienscherf SPD: Blödsinn!)

Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie jetzt auf den Drittmix verweisen: Ich kann es langsam nicht mehr hören, denn der Drittmix an Sozialwohnungen ist völlig unzureichend.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn jetzt nur noch ein Fünftel der Neubauwohnungen öffentlich gefördert wird, wird Wohnen für immer mehr Menschen unbezahlbar.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch auch Blödsinn! Was erzählen Sie für einen Mist!)

Für viele ist es das schon. Das belegen auch die hohen Zahlen der Menschen ohne festen Wohnsitz. Aus diesem Grund fordern wir, die Fachanweisung für wohnungslose Menschen bereits ab dem ersten Tag der Obdachlosigkeit oder drohenden Obdachlosigkeit von 15 Prozent auf 30 Prozent zu erhöhen, um dieser einen Riegel vorzuschieben.

(Beifall bei der LINKEN)

Weiterhin fordern wir, die Höchstwerte für Mietkosten für die Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an die Mietentwicklung zu koppeln.

(Inge Hannemann)

Die Gettoisierung von Menschen mit geringem Einkommen muss gestoppt werden,

(Dirk Kienschurf SPD: Jetzt fangen Sie auch schon damit an!)

unter anderem auch, um den sozialen Frieden zu gewährleisten. Es geht um Menschen,

(Dirk Kienschurf SPD: Das ist ja fast schon so wie bei der AfD! – Gegenruf von Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Vorsicht! Vorsicht!)

denen das Grundrecht auf Wohnen nicht verwehrt werden darf. Es geht um ein Grundrecht, um ein Wohnrecht.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Abgeordnete, einen Moment bitte. – Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie insgesamt bei den Zwischenrufen und die Rednerin bei ihrer Rede auf den parlamentarischen Sprachgebrauch hinweisen. – Bitte fahren Sie fort.

Inge Hannemann DIE LINKE (fortfahrend): Es geht um ein Grundrecht auf Wohnen, um nicht mehr, aber auch um nicht weniger. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Bekeris von der SPD-Fraktion.

Ksenija Bekeris SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Im Antrag wird zu Recht festgestellt, dass das schlüssige Konzept zur Berechnung identisch ist mit dem qualifizierten Mietenspiegel, der in Hamburg alle zwei Jahre erstellt wird. Nun fordert der Antrag, dass das Verfahren und die beauftragten Ersteller offengelegt werden sollen. Wenn ich im Internet die Seite www.hamburg.de/mietenspiegel aufrufe, kann ich dort eine umfassende Broschüre von 26 Seiten öffnen, in der mir dies ziemlich genau erklärt wird. Dort lässt sich zum Beispiel nachlesen, dass unter anderem der Hamburger Mieterverein, der Verein Mieter helfen Mietern und die ÖRA am Erstellen beteiligt sind. Das sind in meiner Wahrnehmung ziemlich unabhängige und auch kritische Betrachter des Ganzen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD)

Es ist also weder geheim noch intransparent, wie dies erstellt wird. Das hat Ihnen der Senat in diversen Schriftlichen Kleinen Anfragen schon dargelegt,

(Zuruf von Heike Sudmann DIE LINKE)

Sie könnten es also tatsächlich besser wissen an dieser Stelle.

Zu den restlichen Forderungen im Antrag treffen Sie die Feststellung, dass ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Lassen Sie eine Zwischenbemerkung der Kollegin Sudmann zu?

Ksenija Bekeris SPD:* Ja.

Zwischenbemerkung von Heike Sudmann DIE LINKE:* Vielen Dank. – Ich glaube, das war gerade ein Missverständnis. Es ging um das schlüssige Konzept bei den Kosten der Unterkunft. Das ist nicht transparent, da liegen die Kriterien nicht vor. Beim Mietenspiegel sind Mieter helfen Mietern und andere beteiligt, aber die haben noch nicht die Mehrheit da und können auch das Bundesgesetz nicht ändern. Aber es geht um das schlüssige Konzept.

Ksenija Bekeris SPD (fortfahrend):* Aber der Mietenspiegel ist anerkannt als ein schlüssiges Konzept vom Bundessozialgericht. Das muss man dazu festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Sie stellen fest, dass es zu wenig bezahlbaren Wohnraum und zu wenig Sozialwohnungen gibt. Da sind wir uns einig und wir machen uns auf den Weg. In Hamburg läuft seit der letzten Legislaturperiode das Wohnungsbauprogramm. Wir haben den Vertrag für Hamburg und das Bündnis für das Wohnen, und im Endeffekt wollen wir auch mit der Flüchtlingsunterbringung mit der Perspektive Wohnen mehr sozialen Wohnraum in Hamburg schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Das Ganze schließt keineswegs aus, dass man denen hilft, die dringend auf Unterstützung auf dem Wohnungsmarkt und bei den hohen Mieten, denen sie ausgesetzt sind, angewiesen sind. Die im Antrag erwähnte Fachanweisung zu dem Paragraphen 22 SGB II lässt einigen Spielraum. So kann der Höchstwert der Kosten der Unterkunft bei bestehender oder unmittelbar drohender Wohnungs- oder Obdachlosigkeit ohne besondere Begründung um bis zu 15 Prozent überschritten werden. Heute schon können bei mindestens sechs Monate andauernder vergeblicher Wohnungssuche die Kosten bis zu 30 Prozent über dem Höchstwert anerkannt werden.

Die Anpassung der Höchstwerte für anerkannte Unterkunftskosten ist seit 2011 eine Selbstverständlichkeit. Jetzt erfolgt dies wieder und es erfolgt regelmäßig immer im Zuge des neuen Mietenspiegels, und so soll es auch bleiben.

(Beifall bei der SPD)

(Ksenija Bekeris)

Die Hamburger Regelungen zur Übernahme der Kosten der Unterkunft für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen entsprechen insgesamt den Anforderungen des Bundessozialgerichts, und sie bieten auch Spielraum, um auf besondere Lebensumstände der Betroffenen einzugehen. Wir werden den Antrag der Fraktion DIE LINKE deshalb ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Christiane Blömeke*, beide GRÜNE)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Grunwaldt von der CDU-Fraktion.

Franziska Grunwaldt CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Bekeris, das war interessant. Wenn das mit dem schlüssigen Konzept alles so einfach und regelkonform ist, dann verstehe ich nicht, warum es nicht einfach vorgelegt wird und warum in den verschiedenen Schriftlichen Kleinen Anfragen immer so herumgedruckt wird.

(Beifall bei der CDU – *Ksenija Bekeris* SPD: Das waren Hinweise!)

Das Hauptproblem, das sich wie ein roter Faden durch unsere Stadt zieht – da besteht Einigkeit in diesem Hause –, ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Der rote Faden ist dabei wortwörtlich gemeint. Wenn die Stadtentwicklungssenatorin stolz den Bau von 2 000 Sozialwohnungen verkündet und dieses Jahr aber die Mietpreisbindung von über 5 000 Wohnungen ausläuft, muss ich mich schon etwas wundern.

Zum Vergleich – ich weiß, diese Zahlen wurden hier schon tausendmal genannt, aber man kann es nicht oft genug hören –: 1990 waren es noch fast 270 000 und 2014 87 000 Wohnungen mit Mietpreisbindung.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Was haben Sie denn in Ihrer Zeit alles gemacht?)

– Es ist so langweilig, diese Geschichte hat so einen Bart, immer zu sagen: Ach, damals und heute.

(Beifall bei der CDU)

Wer hat denn jetzt die Möglichkeit und wer zehrt denn jetzt von der CDU-Politik und der schwarz-grünen Politik, gerade im Stadtentwicklungs- und Baubereich?

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Dirk Kienscherf* SPD)

Wenn von den 2 000 Sozialwohnungen knapp 1 000 durch die SAGA gebaut werden, frage ich mich doch: Wo sind denn die privaten Investoren, wo werden diese denn angelockt?

(*Dirk Kienscherf* SPD: Was ist das denn für eine Logik?)

Der Senat muss daher dringend ein Gesamtkonzept entwickeln, das zum Ziel hat, schnell ausreichend günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Das ist ganz einfach. Sie haben doch beste Connections, also nutzen Sie sie und schimpfen Sie nicht immer auf die Vergangenheit. Das hilft nicht weiter. Sie haben jetzt die Möglichkeit, das Rad zu drehen.

(Beifall bei der CDU – *Ksenija Bekeris* SPD: Mit der Vergangenheit haben Sie jetzt angefangen!)

Nun zu den konkreten Forderungen in dem Antrag. Was die Transparenz des Konzepts, also die Ziffern 1 und 2 anbelangt, schließen wir uns dem Antrag an. Schließlich geht es hier um menschliche Existenzen, und da kann Transparenz gar nicht groß genug geschrieben werden.

Mit dieser scheint es die BASFI momentan ohnehin nicht so genau zu nehmen. Zwischen 2011 und 2015 wurde ein fehlerhafter Wirtschaftlichkeitsrechner bei der Senkung der Kosten der Unterkunft zugrunde gelegt. Dadurch könnten Menschen zu Unrecht aufgefordert worden sein, die Kosten für ihre Unterkunft zu senken. Das könnte für manch einen durchaus existenzbedrohend oder mehr gewesen sein. Nun ist die BASFI nicht mehr in der Lage herauszufinden, wie viele Bedarfsgemeinschaften und vor allen Dingen welche von diesen falschen Berechnungen betroffen gewesen sein könnten. Das ist ein echtes Armutszeugnis. Dies zum Thema Transparenz.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der LINKEN)

Was allerdings die Ziffern 3 bis 6 des Antrags anbelangt: Da können wir leider nicht mitgehen, allerdings sind wir einer Diskussion im Ausschuss hierüber aufgeschlossen. Eine Verdoppelung beziehungsweise Erhöhung um 20 Prozent des Zuschlags bei Überschreitung der Höchstwerte ohne eine wirklich sachliche Grundlage ist nicht hinnehmbar. Das hört sich superschön an, aber es muss auch finanziert werden, und dahinter stehen keine kleinen Beträge.

Außerdem ist es ein Widerspruch. Wir können nicht zuerst die Vorlage eines schlüssigen Konzepts verlangen und gleichzeitig Erhöhungen fordern. Die Höchstwerte für die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft an die Mietentwicklung zu koppeln, könnte ein Fass ohne Boden werden. Hier muss immer die Finanzierungsfrage geklärt werden. Ohne diese geht es nicht. Ohne konkrete Geldbeträge ist das einfach schwierig, aber wir können gern darüber im Ausschuss sprechen. Daher gibt es in diesen Punkten keine Zustimmung von uns. – Vielen Dank.

(Franziska Grunwaldt)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Frau Engels von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Mareike Engels GRÜNE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wohnungslose oder unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen brauchen besondere Unterstützung und flexible Lösungen. Dafür hat die Fachanweisung eine spezielle Regelung vorgesehen, das heißt viele Regelungen. Wer die Fachanweisung schon einmal ausgedruckt hat, weiß, dass sehr viele Regelungen darin stehen. Aber es gibt gerade für das Thema drohende Wohnungs- und Obdachlosigkeit eine Regelung. Meine Kollegin Ksenija Bekeris hat schon darauf hingewiesen, dass die Kosten der Unterkunft ohne besondere Begründung um 15 Prozent überschritten werden können, nach sechs Monaten sogar um 30 Prozent.

Diese Regelung dient der Prävention von Wohnungslosigkeit. Es gibt also schon Regelungen für solche Fälle, das beschreiben Sie auch in Ihrem Antrag. Natürlich sind wir uns bewusst, dass weitere Maßnahmen gefordert sind, aber Wohnungslosigkeit und drohender Wohnungsverlust sind Probleme, die meist nicht allein durch Kostenzuschüsse geregelt werden können. Vielfach gibt es zum Beispiel Mietschulden; hier können die Fachstellen mit der Übernahme helfen. Sie helfen damit sowohl bei der Wohnungssicherung als auch bei der Vermittlung von Wohnungslosen in eigene Wohnungen und sind daher eine wichtige Anlaufstelle für Menschen, die von Wohnungsverlust bedroht sind oder bereits wohnungslos geworden sind.

Die rot-grüne Regierung ist sich des Problems der Wohnungslosigkeit und der steigenden Mieten durchaus bewusst. Deswegen hat der Senat bereits das Gesamtkonzept zur Versorgung vordringlich Wohnungssuchender vorgelegt. Dies besprechen wir demnächst im Sozialausschuss. Für diejenigen, die die Tagesordnung nicht gut kennen: Dort ist das ein Thema, und dort werden wir uns mit den Details wahrscheinlich noch auseinandersetzen.

Natürlich wäre es schön, wenn wir höhere Zielzahlen verkünden könnten. Allerdings muss solch ein Programm erst einmal anlaufen. Wir hoffen, dass sich die Situation am Wohnungsmarkt damit strukturell ein bisschen verbessert. Dazu achten wir besonders darauf, dass im Fall von Neubauten der Anteil der WA-gebundenen Wohnungen eingehalten wird, denn wir wollen auch zum Beispiel Menschen, so schnell es geht, aus der öffentlichen Unterbringung herausholen und ihnen das Leben in eigenem Wohnraum ermöglichen.

Das geht nur, wenn in Hamburg wesentlich mehr Sozialwohnungen gebaut werden. Das wurde gerade schon diskutiert. Das ist eine Aufgabe für die

nächsten Jahre. Aber wir dürfen uns nichts vormachen: Es wird nicht so einfach und so schnell gehen, denn der soziale Wohnungsbau wurde über Jahrzehnte vernachlässigt. Wir können nicht innerhalb weniger Monate den Wohnungsmarkt sofort für alle verbessern, aber das muss unser Ziel sein.

Wir dürfen Wohnungslose nicht mit ihren Problemen allein lassen, denn es gilt der Grundsatz: Alle Menschen brauchen ein vernünftiges Zuhause. Die eigene Wohnung ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Sie ist Rückzugsort und Ort für die Familie. Als solche muss sie auch denjenigen garantiert werden, die kurzfristig oder über einen längeren Zeitraum in soziale Schwierigkeiten geraten, weil sie ihren Job verlieren oder dauerhaft erkranken. Für sie halten die Sozialgesetzbücher Regelungen zur Übernahme der Kosten der Unterkunft vor.

Das ist gut so, und es muss auch klar sein, dass diese regelmäßig an die steigenden Mietpreise auf dem Wohnungsmarkt angepasst werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Ksenija Bekeris SPD*)

Nach Vorstellung des Mietenspiegels hat der Senat daher die Erhöhung in der Fachanweisung vorgenommen. Die Stadt hält zudem bestimmte Sonderregelungen für Menschen vor, die in Stadtteilen wohnen, wo die Mieten überdurchschnittlich hoch sind. Auch Menschen, die dauerhaft erkrankt sind, erhalten gegebenenfalls höhere Zuschüsse beziehungsweise höhere Angemessenheitsanerkennungen. Das sind gute Regelungen, deren Ausgestaltungen natürlich immer an die Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt angepasst werden müssen.

DIE LINKE fordert dafür jetzt ein schlüssiges Konzept ein, das der Senat offenzulegen habe. Dabei wurde bereits in mehreren Schriftlichen Kleinen Anfragen dargelegt, dass der qualifizierte Mietenspiegel als schlüssiges Konzept gleichzusetzen ist

(*Ksenija Bekeris SPD*: Anerkannt!)

und als solches anerkannt werden muss und deswegen keine Firmen extra beauftragt werden müssen, noch etwas anderes zu erstellen.

Wir haben in Hamburg solch einen qualifizierten Mietenspiegel, der alle zwei Jahre im Herbst veröffentlicht wird. Im letzten Herbst wurde die Fachanweisung dementsprechend geändert, und die KdU-Sätze wurden bereits an die aktuelle Mietenentwicklung angepasst. Das beschreiben Sie auch in Ihrem Antrag, und das halte ich für absolut transparent und nachvollziehbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Lediglich Kommunen, die über keinen qualifizierten Mietenspiegel verfügen, müssen anderweitig Konzepte zur Ermittlung der Höchstgrenzen erarbeiten.

(Mareike Engels)

Zu dem Thema Widersprüche gegen Bescheide: Das diskutieren wir bundesweit gerade im Kontext der aktuellen Rechtsvereinfachungsreform, aber auch hinsichtlich der Sanktionspraxis. Sie wissen, dass wir GRÜNEN ein Sanktionsmoratorium fordern. Ich glaube, dass das momentan eine größere Debatte entfacht, eben weil es so viele Widersprüche gibt, die erfolgreich sind. Aber all dies ist eine Debatte, die gerade im Bund geführt wird und eigentlich nicht Gegenstand dieses Antrags ist, jedenfalls hatte ich ihn in der Hinsicht nicht so gelesen.

Meine Damen und Herren! Die Situation der Menschen und besonders der Familien, die akut von Wohnungsverlust bedroht oder von Wohnungslosigkeit betroffen sind, weil sie ihre Miete selbst nicht mehr zahlen können, ist keine einfache. Diese Menschen brauchen staatliche Hilfe und soziale Unterstützung. Ich denke, darin sind wir uns einig. Wir sind uns hoffentlich auch einig, dass die KdU-Fachanweisung regelmäßig an die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt angepasst werden muss. Dies wird bereits auf Grundlage des Mietenspiegels getan. Ihren Antrag brauchen wir dafür also nicht. Wir lehnen ihn daher ab. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Dutschke von der FDP-Fraktion bekommt nun das Wort.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Seit dem 1. März 2016 gelten in Hamburg neue Miethöchstsätze, Frau Hannemann ist darauf eingegangen. Wohnungsnot lässt sich nicht einfach so mit höheren Zuschlägen bekämpfen, ausreichend Wohnraum ist dafür eine Voraussetzung. Die Kosten für Neubauten in Hamburg liegen jedoch auf Rekordhöhe. Die immer stärker steigenden Anforderungen an Energieeinsparung, komplexe Genehmigungsverfahren und die Regulierungswut des rot-grünen Senats werden auch in Zukunft das Bauen in Hamburg verteuern.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Darunter leidet vor allem der soziale Wohnungsbau. Die Folge ist, dass die Kosten der Unterkunft um bis zu 14,6 Prozent steigen. Der Antrag der Links-Fraktion ignoriert leider gewisse Zusammenhänge und setzt einmal mehr wieder nur auf pauschale Umverteilung – eine Umverteilung, die Fehlanreize setzt, eine Umverteilung, die prekäre Wohn- und Lebenssituationen verfestigt, eine Umverteilung, die nicht hilft –, dieses Mal in Form einer pauschalen Erhöhung bei Ausnahmetatbeständen mit der Folge, dass diese Ausnahmen zur Regel werden. Ich spiele da auf die Fachanweisung an. Frau Bekeris ist darauf eingegangen, Frau Engels auch, deshalb will ich das hier nicht in der Komplexität wiederholen.

Wenn, wie von der Links-Fraktion gefordert, dieser Zuschlag nun automatisch 30 Prozent beträgt, gibt es dadurch nicht mehr Wohnungen in Hamburg, aber der Kampf im Wohnungsmarkt erhöht sich zusätzlich. Ob dies Obdachlosen oder von Obdachlosigkeit Bedrohten weiterhilft? Im Einzelfall möglicherweise, aber es schadet in jedem Fall Menschen mit niedrigem Einkommen, da der Druck auf dem Wohnungsmarkt und die Konkurrenz um eine günstige Wohnung wachsen.

Den Finanzierungsaspekt hat Frau Grunwaldt angesprochen, darauf will ich auch nicht noch einmal eingehen. Wir Freidemokraten setzen uns aber stets für Transparenz ein. Auch wenn der Senat in seiner Antwort auf die Anfrage der LINKEN bereits geantwortet hat, dass die geregelten Höchstwerte auf der Grundlage des in Hamburg bestehenden qualifizierten Mietenspiegels und unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts ermittelt worden seien, würden auch wir gern wissen, wie dieses schlüssige Konzept erstellt wurde und wer sonst daran noch beteiligt war. Deshalb stimmen wir den Punkten 1 und 2 in diesem Antrag zu, lehnen aber die restlichen Petita ab. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Punkt 1 und 2 des Antrags fordern mehr Transparenz ein, wie sich die Höchstwerte der Kosten der Unterkunft gemäß der Hamburger Fachanweisung zu Paragraph 22 SGB II rechnerisch genau ergeben. So verstehen wir Punkt 1 und 2 des Antrags, und da wünschen wir uns auch mehr Transparenz. Wir haben es auch nicht verstanden. Auch wenn man den qualifizierten Mietenspiegel zugrunde legt: Wie kommt man von dem einen zum anderen? Wenn das und die Rechenargumentationswege ausgewiesen werden könnten, wäre das gut. Bei den Punkten 3 und 6 haben wir genau die gleichen Argumente wie FDP und CDU und lehnen sie aus diesen Gründen ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Beginnen wir mit einer zweiten Runde. Das Wort erhält wieder Frau Hannemann von der Fraktion DIE LINKE.

Inge Hannemann DIE LINKE: Sie machen es mir relativ einfach, ich kann nämlich alles zusammenfassen. SPD, CDU und FDP, schauen Sie einmal ins Gesetz, was ein schlüssiges Konzept ist. Der Mietenspiegel allein ist nicht das schlüssige Konzept.

(Inge Hannemann)

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist ein Punkt von sieben Punkten. Das schlüssige Konzept – das sich der Senat bis heute weigert offenzulegen, vermutlich, weil es von der Firma Analyse & Konzepte kommt, das liegt mir nämlich vor – verliert in der Regel vor Gericht. Da ist die Panik natürlich groß. Was das schlüssige Konzept weiterhin beinhalten muss – was Frau Bekeris sagte, findet man auf der Webseite –, ist eben da nicht drin: Die Datenerhebung muss genau den Zeitraum eingrenzen, unter anderem einen gesamten Vergleichsraum, eben keine Ghettobildung, es muss eine nachvollziehbare Definition unter Beobachtung geben, also welche Art von Wohnung, Differenzierung nach Standard, Brutto- und Nettomiete, Angabe des Beobachtungszeitraums, Repräsentativität, Validität und so weiter. Es ist sehr umfangreich. Darüber findet man nichts im Netz.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Einen Moment bitte. – Meine Damen und Herren! Es ist zu laut. Wenn Sie der Rednerin nicht mehr folgen mögen, verlassen Sie bitte den Plenarsaal.

Inge Hannemann DIE LINKE (fortfahrend): Ich glaube, man befürchtet, dass man dann offenlegt, dass dieses schlüssige Konzept so nicht korrekt ist. Wenn ich die Antwort bekomme, man handle nach dem Bundessozialgerichtsurteil von 2009, ist das schon ein bisschen schwammig. Also bitte informieren Sie uns, was ein schlüssiges Konzept ist.

Frau Grunwaldt, ich freue mich, dass Sie bei Punkt 1 und 2 mit mir konform gehen. Sie fragten nach der Finanzierung. Ich möchte fragen: Wie wurde denn die Olympia-Werbekampagne finanziert? Wie wird G20 finanziert? Dort werden Millionen Euro hineingebuttert, und wir reden hier über eine eventuelle 30-prozentige respektive 20-prozentige Erhöhung. Das ist ein Klacks dagegen, aber wir geben Gelder aus für irgendwelche Wirtschaftsminister mit einem hohen Sicherheitsstandard, wir werden eingekesselt von Sicherheitsstandards, aber für Menschen, die keine Wohnung haben, tun wir das nicht.

Dann komme ich zu Frau Dutschke. Sie sagen, wenn die Obdachlosen und andere womöglich auch noch die 30 Prozent bekämen, was werde dann auf dem Wohnungsmarkt los sein. Dann lassen wir doch lieber die 30 Prozent den Obdachlosen, den anderen lassen wir gar nichts, dann passiert auch nichts.

(Ksenija Bekeris SPD: Was ist das denn für eine Argumentation?)

– Es ist polarisierend, ich weiß, ich überspitze.

Aber das ist die Wohnungsmarktsituation, die wir in Hamburg haben. Wir haben Menschen, die wegen 3 Euro ausziehen müssen.

(Zuruf von Ksenija Bekeris SPD)

Ich war heute in einem Jobcenter mit einer Frau, die wegen einer 35-Euro-Telefonrechnung kein Geld mehr bekommt, weil der Sachbearbeiter sagt, die Telefonrechnung sei 5 Euro zu teuer. Sie bekommt seit vier Monaten kein Geld mehr, sie steht demnächst vor der Obdachlosigkeit. Sie sagt selbst, sie werde keine Wohnung finden im Rahmen von 7 Euro. Das ist die Situation in Hamburg, und das macht mich unwahrscheinlich wütend. Es empört mich und es macht mich traurig, wenn ich genau diese Menschen da draußen sehe und ich weiß, ich kann ihnen nicht helfen und ich habe hier eine Regierung, die genau das verhindert. Denken Sie darüber bitte einmal nach.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun sehe ich keine weiteren Wortmeldungen und wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte nun zunächst die Drucksache 21/3822 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Die FDP-Fraktion möchte den Antrag der Fraktion DIE LINKE ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte sich nun zunächst den Ziffern 1 und 2 anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Ziffern 1 und 2 abgelehnt.

Wer möchte die Ziffern 3 bis 6 annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch diese Ziffern sind damit abgelehnt.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 49, Drucksache 21/3863, Antrag der FDP-Fraktion: Zehn Jahre Kooperationsverbot sind genug – Bildungsfinanzierung endlich auch zu einer gesamtstaatlichen Aufgabe machen!

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Zehn Jahre Kooperationsverbot sind genug –
Bildungsfinanzierung endlich auch zu einer gesamtstaatlichen Aufgabe machen!
– Drs 21/3863 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes
im Grundgesetz
– Drs 21/4049 –]**

(Vizepräsidentin Antje Möller)

Als Drucksache 21/4049 liegt Ihnen hierzu ein Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN vor.

Die Fraktionen sind einvernehmlich übereingekommen, die Debatte zu streichen.

Die Drucksache 21/3863 möchten die Fraktionen der LINKEN und der FDP an den Schulausschuss überweisen.

Auch wenn die Debatte gestrichen ist, müssen wir noch die Abstimmungen vollziehen. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Wer möchte nun zunächst die Drucksache 21/3863 an den Schulausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wir kommen dann zu den Abstimmungen in der Sache und beginnen mit dem Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 21/3863. Diesen möchten die Fraktionen der CDU und der LINKEN ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte nun zunächst Ziffer 1 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 2 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 2 ist abgelehnt.

Wer möchte den Ziffern 3a, 3d und 3e zustimmen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diese Ziffern sind bei mehreren Enthaltungen abgelehnt.

Wer schließt sich den Ziffern 3b und 3c an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch diese Ziffern sind abgelehnt.

Wer möchte nun Ziffer 4 annehmen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch die Ziffer 4 abgelehnt.

Wer möchte dann noch Ziffer 5 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch die Ziffer 5 ist abgelehnt.

Nun kommen wir zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus Drucksache 21/4049.

Wer möchte diesen annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 25a, Drucksache 21/3663, Antrag der AfD-Fraktion: Einrichtung einer unabhängigen Expertenkommission zur Untersuchung der Vorgaben und Abläufe in den Jugendämtern sowie zur Erarbeitung von Maßnahmen zu strukturellen Änderungen für das behördeninterne Prozedere.

[Antrag der AfD-Fraktion:

Einrichtung einer unabhängigen Expertenkommission zur Untersuchung der Vorgaben/Abläufe in den Jugendämtern sowie zur Erarbeitung von Maßnahmen zu strukturellen Änderungen für das behördeninterne Prozedere – Drs 21/3663 –]

Diese Drucksache möchte die AfD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen.

Wer wünscht dazu das Wort? Herr Dr. Körner von der AfD-Fraktion, Sie haben es. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Danke.

Dr. Joachim Körner AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erneut ist ein Kind durch Misshandlung zu Tode gekommen. Wir sind alle sehr erschüttert über dieses Ereignis. Leider ist dies kein Einzelfall, vielmehr gibt es eine ganze Serie von Kindertodesfällen in Hamburg. Die Häufung dieser tragischen Schicksale spricht dafür, dass es sich hier nicht nur um Fehlverhalten einzelner Personen handelt, sondern dass in derartigen Situationen in der Regel Organisationsversagen vorliegt, das heißt, es gibt strukturelle Fehler. Um solche Ereignisse in Zukunft zu verhindern, ist es deshalb unerlässlich herauszufinden, welche organisatorischen Mängel vorliegen, die zu diesen wiederholten Todesfällen beitragen.

Wir stellen daher den Antrag, die organisatorischen und strukturellen Ursachen durch unabhängige Fachleute untersuchen zu lassen. Nun werden Sie sagen, derartige Untersuchungen hätten Sie schon durchgeführt. Man muss da entgegenhalten: Wenn aber solche Fälle immer wieder vorkommen, hat man entweder die Ursache nicht gefunden oder nicht beseitigt.

(Beifall bei der AfD)

In der Tat liegt eine Untersuchung der Jugendhilfinspektion zum aktuellen Fall Talyer vor. Frau Schulze hat eine sorgfältige Untersuchung auf Basis der Auswertung der Jugendamtsakten und des dort dokumentierten Handelns vorgelegt, ergänzt durch Nachfragen bei den beteiligten Personen. Diese Arbeit und ihre Ergebnisse sind sicher hoch zu schätzen, Frau Schulze gilt unser ausdrücklicher und uneingeschränkter Dank, und es ist richtig, aus diesen Ergebnissen unmittelbar Konsequenzen zu ziehen. Dennoch ist es sicherlich erforderlich, den Ursachen gründlicher nachzugehen.

Bei einer Einzelfalluntersuchung besteht immer die Gefahr, dass zwar die Fehler einzelner Personen gesehen werden, aber nicht das ganze System. Das Studium der Akten vermag die Dokumentation zu beurteilen, aber nur begrenzt die persönliche Interaktion, Beweggründe und Motivation der Mitar-

(Dr. Joachim Körner)

beiter. Insbesondere sind organisatorische Hemmnisse, die einem erfolgreichen Wirken entgegenstehen, nur eingeschränkt im Fokus.

Es ist die ganze Organisation in ihrer Komplexität auf ihre Funktionalität zu untersuchen, dies auch mit der Frage, ob nicht die Aufgaben so kompliziert seien, sondern eventuell die Organisationsstrukturen viel zu kompliziert seien. Wir stellen diesen Antrag, die strukturellen Ursachen durch unabhängige Fachleute zu untersuchen, damit ein derartiges Ereignis nicht wieder auftritt. Die Unabhängigkeit der Experten halten wir für unerlässlich, um Betriebsblindheit und eine Einschränkung im Auftrag auszuschließen.

Wir beantragen dies im Interesse der Kinder, aber auch der Mitarbeiter in den Behörden sowie im Interesse des Senats und der neuen Senatorin. Wir denken, diese möchten ein derartiges Ereignis nicht noch einmal erleben, auch nicht die damit verbundenen Vorwürfe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Lohmann von der SPD-Fraktion.

Uwe Lohmann SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wie wichtig der AfD das Thema ist, sieht man daran, dass sie es heute zum dritten Mal zur Debatte angemeldet hat und das Ganze schon zweimal zurückgezogen hat. Im Antrag wird gefordert, für die Kinder- und Jugendhilfe zur Verbesserung der Prävention eine kleine Gruppe von unabhängigen Experten zu beauftragen. Das wundert mich, denn solange ich im Familienausschuss bin, habe ich die AfD dort nicht wahrgenommen, weder durch Wortbeiträge noch durch konstruktive Beiträge und Anträge.

Auch hier zeigt sich, dass die AfD dort nicht in Erscheinung getreten ist. Was Sie in Ihrem Antrag fordern, ist bereits Realität. Speziell für Sie nenne ich ein paar Fachleute, mit denen zusammengearbeitet wird: Professor Dr. Klaus Wolf, Uni Siegen, zur Weiterentwicklung der Kinderpflegehilfe und zur Fortbildung für alle Pflegekinderdienste, Dr. Heinz Kindler, Deutsches Jugendinstitut, zur Weiterentwicklung der Kinderschutzdiagnostik sowie zum Programm "Gewalt im Kindesalter", Professor Dr. Schrapper, Uni Koblenz-Landau, zur Weiterentwicklung des ASD, und so weiter und so fort.

Darin unterstützen wir die BASFI, und im Fachausschuss haben sich die Fraktionen entschieden, Professor Wolf zu Rückkehrprozessen von Pflegekindern in Herkunftsfamilien als Sachverständigen zu hören. Diesen konstruktiven Weg wollen wir weitergehen, eines Antrags der AfD bedarf es hier nicht. Mit dem sehr wichtigen Thema Kindeswohl sollte man sich an anderer Stelle auseinandersetzen,

und dazu werden wir in naher Zukunft genügend Gelegenheiten haben, aber nicht als letzte Debatte und schon gar nicht bei einem AfD-Antrag. Selbstverständlich lehnen wir diesen Antrag ab. – Danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Heißner von der CDU-Fraktion.

Philipp Heißner CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wieder einmal ist der Tod eines kleinen Kindes, dessen Familie unter Aufsicht des Hamburger Jugendamts stand, hier Thema, und die Verwendung der Worte "wieder einmal" in diesem Zusammenhang macht traurig. AfD-Antrag hin oder her, es ist nicht angemessen, nur drei Sätze dazu zu sagen, wenn wir hier zum ersten Mal darüber sprechen. Deswegen möchte ich ein bisschen auf das Thema eingehen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der AfD)

Dem kleinen Tayler wurde zum Verhängnis, dass er in die falsche Familie geboren worden war, die ihm wahrscheinlich seine tödlichen Verletzungen zugefügt hat. So schrecklich schmerzhaft diese Erkenntnis für uns hier auch sein mag, wurde ihm leider auch zum Verhängnis, in der falschen Stadt geboren zu sein, einer Stadt, in der immer wieder Kinder schwer misshandelt werden, obwohl ihre Familien bereits eng vom Jugendamt betreut worden sind, einer Stadt, die offenbar aus diesen Fällen viel zu wenig gelernt hat, denn die gleichen Fehler wiederholen sich immer wieder, einer Stadt, in der Kinder sterben, weil der Staat nicht ausreichend in der Lage war, seinem Wächteramt nachzukommen.

Der Fall Tayler ist deshalb eine Schande für unsere Stadt. Er ist es nicht allein deshalb, weil ein Kind gestorben ist. Kriminalität ist immer schrecklich, aber sie wird sich auch beim besten Bemühen nie ganz verhindern lassen. Er ist es, weil der Staat das Leben des kleinen Tayler nicht schützen konnte, obwohl er es schon in Händen hatte, obwohl er den kleinen Tayler in Obhut genommen hatte, weil er bereits einmal schwer misshandelt worden war. Und obwohl diese Misshandlung nie aufgeklärt worden war und dieser schreckliche erste Verdacht gegen die Familie nie entkräftet werden konnte, musste Tayler dorthin zurück, und nicht nur das: Die Entscheidung für die Rückführung zur Familie wurde unter Missachtung nahezu aller geltenden Regeln getroffen, Regeln wie die verpflichtende kollegiale Beratung, in der die Rückführung abgesegnet werden muss, die genau dem Schutz vor solchen fehlerhaften Rückführungen dienen sollen, Regeln, die etwa vom eigens eingesetzten Untersuchungsausschuss nach dem Tod der kleinen Yagmur vor etwas mehr als zwei Jahren erarbeitet

(Philipp Heißner)

worden waren. Weil fast alle Lehren aus der Vergangenheit missachtet wurden, wirkt der Fall Tayler wie ein furchtbares Déjà-vu.

Im Jugendamt Altona konnten Regeln vollständig in den Wind geschlagen werden. Ihre Einhaltung wurde nicht überprüft. Offenbar herrschte die Einstellung, das sei alles nicht so wild und man wisse schon, was man tue. Dann sitzt die Bezirksamtsleiterin im Familienausschuss, stellt sich vor ihre Mitarbeiterin in dem Fall und sagt, man müsse doch Verständnis haben, die Jugendhilfsinspektion hätte schließlich festgestellt, das Jugendamt sei nicht unmittelbar für den Tod des kleinen Tayler verantwortlich.

Was für eine schockierende Aussage. Als ob es im Rahmen des Erträglichen denkbar wäre, dass ein Jugendamt unmittelbar für eine Kindesmisshandlung verantwortlich sei. Ich will gar nicht weiter reden von dem peinlichen öffentlichen Schlagabtausch, den sich die Bezirksamtsleiterin danach mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geliefert hat, oder dem groß verkündeten Moratorium über Kindesrückführung, das keines war, weil überhaupt keine anstanden. Wirklich schockiert hat mich dann aber die Aussage, dass längst geltende Regeln zum Schutz von Kindern vor fehlerhaften Rückführungen jetzt in Altona aber auch wirklich eingehalten würden.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Aussage, dass erst ein Kind sterben muss, bis geltende Regeln zum Schutz von Kindern auch in Altona eingehalten werden. Das ist ganz grundlegend einfach nicht tragbar, und wer so mit diesem sensiblen Bereich umgeht, ist als Bezirksamtsleiterin nicht tragbar.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Wenn in Hamburg immer wieder Kinder zu Schaden kommen, muss kontrolliert werden, ob die eingeführten Regeln, die sie schützen sollen, auch eingehalten werden; dann muss sich der Senat vergewissern, ob seine Vorgaben umgesetzt wurden. Jedes Unternehmen wäre längst verpflichtet, eine weitreichende Compliance-Abteilung aufzubauen. Der Senat hätte längst organisatorisch sicherstellen müssen, dass die Regeln zum Kinderschutz in den Jugendämtern umgesetzt werden. Zuständig ist dafür seit Jahren Staatsrat Pörksen. Er hat das nicht getan. Dafür trägt er die Verantwortung. Er sollte sie auch übernehmen und zurücktreten.

Frau Senatorin, Sie tragen keine persönliche Verantwortung für die Versäumnisse, die vor Ihre Amtszeit fallen. Aber Sie müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die Verantwortung tragen, sie auch übernehmen. Stattdessen stützen Sie eine untragbare Bezirksamtsleiterin, die jetzt Stuhlkreise veranstaltet, statt entschieden zu handeln, und stattdessen stützen Sie einen Staatsrat, der nicht

einmal auf die Idee kam, die Einhaltung von Regeln zum Schutz unserer Kinder zu überprüfen. Das ist kein gutes Regieren, das ist leider schwaches Regieren, und es ist hochgradig fahrlässig in diesem sensiblen Bereich.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der AfD)

Wir haben uns mit dem Kinderschutz schon vielfach beschäftigt. Wir hatten Ausschusssitzungen, Plenardebatten, Sonderausschüsse, sogar das schärfste Schwert, das dem Parlament zur Verfügung steht, den parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Wir haben die nötigen Maßnahmen erarbeitet, etwa die Zusammenlegung des Kinderschutzes in Hamburg in einer zentralen Behörde, was die CDU seit Jahren fordert. Wir brauchen keinen weiteren Arbeitskreis, wir brauchen nicht noch eine Kommission, wir brauchen endlich die Übernahme von Verantwortung, und wir brauchen endlich die entschiedene Anwendung der bekannten Rezepte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei Dr. Alexander Wolf AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Frau Gallina von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Anna Gallina GRÜNE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion fühlen sich immer ausgegrenzt und benachteiligt, dabei präsentieren Sie uns heute schon wieder ein Lehrstück in Sachen Populismus. Ihr Antrag liest sich nämlich ganz anders als Ihr Redebeitrag. Damit disqualifizieren Sie sich schlicht und ergreifend.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie stellen die These auf, die einfach klingt und die sicher jeder gern hört, weil sie sich erst einmal gut anfühlt: Tödliche Kindesmisshandlungen ließen sich verhindern. Sie bedienen lieber eine geifernde Empörungsmaschinerie, als mit Reflexion und Ehrlichkeit zuzugeben, dass dies, so bitter es auch ist, nicht möglich ist.

Sie versteigen sich auch noch zu der infamen Behauptung, dass sich – ich zitiere –

"die Misshandlung von Kleinkindern in Hamburg bis zum Dezember 2015 weiter ungehindert fortsetzen konnte."

Schämen Sie sich. Hunderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun jeden Tag ihr Bestes in dieser Stadt, um genau diese Misshandlungen zu verhindern, viele Kinder befinden sich in staatlicher Obhut, und Sie verleugnen deren Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich erinnere Sie an den parlamentarischen Sprachgebrauch.

Anna Gallina GRÜNE (fortfahrend):* Sie behaupten ernsthaft, dass eine kleine Gruppe von Experten in einem halben Jahr ein Problem lösen könnte, das die Jugendhilfe seit der Neuzeit umtreibt, und dabei wissen Sie anscheinend nicht einmal, dass es bewährte parlamentarische Instrumente gibt, um Expertinnen und Experten einzubinden. Zum Beweis Ihrer Seriosität benutzen Sie Fußnoten in Ihrem Antrag, so geben Sie sich einen Anstrich von Wissenschaftlichkeit. Dumm ist nur, dass in Ihren Fußnoten nur Bürgerschaftsdrucksachen genannt werden, die schon im Text stehen. Bei aller Scheinwissenschaftlichkeit schämen Sie sich auch nicht, apriorisch die Schuld festzustellen, obwohl der Tathergang bislang ungeklärt ist und es sicherlich auch nicht Ihre Aufgabe ist, diese Form von Schuld festzustellen.

Sie behaupten einfach in Ihrem Antrag, dass Tayler – ich zitiere –

"[...] von seiner Mutter sowie dessen [sic!] Lebensgefährten gepeinigt worden war [...]."

Danke, dass Sie Ihre Rechtsstaatsverachtung wenigstens noch mit grammatikalischer Inkompetenz würzen.

Sie trumpfen mit dem Begriff Politikversagen auf und können keins benennen. Wir haben es schon von mehreren Rednern gehört: Wir haben jeden Fall in der Vergangenheit mit unterschiedlichen Möglichkeiten einzeln untersucht, haben auch parlamentarische Untersuchungsausschüsse durchgeführt, die die Umstände so genau aufgeklärt haben, wie es eben möglich war, und am Ende wussten wir, welche Schwierigkeiten es gegeben hat und welcher Tod vermeidbar gewesen wäre oder nicht. Aber es hat sich aus gutem Grund niemand von uns bisher hingestellt und behauptet, dass von jetzt an alle Fälle von Kindstötung zu verhindern seien.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE hat das Wort.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag zeigt, dass die AfD die Komplexität der Probleme und der Fragestellung in der Kinder- und Jugendhilfe überhaupt nicht durchdrungen, geschweige denn verstanden hat. Dies zeigt schon, dass Sie die Expertenrunde auffordern, bereits bis zum 30. November 2016 ihre Ergebnisse vorzulegen. Das ist ein sehr knapper Zeitraum, das würden sie niemals schaffen. Sie suggerieren, dass, wenn die Experten ihre Ergeb-

nisse vorlegten, das Ziel erreicht sei – Frau Gallina hat es schon zu Recht gesagt –, dass man zu 100 Prozent einen Todesfall ausschließe. So bitter und so traurig es ist, aber das zu suggerieren ist fahrlässig.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich finde es, Herr Heißner, sehr bedauerlich, dass Sie diesen Eindruck ebenfalls erwecken, indem Sie sagen, wenn nur alle Regeln eingehalten würden, wenn sich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirklich daran hielten, was ihnen aufgetragen werde, hätten wir diese Todesfälle in Zukunft nicht mehr. Sie unterstellen Hamburg, dass es eine Schande sei. Ich habe auch viel zu kritisieren, aber dies so populistisch aufzubereiten, und das noch vor dem Hintergrund eines so mageren AfD-Antrags, finde ich peinlich.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Sie profilieren sich und verbinden das noch mit populistischen Forderungen nach Rücktritt. Ich hoffe, dass von Ihnen in Zukunft mehr Kompetenz ausgeht, damit wir wirklich zusammen zu einer guten Lösung kommen, denn dass wir Probleme haben, ist unstrittig. Der Kinderschutz und die Kinderrechte sind ein großes Thema in dieser Stadt. Dies ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, und deswegen ist es nicht angemessen, in dieser Eindimensionalität und dieser Platttheit darüber zu reden.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Ganz zum Schluss: Ich mache keinen Hehl daraus, dass wir mit allem Nachdruck daran arbeiten, eine Enquete-Kommission zu bilden. Ich hoffe sehr, dass dies gelingt. Wir sind im Gespräch mit vielen Expertinnen und Experten in dieser Stadt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Boeddinghaus, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Heißner zu?

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Aber ja.

Zwischenfrage von Philipp Heißner CDU:* Frau Boeddinghaus, würden Sie mir zustimmen, dass es dem Thema eigentlich angemessener wäre, sachlich darüber zu diskutieren, statt sich in parteipolitischem Gezänk zu ergehen, wie Sie das gerade getan haben?

(Beifall bei der CDU)

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE (fortfahrend): Dann habe ich mich vielleicht nicht gut ausge-

(Sabine Boeddinghaus)

drückt. Genau das war mein Begehrt, Herr Heißner, in Ihre Richtung.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN – *André Trepoll CDU*: Zur Sache haben Sie nichts gesagt!)

Zur Sache, Herr Trepoll: Der Jugendhilfeinspektionsbericht zum Tod des kleinen Tayler sagt deutlich, es gebe zu viele Regelungen, es gebe zu viele unübersichtliche Schnittstellen, daran müsse gearbeitet werden. Das haben wir in einer sachlichen, ausführlichen Debatte im nicht öffentlichen Teil besprochen. Es werden auch Konsequenzen gezogen. Wir als LINKE sagen aber deutlich, dass auch Experten von außen auf das Kinder- und Jugendhilfesystem schauen müssen und dass es auf jeden Fall nicht geht, dass bei jedem weiteren Tod die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Pranger gestellt werden.

(*André Trepoll CDU*: Das hat der Untersuchungsausschuss alles gemacht! Wir haben mehrere Expertenanhörungen gemacht!)

Das ist nämlich sehr schwierig. Wir merken, dass zum Beispiel der ASD große Schwierigkeiten hat, überhaupt Nachwuchs zu finden, weil das wirklich ein Arbeitsplatz quasi auf dem Schleudersitz ist. Daher brauchen wir den Blick von außen, wir brauchen ihn aber gekoppelt mit unserem Blick als Politikerinnen und Politiker, und die Verantwortung und der Auftrag sollen nicht nach außen abgegeben werden. Sehen wir, ob wir diesen Prozess schaffen. Ich würde mich sehr freuen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Gert Kekstadt* und *Frank Schmitt*, beide SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Oetzel von der FDP-Fraktion.

Daniel Oetzel FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die AfD-Fraktion teilt offensichtlich sämtliche Probleme, die es in Hamburg gibt, in zwei Kategorien ein. Auf der einen Seite sind es die Probleme, die irgendwie mit Flüchtlingen zusammenhängen, und für diese bieten Sie rückwärtsgewandte Lösungen an, und die andere Art von Problemen, die die AfD ab und zu auch thematisiert, sind Probleme, die nicht in erster Linie mit Flüchtlingen zusammenhängen, und dort ist die Lösung immer dieselbe, nämlich die Einrichtung einer unabhängigen Expertenkommission. Das ist nicht besonders kreativ, und es lässt tief blicken in Bezug auf Ihre geringe Lösungskompetenz, die Probleme anzupacken, die wir in Hamburg haben.

(Beifall bei der FDP und bei *Karin Prien CDU*)

Es ist gerade im vorliegenden Fall besonders absurd – meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es teilweise schon angesprochen –, da seit Jahren im Bereich der Arbeit in den Jugendämtern, im ASD und nicht zuletzt mit dem PUA Yagmur ein Prozess läuft, in dessen Verlauf schon viele Strukturen reformiert worden sind und in dem immer und immer wieder Experten, wie Sie sie jetzt wieder fordern, beteiligt waren und Ergebnisse produziert haben, die momentan umgesetzt werden. Jetzt wollen Sie Ihren Antrag, noch eine Expertenkommission einzusetzen, auch noch an den Ausschuss überweisen und dort offensichtlich noch einmal darüber diskutieren, nun Experten einzusetzen. Na ja – meine Vorredner haben es schon gesagt.

Ich kann mir das nur so erklären, dass die AfD grundsätzlich der Arbeit der parlamentarischen Gremien nicht besonders vertrauensvoll gegenübersteht. Sie hat im Familienausschuss regelmäßig unter Beweis gestellt, dass sie die Ausschussarbeit grundsätzlich infrage stellt und dass sämtliche Fragestellungen nur durch Experten gelöst werden könnten. Das mag eine Erklärung sein, genau weiß ich es nicht.

Aber sei es, wie es ist, der Bericht der Jugendhilfeinspektion im Familienausschuss hat eine Sache eindeutig gezeigt, und das trägt zur Tragik des Falls Tayler leider umfassend bei: Gerade die Struktur, die Sie als Problem zu erkennen geglaubt haben, war in diesem Fall eben nicht das Problem. Sämtliche Werkzeuge zur korrekten Fallbearbeitung in diesem Fall Tayler haben im Bezirksamt und im Jugendamt vorgelegen und wurden – das muss man leider sagen, wenn man den Bericht der Jugendhilfeinspektion ehrlich liest – konsequent ignoriert. An jeder Stelle, an der ein Fehler in der eigentlich geregelten Struktur passieren konnte, hat der Bericht der Jugendhilfeinspektion auch einen Fehler aufgedeckt.

Das ist die eigentliche Tragik, dass wir mit Strukturreformen nicht mehr weiterkommen, sondern dass die Probleme tiefer liegen.

(Beifall bei der FDP und bei *Philipp Heißner CDU*)

Tragisch ist auch, dass manche Empfehlungen des PUA Yagmur gerade im Bezirk Altona nicht umgesetzt worden sind. Wir haben im Ausschuss leider zur Kenntnis nehmen müssen, dass ein umfassendes Risikomanagement, wie es der PUA Yagmur für alle Bezirke empfohlen hat, gerade im Bezirk Altona nicht eingeführt worden ist, und das einige Jahre nach den Ergebnissen des PUA. Wir mussten leider zur Kenntnis nehmen, dass gerade im Bezirk Altona die besonderen Fort- und Weiterbildungen für die Mitarbeiter, die nach dem PUA Yagmur angeboten worden sind, mit null Stunden wahrgenommen worden sind.

(Daniel Oetzel)

Diese Probleme sind keine Strukturprobleme. Sie können natürlich Experten daransetzen, aber diese werden Ihnen nicht viel mehr sagen können als die ganzen Erkenntnisse, die uns durch den Bericht der Jugendhilfeinspektion schon vorliegen. Die besten Strukturen bringen nichts, wenn sie in der konkreten Arbeit vor Ort keine Rolle spielen.

Deshalb haben wir als FDP-Fraktion im Ausschuss darauf gedrängt, dass wir uns dort in einiger Zeit wieder mit diesem Thema befassen und das Bezirksamt Altona dann umfassend berichten muss, welche Schlüsse in der Arbeit vor Ort gezogen worden sind. Leider muss ich, der ich zunächst vorsichtig optimistisch war, dass man sich jetzt gemeinsam auf dem richtigen Weg befinde, sagen: In den Diskussionen, die in der Presse und der Öffentlichkeit geführt worden sind, ist das Auseinanderfallen von Meinungen zwischen dem Jugendamt, das im Bezirksamt Altona betroffen war, und den Ausführungen des Senats eklatant, die Meinungen gehen diametral auseinander. Ich bin leider nicht mehr so optimistisch wie am Anfang. Da stimme ich mit meinem Kollegen Heißner überein. Ich wünsche mir, dass im Bezirksamt Altona wahrgenommen und anerkannt wird, wo dort die eigentlichen Probleme liegen. Erst wenn wir das geschafft haben, können wir uns mit diesen Problemen, die wir ja identifiziert haben, beschäftigen und überlegen, wie wir dazu kommen, dass solche tragischen Fälle in Hamburg künftig möglichst nicht mehr passieren. In einem muss ich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern leider auch zustimmen: 100-prozentige Sicherheit in diesem Bereich wird es nicht geben. Insofern ist das ein weiterer Punkt, in dem die AfD versucht, den Leuten Sand in die Augen zu streuen.

Wir werden der Überweisung deshalb nicht zustimmen und auch dem Antrag in der Sache nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Anna Gallina GRÜNE* und *Karin Prien CDU*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Dr. Körner von der AfD-Fraktion.

Dr. Joachim Körner AfD:* Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich möchte mich bei all denen bedanken, die an dieser Stelle etwas verbessern wollen und nach den Ursachen forschen und diese dann abstellen.

Wir sind es allen schuldig, den Kindern und den Betreuern, dass wir dafür sorgen und alles Sinnvolle tun, um solche Vorkommnisse zu verhindern. Es geht hier letztlich um eine Prophylaxe, um das Vorbeugen. Bei der Prophylaxe gibt es ein Paradoxon. Man kann nämlich sagen: Die Prophylaxe ist immer dann erfolgreich, wenn hinterher alle sagen können, sie sei eigentlich überflüssig gewesen. Deswegen wünsche ich uns, dass wir in ein paar Jahren sagen können, weitere Maßnahmen seien überflüssig. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte einer Überweisung der Drucksache 21/3663 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen dann über den Antrag der AfD-Fraktion aus Drucksache 21/3663 in der Sache ab.

Wer diesem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir sind am Sitzungsende des heutigen Tages. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und wir sehen uns morgen um 15 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 20.23 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Dennis Gladiator, Murat Gözay, Annkathrin Kammeyer, Joachim Lenders und Hauke Wagner